

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 5. Januar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 30 Mark monatlich, 1.10 Mark wöchentlich, 28 Mark frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Vollstreckungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Offiziell täglich außer Montags.

Die Interims-Gebühr

Beträgt für die hochgehaltene Kolonietabelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehtgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellungs- und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interim-Gebühr für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Arbeitslosenzählung

am 17. November in Berlin und 27 Vororten.

Das letzte Gemeindeblatt bringt als Sonderbeilage den Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Berlin über die Arbeitslosenzählung im November, die, wie erinnerlich, in der Weise vorgenommen wurde, daß sich die Arbeitslosen in Zählbüros zu melden hatten. Die Bedenken, welche wir von vornherein gegen die Unzuverlässigkeit dieser Methode aussprechen mußten, haben sich leider als nur allzu sehr berechtigt erwiesen. Das Resultat dieser Meldebüro-Zählung entspricht nicht der Wirklichkeit; es hat sich etwa ein Drittel der Arbeitslosen nicht freiwillig gemeldet.

Es beträgt nämlich das Gesamtergebnis der Zählung für Groß-Berlin 40212 Arbeitslose, davon 1681 weibliche. Schon die lächerlich geringe Zahl der letzteren zeigt, daß die Zählmethode falsch ist; die Schen, welche so viele männliche Arbeitslose abhielt, in die Schulkolone zu gehen, dort ihre Papiere vorzulegen und Auskunft zu geben, hat erst recht die Arbeiterinnen zurückgeschreckt. Das ist bedauerlich und nicht zu billigen, aber sehr begreiflich. Viele Arbeitslose macht eben ihr trauriges Schicksal so mutlos und gleichgültig, daß sie sich zu einem solchen Wege nach dem Zählbüro nicht aufzurufen vermögen. Ihre Zahl ist nur durch eine Zählung festzustellen, bei der die Klaffenden der Armen, die Arbeiter, als Zähler in Tätigkeit sind und von Haus zu Haus, von Stufe zu Stufe gehen, jeden Arbeiter befragen und ihm bei Ausfüllung der Zählkarte behilflich sind. Unsere Stadtverordnetenfraktion hat deshalb beantragt, daß die nächste, für den 16. Februar geplante Zählung nach dem System dieser Hauszählung, nicht nach dem Meldeverfahren vorgenommen werde. Der Antrag steht auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung am Donnerstag.

Die Beweise, welche für die Unzulänglichkeit des Meldeverfahrens erbracht werden können, sind so schlüssig, daß die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat unserem Antrag beifoligsten müßten, wenn sie nicht absichtlich einer zuverlässigen, die volle Wahrheit ergebenden Zählung aus dem Wege gehen wollen. Hier sei nur auf einige Ziffern hingewiesen, die für den Antrag unserer Genossen sprechen.

In Berlin allein wurden am 17. November 1908 nach dem Meldeverfahren gezählt: 28 006 Arbeitslose, davon 1138 weibliche. Bei den rund 2.1 Millionen Einwohnern, die Berlin um jene Zeit hatte, sind dies 1.3 Proz. Arbeitslose.

Nun hat aber die durch das Reich veranstaltete Arbeitslosenzählung, die im Anschluß an die Volkszählung, am 2. Dezember 1895 stattfand, ergeben, daß bei einer Bevölkerung von rund 1 1/2 Millionen 58 078 Arbeitslose, davon 20 799 Kranke, gezählt wurden, sodas also 37 274 arbeitsfähige Arbeitslose vorhanden waren, darunter 9267 arbeitsfähige Arbeiterinnen. Das sind also 2 1/2 Proz. Arbeitslose!

Dabei war zur Zeit jener Zählung keine besondere, durch eine Krise bedingte Arbeitslosigkeit vorhanden. Dagegen war die Methode der Zählung eine zuverlässigere als das Meldeverfahren, da bei jener Volkszählung in der üblichen Weise Fragebogen jedem Einwohner Berlins wie des ganzen Reiches vorgelegt wurden, deren Ausfüllung die Zähler kontrollierten, soweit überhaupt sich eine solche Zählung kontrollieren läßt. Daß in Berlin damals 9267 weibliche arbeitsfähige Arbeitslose gezählt wurden gegenüber den diesmal gezählten 1138, zeigt allein schon, wie geringlich unbrauchbar die letztere Ziffer für die Beurteilung der Wirtschaftslage ist.

Entsprechend der jetzt vorhandenen Bevölkerungszahl von 2.1 Millionen Einwohnern in Berlin und von 8 Millionen in Groß-Berlin hätte die Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zu dem Resultat der Hauszählung von 1895 ergeben müssen: für Berlin 48 000, für Groß-Berlin 60 000 Arbeitslose, während die Zählung nach dem Meldeverfahren nur ergeben hat: für Berlin 28 006 und für Groß-Berlin 40 212!

Als Probe auf die Richtigkeit dieses Exempels kann die Zählung dienen, die am 1. Februar 1902 ohne städtische Hilfe von den Gewerkschaften Berlins vorgenommen wurde und zwar, trotzdem die Arbeiter außer der Nähe noch die bedeutenden Unkosten auf sich nehmen mußten, nach dem System der Hauszählung. Dabei erstreckte sich aber diese Zählung nicht auf alle die Vororte, welche diesmal zur Zählung herangezogen waren. Und doch ergab sich damals bei dieser mit Hilfe von 13 000 organisierten Arbeitern ausgeführten Zählung ein Resultat von 72 795 Arbeitslosen in Groß-Berlin, darunter 13 295 weibliche. Und zwar entfielen damals auf Berlin 59 038 Personen, davon 11 287 weibliche. Es waren also damals zur Zeit der Krise in Groß-Berlin von den etwa 2 1/2 Millionen Einwohnern 2.8 Proz. arbeitslos, während die jetzige Zählung nach dem Meldeverfahren bei einer nicht geringeren, sondern noch größeren Krise nur 1.3 Proz. Arbeitslose gezählt wurden — das ist weniger als die Hälfte, die bei einer Krise in Betracht kommen!

Alle diese Tatsachen zeigen, daß das System, wie es vom Statistischen Amt Berlins vorgeschlagen und von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat beschlossen wurde, völlig unbrauchbar ist, um wirklich die Zahl der völlig Arbeitslosen zu lassen. Nun sind aber zur Beurteilung des Arbeitsmarktes außer diesen auch die teilweise Arbeitslosen zu beachten, welche bei verkürzter Arbeitszeit und dementsprechend geringeren Löhnen ebenfalls der Not preisgegeben sind. Diese teilweise Arbeitslosen können aber beim Meldeverfahren gar nicht berücksichtigt werden. Die von den Gewerkschaften 1902 vorgenommene Haus-

zählung aber hat ihre Zahl festgestellt. Sie war nicht minder erschreckend hoch als die der völlig Arbeitslosen. Für Groß-Berlin ergab die Zählung im Jahre 1902 nicht weniger als 58 098 Arbeiter mit verkürzter Arbeitszeit, die wöchentlich einen Ausfall von 694 576 Arbeitsstunden hatten, das sind pro Person und Woche 13 Stunden. Wenn man in Rechnung stellt, daß auf einen voll beschäftigten Arbeiter wöchentlich 60 Arbeitsstunden kommen, so repräsentieren die 694 576 Arbeitsstunden, welche jene teilweise Arbeitslosen weniger beschäftigt waren, 11 576 völlig Arbeitslose, die noch zu der Verschlechterung der Wirtschaftslage beitragen. Man sieht, wie wichtig also für eine richtige Beurteilung des Arbeitsmarktes auch die Zählung der teilweise Arbeitslosen ist.

Die jetzt nach dem Meldeverfahren gewonnenen Resultate sind also viel zu niedrig! Man kann auf Grund der früheren Zählungen annehmen, daß die Zahl der völlig Arbeitslosen um ein Drittel bis einhalb größer ist, als sich jetzt ergab!

Aber trotzdem zeigt auch diese viel zu geringe Ziffer ein erschreckendes Bild der Not und des Elends! Fast die Hälfte (48.2 Proz.) der gezählten Arbeitslosen war verheiratet. Mit ihnen litten also auch Frauen und Kinder Not! Demgemäß kann man trotz der viel zu geringen Ergebnisse dieses Meldeverfahrens auf rund 100 000 Personen schätzen, die infolge der Arbeitslosigkeit nicht wissen, woher sie die Existenzmittel nehmen sollen!

Ueber die Verursachung der Arbeitslosen teilt das Statistische Amt folgendes mit:

Von den 28 006 Berliner Arbeitslosen waren 17 813 — 63.62 Proz. qualifizierte Arbeiter, die eine Tätigkeit ausübten, welche eine bestimmte Berufsbildung voraussetzt, während 10 193 — 37.4 Proz. zuletzt als Arbeiter, Bäcker, Aufseher usw. beschäftigt waren.

Der Höchstbetrag der männlichen Arbeitslosen Berlins ergibt sich für das Baugewerbe mit 31.42; es folgen mit 13.82 Metallverarbeitung, mit 8.2 Proz. Industrie der Maschinen, Werkzeuge usw. Die Holzindustrie ist mit 0.98 Proz. beteiligt, das Handelsgewerbe mit 0.3 Proz., Weberei und Erquickung mit 4 Proz., Verkehrsgewerbe mit 3.7, Papier- und Lederindustrie mit 3.2 Proz.

Die Ziffern über die weiblichen Arbeitslosen sind, wie schon gezeigt, völlig irreführend, viel zu niedrig; das Bekleidungs-gewerbe ist mit 21.4 Proz. beteiligt, dann folgt die Gruppe der persönlichen Dienstleistungen mit 19.9, das Handelsgewerbe mit 10.6, Papier- und Lederindustrie mit 9.1, Maschinen, Werkzeuge usw. mit 8.9 Proz.

Von den 28 006 männlichen und weiblichen Arbeitslosen Berlins waren 1527 Rentener Empfänger, ferner 1138 weibliche Arbeitslose, 17 067 männliche und 728 weibliche qualifizierte und 9781 männliche und 412 weibliche nicht qualifizierte Arbeiter.

Unter den Vororten hat die größte Zahl der Arbeitslosen Rigdorf, nämlich 3081, ihm folgt Charlottenburg 1948, Lichtenberg 998, Schöneberg 634, Weichensee 673, Spandau 606, Vorpagen-Rummelsburg 588, Köpenick 500, Wilmersdorf 314, Pankow 225, Reinickendorf 208, Steglitz 199, Ober-Schöneweide 181, Adlershof 154, Treptow 143, Mariendorf 141, Grig 138, Zehlendorf 120, Nieder-Schönhausen 88, Tempelhof 62, Lankwitz 74, Johannisthal und Rosenthal je 33, Straßan 33, Dahlem 4.

Von den 26 898 männlichen Arbeitslosen Berlins standen 6882, d. h. 25.6 Proz., im Alter von 20—30 Jahren, während 22.7 Proz. 30—40, 15.7 Proz. 40—50, 9.8 Proz. 50—60, 3 Proz. über 60 Jahre, während 9.6 Proz. 16—20 Jahre alt waren.

Arbeitslos in Berlin waren bis zu 1 Woche 12.06 Proz., bis zu 2 Wochen 12.02 Proz., bis zu 3 Wochen 11.07 Proz., bis zu 4 Wochen 7.99 Proz., bis zu 5 Wochen 8.05 Proz., bis 6 Wochen 6.55 Proz. und bis 7 Wochen 6.50 Proz. Der Gesamtanteil der seit längstens ein Vierteljahr beschäftigungslos Männer beträgt vier Fünftel!

Nachstehende Uebersicht zeigt, wie viel Arbeitslose in den einzelnen Berufsgruppen sowohl in Berlin wie in Groß-Berlin gezählt wurden:

	Groß-Berlin	Berlin
Baugewerbe	13 684	8 451
Metallverarbeitung	5 248	3 743
Holz- und Schnitzstoffe	3 771	2 094
Maschinenindustrie	8 143	2 308
Handelsgewerbe	2 843	1 820
Nahrungs- und Genussmittel	1 817	1 456
Verkehrsgewerbe	1 839	994
Papier und Leder	1 297	966
Weberei und Erquickung	1 285	1 108
Bekleidungs	1 070	890
Poligraphische Gewerbe	887	687
Steine und Erden	618	401
Persönliche Dienstleistungen	488	802

Obwohl diese Zahlen bereits einen schlimmen Kostand kennzeichnen, zu dessen Bekämpfung die Gemeinden wie der Staat verpflichtet sind, geben sie, wie schon dargelegt, nur ein unvollkommenes Bild. Das Meldeverfahren hat seine Unbrauchbarkeit bewiesen. Das wäre weggebrochenes Geld wie vergendete Mühe, wenn nochmals nach diesem unbrauchbaren System gezählt werden sollte. Um zu prüfen, ob das Meldeverfahren nicht vielleicht doch genügt, haben bei der letzten Zählung die organisierten Arbeiter Berlins in jedes der über 200 Zählbüros Vertreter gesendet. Aber daß sie noch einmal solch vergebene Mühe sich machen werden, ist nicht anzunehmen. Die Arbeiter Berlins haben ein Recht, von der Stadtverwaltung zu ver-

langen, daß sie die Zählung nach einem brauchbaren System vornimmt. Und von den Verwaltungen der Vorortgemeinden haben die meisten bereits erklärt, daß sie nicht mehr nach dem Meldeverfahren, sondern nur mittels Hauszählungen zählen lassen würden. Daß dieses Verlangen nicht allein von sozialdemokratischer Seite aus gestellt wird, beweist auch ein Artikel in Nr. 11 der „Sozialen Praxis“, in dem es ausdrücklich heißt, alle Arbeitslosen feststellen „kann man nur nach der „hausierenden Zählung“, d. h. wenn man in jede Wohnung einen Zähler schickt, der nach Arbeitslosen fragt und den Fragebogen entweder sofort selbst ausfüllt oder nach einiger Zeit abholt.“

Die Arbeiter Berlins erwarten mit Bestimmtheit, daß Stadtverordnete und Magistrat die nächste Zählung nach diesem „hausierenden System“ vornehmen lassen, das nicht wie das Meldeverfahren den furchtbaren Kostand nur vertuscht, stattdessen wie es Aufgabe der Statistik ist, klar und deutlich darzulegen.

Hochschule und Sozialdemokratie.

Aus akademischen Kreisen erhalten wir folgende Zuschrift:

In Nr. 1 des „Vorwärts“ vom 1. Januar l. J. ist über das sozialdemokratische Verhalten des Bonner Universitätsrektors Erdmann berichtet worden, der der Bonner Freien Studentenschaft verboten, einen Vortrag des Genossen Erdmann über die deutsche Gewerkschaftsbewegung anzuhören. Es wäre aber verfehlt, wenn man hier nur das Vorliegen eines Einzelfalles annehmen wollte. Vielmehr handelt es sich um eine planmäßige brutale Niederknüppelung sozialistischer Ideen durch die deutschen Hochschulen. Daß Sozialisten nicht auf den Lehstühlen deutscher Universitäten gebuddelt werden, ist ja so bekannt, daß davon nicht weiter die Rede zu sein braucht; es sei nur an die Fälle Kron und Schmidt-Berlin und Reichels-Warburg erinnert. Aber die krankhafte Kosthe unserer Herren Professoren, die nicht gerade allzu viel Mut und Vertrauen auf die Werbelast der eigenen Ideen verrät, treibt noch absonderlichere Blüten: man verbietet systematisch (wenigstens in preussischen Hochschulen), daß Sozialdemokraten Vorträge vor Studenten halten. Die Inzestionsgefahr scheint zu groß. . . . Das Vorgehen des verstorbenen Berliner Rektors Stumpf, das bekanntlich sogar zu der Auflösung der Berliner Freien Studentenschaft führte, ist ja noch in frischer, wenn auch nicht gerade rühmlicher Erinnerung.

Aber man begnügt sich nicht damit, die Hochschulen ängstlich vor dem Eindringen des gefährlichen bacillus socialisticus zu behüten. Man greift zu noch unfeineren Mitteln: man verleumdet die Ausgeschlossenen in den Vorlesungen in einer Weise, die dem Reichsverband alle Ehre machen würde. Auf dem letzten Hochschullehrertag erklärte ein österreichischer Professor, der noch nicht jedes Gefühl für politischen und wissenschaftlichen Instand verloren hatte; er sei zwar ein Gegner des Marxismus, aber er geniere sich, in seinen Vorlesungen gegen die Marxisten zu polemisieren, weil sich ja die Angegriffenen in den Hochschulen nicht verteidigen könnten.

Die Mehrzahl der deutschen Universitätsprofessoren kennt jedoch derartige Gewissensknäuel nicht: im Kampfe gegen die verhasste Sozialdemokratie ist den Herren jedes Mittel recht. Und zwar nicht erst in neuerer Zeit. Es sei nur an Herrn Brentano erinnert, der bekanntlich 1873 in dem Berliner Fabrikantenorgan „Concordia“ in anonymen Artikeln gegen Karl Marx den Vorwurf der „Unerschlichkeit“, der „freien Verlogenheit“ usw. erhob. Und an den Jubelkreis Schmoller, der in seinen Vorlesungen über „Allgemeine Volkswirtschaftslehre“ verstand, Karl Marx habe es stets verstanden, rechtzeitig zu verschwinden, wenn eine Gefahr drohte.

Ein typischer akademischer Sozialistenfresser ist der Münchener Professor Wafferrab. Dieser erzleriale Patriot erklärte gleich bei Beginn seiner Vorlesungen über „Sozialpolitik“, er werde nicht unheim können, auch — der Leser erschrecke nicht! — hier und da die — Sozialdemokratie zu erwähnen; denn — und nun kommt die Hauptsache — was man bekämpfen wolle, müsse man doch kennen! Herr Wafferrab setzt also als selbstverständlich voraus, daß es die Aufgabe jedes Akademikers sei, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Mit welchen Mitteln der wohlgesinnte Mann diesen Kampf führt, dafür nur ein Beispiel: um zu beweisen, daß die Sozialdemokratie ihre Ziele mit Gewalt erreichen will, führte er den bekannten Beschluß des Weydenener Kongresses an, das Wort „gesellschaftlich“ aus dem Programm zu streichen. Daß aber dieser Beschluß unter dem Schandgesetze gefaßt wurde, daß damals jede sozialistische Agitation ungesetzlich war, daß es also, wie es in dem Kongressprotokoll heißt, ein Konsens gewesen wäre, das Wort „gesellschaftlich“ im Programm stehen zu lassen — das verschwiegen Herr Wafferrab!

Ein anderer professoraler Anwurf ist unlängst in der „Neuen Zeit“ niedriger gehängt worden: Die im Druck erschienene Prorektorsrede des Herrn v. Schulze-Gebarnig-Freiburg, betitelt „Marx oder Kant“, die von Beschimpfungen der sozialistischen Führer — sogar der Lebenden! — starrt.

Diese Beispiele dürften genügen. — Und die Studenten? Was sagen sie zu diesem akademischen Verleumdungs-feldzuge gegen die Sozialdemokratie? In ihrer übergroßen Mehrzahl sind sie völlig damit einverstanden! Sie, die die Schmeichelei der Herrschenden, sind von demselben sozialistischer Geistes erfüllt wie ihre Lehrer, nur daß ihre Ver-

ständnislosigkeit auf politischem und sozialökonomischem Gebiete natürlich noch größer ist, als die ihrer Professoren. Und die sogenannten „Freistudenten“ sind zum größten Teil genau so arbeiterfeindlich, genau so rassistisch wie die Mitglieder der Verbindungen. Ein freistudentischer „Führer“, Herr Dr. Schmanz, schreibt in seiner Broschüre: „Die Reformbedürftigkeit der Gesetzgebung für Studierende“: „... Die Hochschulen sind ... Einrichtungen des Staates und werden auf dessen Kosten unterhalten. Der Staat hat infolgedessen ein beträchtliches Interesse daran, daß außer den Zwecken der Hochschule auch die seinen beachtet werden, und daß insbesondere alle sein Dasein untergrabenden feindlichen Tendenzen nicht etwa durch liebevolle Pflege und Agitation einen günstigen Nährboden in der Hochschulgemeinde finden.“ (S. 7.) Ähnlich schreibt ein anderer freistudentischer Führer, Herr Ingenieur Joseph Rumann-Pösling, der Vertrauensmann der Münchener Freien Studentenschaft, in Nr. 3 der „Münchener Hochschulzeitung“, der Staat müsse „darauf halten, daß die Hochschule nicht zu einer Verschärfung staatsfeindlicher Bestrebungen wird.“

Also bei Professoren wie bei Studenten derselbe Geist der Sozialistenfeindschaft. Die Arbeiterkraft möge daraus erkennen, daß die Unversität heutzutage nichts anderes ist, als eine Waffe der herrschenden Klassen gegen das sozialistische Proletariat zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Pländersystems!

Auf dem Wege nach Messina.

Neapel, 1. Januar. (Eig. Ber.)

Der Anblick von Neapel gibt eine schwache Vorstellung von dem Grauen, das uns in Messina erwartet. Die große, sonst so lebensfrohe Stadt ist, wie ich schon telegraphierte, ein Krankenhaus. Da ist kein Automobil, kein Wagen in der Stadt, der jetzt nicht Samariterdienste täte. Seit zwei Tagen fahren Hunderte von Automobilen, von den Besitzern geführt, vom Hafen zu den Hospitälern, mit ihrer traurigen Ladung von Wahren und Verwundeten. Die Menge bildet Spalier, stummerschütternd. Fast alle Läden sind geschlossen wegen Landesstrauer. Und an einem einzigen Tage hat Neapel 600 000 Lire für die Opfer gegeben. Die Sammlungen übersteigen bereits 3 Millionen. Schon über 70 000 Verwundete hat Neapel in seinen Hospitälern, in den Privathäusern, im königlichen Schloß.

Es hat mir unendliche Mühe gekostet, die Erlaubnis zur Ueberfahrt von der Präfektur zu erwirken: „Wir brauchen Ärzte, Krankenpfleger und Arbeiter, die die Verschütteten ausgraben — Journalisten nicht!“ Während wir unterhandeln, kommt ein Beamter. Er hat telegraphische Order vom Minister des Innern, sich sofort nach Messina zu begeben — man verweigert ihm die Erlaubnis zur Ueberfahrt. Man braucht keinen Mund, der den Opfern das Brot wegnimmt, der den Hilfsbedürftigen auch nur eine Decke fürs Nachtlager entzieht. Nur Soldaten und Sanitätskolonnen, nicht einmal die Ärzte, die Verwandte in Messina haben, dürfen sich einschiffen, wenn sie nicht einer autorisierten Sanitätskolonne angehören.

Endlich, um 7 Uhr früh, am Neujahrstage, erhalten wir die Erlaubnis, uns um 12 Uhr einzuschiffen an Bord der „Nord-Amerika“. Alle Ueberseedampfer, die disponibel waren, sind requiriert worden: sie bringen Brot, Wasser, Decken und Soldaten nach Messina und führen Verwundete zurück. Sterbende, verwaiste Kinder, Verstümmelte, dem Wahnsinn verfallene Mütter — eine furchtbare Ladung des Elends, eine Ladung, die die Hölle auspepien zu haben scheint: alles Menschenleib, das Weib und Seele tragen können.

Fast alle Verwundete haben Kopfwunden. Besonders entsetzlich sind die Kinder anzuschauen, mit den dunklen südländischen Gesichtern in den weißen Verbänden, starr und abwesend wie Salsafwandelnde, auf den Armen von Soldaten, Polizisten oder Ärzten.

Wer hört, daß wir nach Messina reisen, gibt uns Aufträge. Ein Mann bittet mich um ein Werk der Barmherzigkeit: um Nachricht von den Seinen, seiner ganzen Familie. Er schreibt mir 12 Namen auf, seine Eltern, seine Geschwister, seine zum Weihnachtsfest nach Messina gereisten Kinder! Er hat niemanden mehr und keine Nachricht. Und er hofft, daß sich aus dem Leidenfeld von Messina, aus dem größten Trümmerhaufen, von dem die Geschichte weiß, Nachricht verschaffen laßt, die Kunde, daß ihm wenigstens einer geblieben ist. ... Neue Listen werden mir gegeben, immer neue verzweifelte Augen sehen mich an, Augen, die längst keine Tränen mehr haben. Inzwischen laufen die Automobile vorbei, eins nach dem anderen, ohne Unterbrechung, und bringen Wahren, Wahren, nichts als Wahren. Es ist wie eine Vision aus der Hölle — was wird Messina sein?

Neue Stöße.

Die Erdstöße in Messina dauern noch an und rufen große Beängstigung hervor.

In Monteleone wurden neue heftige Erdstöße verspürt. In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurden nicht weniger als hundert geschüttelt! Die Bevölkerung ist von neuem Entsetzen versetzt. Auf der Insel Stromboli wurde Sonntag 5 Uhr 22 Minuten ein mehrere Sekunden anhaltendes Erdbeben wahrgenommen. Der Vulkan zeigte eine starke Tätigkeit. Der Bevölkerung beachtete sich eine große Panik. Die Zahl der eingestürzten Häuser beträgt vierzig. Trotz der empfindlichen Temperaturverminderung klappt alles im Freien. Der Vizegouverneur „Juregniberry“ erhielt einen Verlethungsbescheid nach Messina.

Messina.

Die „Tribuna“ meldet aus Messina summarisch folgende Verluste: Getötet das ganze 83. Regiment, alle Karabinier, alle Zollwächter, die ganze Mannschaft des Traktenschiffes, das ganze Seminar, sämtliche Gemeinderäte. Der Erzbischof weigert sich fortgesetzt, den Palast zu verlassen, wo ein einziges Gemach erhalten ist und aus dem Erdgeschloß Leichen gerufen zu ihm empordringt. Die Zahl der Wahnsinnigen ist ungeheuer, darunter befindet sich der Abgeordnete Ludovico Fusci. — Unter den Trümmern des herrlichen Doms liegt der Kirchenhof, dessen Wert auf fünfzig Millionen angegeben wird. Der amerikanische Konsul in Messina, Doktor Cheney, ist samt seiner jungen Gattin tot. Von der Familie des russischen Konsuls ist nur die Frau am Leben geblieben.

Reggio.

Aus Reggio werden fortwährend graufige Einzelheiten berichtet. Eine junge Dame war vom Balkon gesprungen, blieb aber im Gartengitter stecken, wo sie vier Tage lang gefesselt blieb. Der

Kopf hing nach unten, ihr Nachgebend wurde vom Sturme zerzaust. Die Tote war ganz schwarz geworden wie Mumien in den Katakomben von Palermo. — Von einer durch die Gewalt des Erdbebens in die Tiefe geschleuderten und dort durch Trümmer festgebundenen Frau lief das Blut in Strömen auf ihren Mann und die Kinder herab, die genau unter ihr erdrecht lagen. Die Unglückliche ist gerettet worden, aber sie wurde wahnsinnig.

Die Journalisten haben den Schauspieler der Erdbeben verlassen wegen der Unmöglichkeit, von hier aus zu telegraphieren.

Desorganisation.

Wie wir schon andeuteten, ließ und läßt auch weiter noch die Organisation des Hilfswesens leider recht viel zu wünschen übrig. Das wird jetzt immer deutlicher. Es häufen sich die Klagen über Mangel an Ueberblick und Dispositionstalent bei denjenigen Stellen, die berufen wären, in der allgemeinen Verwirrung den Kopf oben zu behalten und die Schwierigkeiten so gut wie möglich zu bezwingen. Die Berichterstatter aller italienischen Blätter beklagen die Unordnung im Rettungsdienst: Mit Hilfsmaterial beladene Schiffe kommen an, während niemand die Lösung bezieht und Hunderte von Menschen sozusagen ansehts der Borräte, die für sie bestimmt sind, vor Kälte oder Hunger sterben. Trotzdem der Chef des Generalstabs Bettolo die Vorwürfe des Abgeordneten Colajanni in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Corriere della Sera“ als unbegründet „nachweist“, wollen die Stimmen, die diese Anschuldigungen bestätigen, nicht schweigen. Im Gegenteil: die Mitteilungen über ungenügende Beteiligung der italienischen Marine werden von immer neuen Augenzeugen bestätigt. So wird behauptet, daß die italienischen Kriegsschiffe, da sie keine Ermächtigung der vorgelegten Behörden besäßen, Hunderte von Flüchtlingen zurückgewiesen hätten, die dann von russischen Kreuzern aufgenommen wurden! Der Bürgermeister der Stadt Milazzo, die an der Nordküste, nicht weit von Messina, liegt, hatte den Vorschlag gemacht, der notleidenden Bevölkerung täglich frische Lebensmittel zu liefern, wenn diese von einem Torpedoboot abgeholt würden. Mit der Ausflucht, daß hierzu erst die Erlaubnis des Marineministeriums erlangt werden müßte, wurde dieser vernünftige Vorschlag abgewiesen, während der Hunger die Ueberlebenden vernichtete!

Der Berichterstatter der „Corriere della Sera“ telegraphiert aus Messina, „es fehlt immer noch an Schiffen!“ Die Barken sind voll von Flüchtlingen, irren um den Hafen umher und werden zurückgewiesen, weil alle Schiffe schon überfüllt sind. Tausende von Begrabenen hätten befreit werden können, wenn rechtzeitig 10 000 statt nur 5000 Soldaten am Platze gewesen wären. Sechs- bis sieben-tausend hungrige Ueberlebende erwarten Brot und Schiffe.

„In Palmi.“ so drahtet ein anderer Korrespondent desselben Blattes, „liegen seit vier Tagen 500 Leichen unbestattet, und der Ausbruch von Epidemien ist unvermeidlich.“

Nicht nur der Deputierte Colajanni, auch sein Kollege Marchese di Bugnano und verschiedene Journalisten behaupten, daß die italienischen Schiffe Flüchtlinge zurückgewiesen hätten, die dann von russischen Kreuzern aufgenommen wurden.

In Reggio ereignen sich zahlreiche Fälle, daß noch lebende Verwundete zwischen Trümmern ihrem Schicksal preisgegeben werden, „weil ihre Rettung noch schwere Unglücksfälle verursachen würde“. Diesen Verurteilten wird sogar keine Nahrung gereicht, damit ihr Tobestampf nicht länger andauere. . . .

Charakteristisch für die Konfusion und bürokratische Bedanterie in der italienischen Marine sind die Erzählungen des offiziellen Journalisten Badalo, des römischen Stadtverordneten Rossi Doria und des schon genannten Deputierten Marchese di Bugnano, die alle darin übereinstimmen, daß die Pflicht der reinen Menschlichkeit unter Berufung auf das Fehlen von höheren Anträgen hintangeseht wurde.

Der Hunger treibt die Bevölkerung (von Reggio zum Beispiel) zur Wildheit. Ganze Scharen Halberhungerter strecken an den Straßen drohend die Hand aus. In den zerstörten Städten brechen Meutereien gegen die Soldaten aus, die ihre bescheidenen Rationen verteilen. Das Bahnpersonal läuft von seinem Posten, um zu den Familien zu eilen. Die zahlreich eintreffenden freiwilligen Hilfskolonnen bilden trotz ihres guten Willens ein Hindernis, da das Wichtigste, Felde und Lebensmittel, fehlen; viele Kolonnen mußten deshalb schon umkehren. Die sinnlos gestraut wird, geht aus einer Meldung hervor, nach der Leuten, die mit „verdächtigen“ Bündeln betroffen werden, ohne große Prüfung ihre Bündel abgenommen und — ins Meer geworfen wurden! Auch die Tatsache, daß die Fleischpreise in Neapel — wegen der Ueberfüllung der Stadt mit Flüchtlingen — um 25 Centesimi pro Pfund erhöht wurden, zeigt, mit welcher Skrupel- und Gedankenlosigkeit das „barmherzige Samariterwerk“ besorgt wird.

Bei dieser Lage der Dinge ist es nicht zu verwundern, daß Akte der Verzweiflung begangen werden von Männern und Frauen, die um jeden Preis Brot für ihre Kinder haben wollen. Diesen halbverrinnigen Hungern gegenüber scheint die „Energie“ nicht zu verfallen, die bei der Organisation der Hilfsstätigkeit im Großen besser am Platze wäre. . . .

Die Kriegsgerichte arbeiten und leisten sich summarische Massenaburteilungen, bei denen gewiß mancher Gerechte mit den Sündern leiden muß. Ein Major, der mit einer Abteilung Soldaten die Straßen Messinas bewacht, bemerkte einen Mann, der sich unter den Trümmern eines Hauses zu schaffen machte. Befragt, was er dort suche, antwortete der Mann: „Das hier ist mein Haus!“ Ohne ihn auch nur weiter anzuhören, wurde der Mann hinter eine Mauer geföhrt und auf der Stelle niedergeschossen!!

Die Hilfstätigkeit.

Die „Frankfurter Zeitung“ überliefert heute aus ihrer Sammlung als erste Rate 20 000 Lire an den Ministerpräsidenten Giolitti und 10 000 Lire an den deutschen Konsul Wilmeyer in Neapel.

Der amerikanische Kongreß wird einen Kredit von 500 000 Dollar zur Beschaffung von Lebensmitteln und Kleidungsstücken genehmigen.

Die englische Subskriptionsliste erreichte 600 000 Mark. Der Gemeinderat von Madrid beschloß, dem italienischen Gesandten 20 000 Fr. zu überreichen. Zahlreiche Gemeinderäte in den anderen spanischen Städten organisierten Festlichkeiten, deren Ertrag für den gleichen Zweck bestimmt ist.

Der Gemeinderat von Wien bewilligte 10 000 Fr.

Die kreisliche Regierung hat 20 000 Frank bewilligt.

Der Chefarzt der Wiener Rettungsgesellschaft Caritas hat sich Sonntagabend mit drei Feldmägen nach dem Erdbebengebiet begeben. Die Wiener Bevölkerung hat eine Anzahl Konserven für die bei der Katastrophe Geschädigten gespendet. Die drei Feldmägen, die der Chefarzt nach dem Erdbebengebiet mitgenommen hat, können täglich 20 000 Personen verköstigen.

Das traurige Fazit.

Die Behörden nehmen mit Sicherheit an, daß die Katastrophe noch weit mehr Menschenleben gekostet hat, als bisher selbst die pessimistischsten Schätzungen angenommen haben. Verschiedene Berichterstatter haben die Umgebung von Messina und Reggio abgestreift, und das Gesamtergebnis, das sich aus ihren Berichten ergibt, ist, daß 24 Städte, viele Dörfer und sonstige Ansiedelungen durch die Katastrophe fast vollkommen zerstört wurden, nämlich Dagnara, Scrlia Villa San Giovanni, Canitello, Catona, Gallico, Villa San Giuseppe, Palmi, Gerace, Gallina, Campo Calabro, San Roberti, Santo Stefano, Catafano, Fellaro Rotte, Sazzare, Saline, Montabello, Ardi, Reggio, Igonio, Maropa, Sant' Eufemia und Seminara.

Dementi.

Rom, 4. Januar. Die „Agenzia Stefani“ erhielt folgende Note des Ministerpräsidenten zur Veröffentlichung:

Einige Journalisten, die sich nicht in dem Gebiete des Erdbebengebietes befinden, im Gegenteil sehr weit davon entfernt sind, senden zurzeit Mitteilungen an ihre Zeitungen, in denen sie die Ereignisse entstehen, phantastische Schilderungen entwerfen, von Maßnahmen der Regierung sprechen, die in Wirklichkeit nicht getroffen wurden, und überhaupt falsche Meldungen jeder Art verbreiten. Dierher gehört u. a. die Meldung von einer beabsichtigten Bombardierung Messinas und Reggios, sowie von dem Tode 6 russischer Soldaten infolge eines Zusammenstoßes mit Plünderern.

Solche Nachrichten in dieser schmerzlichen Zeit sind geeignet, die öffentliche Meinung zu beunruhigen und nicht nur in der vom Unglück so grausam geprüften Bevölkerung, sondern im ganzen Lande lebhafteste Befürchtungen hervorzurufen. Es wird deshalb an den Patriotismus der Schriftsteller aller italienischen Zeitungen appelliert und das Ersuchen an sie gerichtet, Nachrichten nicht auszusprechen, die erster Begründung entbehren und über deren Genauigkeit und Glaubwürdigkeit keine Bürgschaft zu erlangen ist.

Letzte Nachrichten.

Rom, 4. Januar. Die „Gazzetta Ufficiale“ veröffentlicht ein Dekret vom 3. Januar, das über die Gemeinden Messina und die Gemeinden des Kreises Reggio den Belagerungszustand verkündet und den Generalleutnant Magza zum außerordentlichen bevollmächtigten Kommissar ernannt.

Reggio di Calabria, 4. Januar. Die provisorischen Postämter in der Umgebung des Bahnhofes begannen heute mit der Austroagung der Gräber. Die aus den Trümmern geborgenen Leichen werden in langen Gräben beehattet und mit Kalk überdeckt. Auch heute noch wurden einige Personen gerettet. Zahlreiche Ueberlebende sammeln sich um die Verteilungsstellen für Lebensmittel.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Januar 1908.

Eine nicht veröffentlichte Kaiserrede.

Das „Berl. Tagebl.“ meldet:

„Am Sonnabend hat, wie schon mitgeteilt wurde, im königlichen Schloße das übliche Diner der kommandierenden Generale stattgefunden. Nach Aufhebung der Tafel hielt der Kaiser einen sachlich militärischen Vortrag über die Aufgaben und Lehren der letzten Manöver. Der Kaiser wies an der Hand von Karten auf diejenigen Momente der Manöver hin, die seiner Meinung nach geeignet sein könnten, anregend und belehrend zu wirken. Am Schluß dieses militärischen Vortrages spielte der Kaiser, wie wir hören, mit einigen Worten auf die Vorgänge an, die sich im Anschluß an die Veröffentlichung des Daily-Telegraph-Interviews ereignet. Der Kaiser sprach in sehr ruhiger Weise, und das, was er sagte, ließ erkennen, daß die letzten Ereignisse einen sehr ersten Eindruck auf ihn gemacht haben. Er verlas auch einen kürzlich erschienenen Revueartikel und fügte hinzu, daß dieser Artikel ungefähr das enthalte, was er selbst über die jüngsten Vorgänge sagen könnte. Als der Kaiser seine Rede beendet, nahm der rangälteste der anwesenden Generale das Wort, dankte dem Monarchen und versicherte ihn des rückhaltlosen Vertrauens der Armee.“

Auffallend wäre — sofern diese Meldung den Tatsachen entspricht — daß der rangälteste der Generale es für notwendig gehalten hätte, Wilhelm II. des Vertrauens zu versichern!

Im übrigen wäre selbstverständlich zu verlangen, daß alle Reden Wilhelms II., die er außerhalb eines privaten Zirkels hält, auch der Deffentlichkeit mitgeteilt würden!

Der Zweck der Militärmusik.

Die „Post“ gibt zu, daß der „Vorwärts“ durch „so und so viel geschickt gruppierte Einzelheiten“ nachgewiesen habe, daß an unserem Volke Militarismus, selbst vom Standpunkte der Anhänger unseres heutigen Militarismus aus, durch völlige Beseitigung der Militärmusik erledigt gespart werden kann. Unsere Argumente sind offenbar so durchschlagend, daß die „Post“ gegen sie aber auch nichts ins Feld zu führen vermochte. Statt die militärische, strategische Notwendigkeit der Militärmusik nachzuweisen, macht sie das famose Eingeständnis, daß die Militärmusik hauptsächlich den Zweck habe, den Militarismus populär zu machen:

„Sehr unangenehm scheint ihm (dem „Vorwärts“) die offenebare Vorliebe des bürgerlichen Publikums und selbst seiner eigenen Genossen für die Militärmusik zu sein, weil er — wohl nicht mit Unrecht — befürchtet, daß die Militärmusik ein gutes Teil dazu beiträgt, unsere Soldaten populär und unser Militär überhaupt beliebt zu machen, was ein nicht zu unterschätzender Faktor auch bei Bewilligungen für Heeresausgaben ist, und was deshalb dem „Vorwärts“ ein so großer Dorn im Auge ist.“

Jetzt weiß man doch, weshalb die nichtbestehende Klasse neben anderen Ausgaben für den Militarismus auch die für die Militärmusik in Gestalt indirekter Steuern aufbringen soll: um dem bürgerlichen Publikum den Militarismus sympathischer zu machen. —

Die Hamburger Handelskammer und die Tabaksteuer.

In dem soeben veröffentlichten Jahresberichte der Hamburger Handelskammer für 1908 befindet sich unter der Ueberschrift „Nichtfinanzen“ der nachstehende Passus:

„In Uebereinstimmung mit den Interessen haben wir uns auch gegen die Zigarettenbanderolesteuer, als die für die Zigarettenindustrie verderblichste, für den Staat überdies losspieltige Form der Besteuerung ausgesprochen und dagegen eine Erhöhung des Rolles und der inländischen Tabaksteuer unter Beibehaltung der bestehenden Spannung empfohlen.“

Wer sind die „Interessenten“ in der Hamburger Zigarettenindustrie, welche durch die Hamburger Handelskammer der Regierung einen höheren Tabakzoll empfohlen? Die Tabakarbeiter selbstverständlich nicht, ebensowenig die Zigarettenhändler — auch der Hamburger Zigarettenfabrikantenverein hat sich einstimmig in seiner Versammlung am 5. November nicht nur gegen die

Wanderlohnsteuer, sondern gegen jede Mehrbelastung der Industrie ausgesprochen. Bei der eminenten Bedeutung der Sache wäre es Pflicht der Hamburger Handelskammer, die Namen der „Interessenten“ öffentlich bekannt zu geben. Wir bezweifeln, daß das geschehen wird, und können deshalb nur unserer Vermutung dahin Ausdruck geben, daß die „Interessenten“ der Hamburger Handelskammer einige Großfabrikanten sind, für welche der höhere Zoll bedeuten würde, daß sie mit ihren großen Kapitalien imstande wären, die mittleren und kleinen Zigarrenfabrikanten „an die Wand zu drücken, daß sie quieleschen“. Der Deutsche Tabakverein, dem diese Herren ohne Zweifel als Mitglieder angehören, hat alle Veranlassung, die Hamburger Handelskammer um Aufklärung zu bitten. In Arbeitserreisen werden Mitglieder, die die Beschlüsse der Gesamtheit zu durchkreuzen suchen, einfach ausgeschlossen. Will sich der Tabakverein nicht mit schuldig machen an den Nachschaffungen hinter den Kulissen seitens einiger Millionäre in der Zigarrenindustrie, so darf er eine solche Durchkreuzung seiner Beschlüsse seitens dieser Herren unter keinen Umständen dulden.

Die Hamburger Handelskammer aber hat sich mit ihrer Empfehlung eines höheren Zolles auf Tabak zum Sprachrohr des Großkapitals gemacht. Sie hat in höchst einseitiger Weise einer Belastung der großen Massen der Raucher zugunsten der Besitzenden das Wort geredet. Ein höherer Zoll und eine Erhöhung der Inlandsteuer würden die billigen Sorten enorm verteuern, während er bei den teuren Sorten, die die besser Situierten rauchen, einen kaum merklichen Einfluß auf den Preis der Zigarre ausüben wird. Daß die Hamburger Großfabrikanten, welche vorwiegend teure Sorten fabrizieren, ein Interesse daran haben, ihre Fabrikate möglichst wenig belastet zu erhalten, ist erklärlich; für die gesamte Zigarrenindustrie aber kommt der Massenkonsum in Betracht, nicht das geringe Quantum von Zigarren, welches die Besitzenden verbrauchen. Mit ihrer Empfehlung des höheren Zolles und der höheren Inlandsteuer hat sich die Hamburger Handelskammer also in direkten Gegensatz zu den Interessen der Gesamtindustrie, der Massen der Raucher und vor allem der Tabakarbeiter gesetzt, von welchen infolge der enormen Belastung des Massenkonsums Zehntausende brotlos gemacht werden würden.

Wie Holle Minister wurde.

Da es sich gegenwärtig ja wieder einmal um die Berufung eines neuen Kultusministers handelt, so ist es nicht uninteressant, zu erfahren, wie im Sommer des Jahres 1907 die Kandidatur des Dr. Holle entstanden ist, von der man allgemein annahm, daß sie unter dem Zeichen der Wollpolitik als eine auch dem Liberalismus genehme gelten sollte. Der damalige Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten wurde, so erzählen die „Berl. Neuesten Nachrichten“, dem Ministerpräsidenten durch Herrn v. Loebell in Vorschlag gebracht, der diese Anregung wieder von dem Chefredakteur der „Freigeitung“, dem früheren Ministerialdirektor Hermes, erhielt. „Wir erwähnen“, sagt das konserbative Blatt, „diesen — den Tatsachen ungewisslich entsprechenden — Vorgang nur, um an einem Beispiel zu zeigen, wie rein persönliche Einflüsse, die mit der öffentlichen Meinung in keinem Zusammenhang stehen, von entscheidender Bedeutung sein können.“

Das Fiasko der Fahrkartensteuer.

In ihrem Jahresüberblick schreibt die „Stg. des Vereins D. Eisenbahnverwaltung“ über die Ergebnisse der Fahrkartensteuer und ihrer Rückwirkung auf den Personenverkehr:

Der Personenverkehr lieferte im letzten Jahre zwar wieder Mehrerlöse, auch in den Gebieten, in denen mit der Reform von 1906 die 2. Pf.-Klasse eingerichtet war, aber die Eisenbahnverwaltungen wurden sich der Tatsache, daß eine sehr starke Abwanderung aus allen oberen Klassen in die nächstniederen stattgefunden habe, mehr und mehr bewußt. . . . Da diese Abwanderung überall wahrgenommen ist, muß sie doch wohl zu einem nicht geringen Teil der Fahrkartensteuer und ihren oft erörterten Mängeln zur Last gelegt werden; denn hier (in Norddeutschland) bot die Personentarifreform selbst nun zu den nicht so sehr ins Gewicht fallenden Abwanderungen aus der ersten Klasse Anlaß. Bekanntlich soll die Fahrkartensteuer nach den Reformvorschlügen der Reichsregierung aufgehoben werden, und die Eisenbahnen würden es gewiß lebhaft begrüßen, wenn sie von dieser ihnen aufgezogenen, höchst unbeliebten Steuer befreit werden. Sollte bei dem großen Widerstand, dem die genannten Reformvorschlüge leider in allen ihren Einzelheiten begegnen, die 2 1/2 Millionen, die die Fahrkartensteuer wohl sicher bringt, vom Reich schließlich doch nicht entbehrt werden können, so wird jedenfalls wenigstens eine Reform der Steuer eintreten, die ihre offensichtlichen schweren Mängel beseitigt.

Danach scheint man in den Eisenbahnverwaltungen trotz der Zusage des Reichschatzamtes keineswegs bestimmt mit einer Abschaffung der Fahrkartensteuer zu rechnen, sondern nur mit einer Reform, die die Abwanderung der Reisenden der oberen Klassen in die unteren verhindert oder einschränkt. Soll vielleicht die Fahrkartensteuer für die erste Wagenklasse ermäßigt und für die vierte die Steuer eingeführt werden.

Erzberger im Urteil der Zentrumspreffe.

Die „Kölnische Volkszeitung“, das führende rheinische Zentrumsorgan, schüttelt den Kopf und schreibt über Erzberger, der sich neuerdings recht oft im Scharfschützen „Kag“ austobt, sehr energisch ab. In einer Polemik gegen Wassermanns „staatsmännischen Neujahrsartikel“ verweist das Blatt darauf, daß die Zentrumsfraktion außerordentlich zurückhaltend sei und Wassermann in den offiziellen Rundgebungen der Zentrumspartei keinerlei Anhalt zu seinen prophetischen Spekulationen finde. Und es fährt fort:

„Vielleicht wagt man nun aber ein, der Abg. Erzberger rede auch. Ja, Herr Erzberger redet und schreibt, und er redet und schreibt viel. Aber Herr Erzberger ist eben nicht nur Parlamentarier, sondern auch Journalist, und zwar einer der fleißigsten. Seine Artikel schreibt er aber nicht im Auftrag der Zentrumsfraktion, sondern auf eigene Rechnung und Gefahr. Man mag ihnen Beachtung schenken, soweit man will, aber man darf nicht sagen: „Da redet und schreibt die Zentrumsfraktion. Die fraktion löst jetzt eine große Zurückhaltung und sie hat recht, das zu tun.“ . . .

Zur Reichstags-Ergebniswahl

Im 6. hannoverschen Wahlkreis haben die Nationalliberalen den Verlagsbuchhändler Dr. Max Jäncke-Hannover, der dem Reichstag schon einmal kurze Zeit angehört, aber ausschied, weil sein Mandat für ungültig erklärt wurde, aufgestellt. Für die Weissen kandidiert der Baron v. Lenthe-Schwarzheddt, für unsere Parteigenossen dürfte wieder Genosse Henke-Dremen kandidieren.

Die zweite Konferenz der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten der Thüringischen Staaten

Am Sonntag, den 3. Januar, in Saalfeld a. d. S. statt. Anwesend waren aus Altenburg zwei, Meiningen sechs, Gotha sechs, Rudolstadt zwei, Weimar drei und Rudolstadt fünf Abgeordnete. Der Parteivorstand war durch den Genossen Wollenbueh vertreten.

Nachdem Genosse Leber-Jena einen Überblick über die politische Lage in den Thüringer Kleinstaaten gegeben hatte, hielt Genosse Bod-Gotha einen informierenden Vortrag über das Thema: „Welchen Einfluß wird die Reichsfinanzreform auf die Finanzen der Thüringer Kleinstaaten ausüben?“

Nach lebhafter Diskussion wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Durch die ins Ungeheuerliche wachsenden Ausgaben für den Militarismus, Flotten- und Weltpolitik und die dadurch bedingte finanzielle Auspörierung des arbeitenden Volkes und völlige Verriistung des Finanzwesens der Kleinstaaten protestiert die Konferenz der Thüringer sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten auf das energischste gegen jede weitere Belastung durch indirekte Steuern. Sie verlangt vielmehr, daß das gegenwärtige Reichsbudget — einschließlich der gestundeten Matrifalarbeiträge — durch eine progressive Einkommensteuer, beginnend von 2000 M. Einkommen an, durch eine Vermögenssteuer, beginnend von 15000 M. an, gedeckt wird.“

erner fordert die Konferenz, um eine praktischere, zweckmäßigere, gangbare und billigere Verwaltung in den Thüringer Staaten zu erreichen, mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß diese Staaten durch ein Ministerium und eine gesetzgebende Körperschaft verwaltet werden. Schon heute sind diese Kleinstaaten gezwungen, durch gemeinsame Justiz- und Strafdurchführung, Zerpflanzung usw. diesen Weg zu beschreiten. Die gesamte Thüringer Bevölkerung hat ein Interesse daran, daß wir aus dieser politischen und wirtschaftlichen Mischungsart ersicht werden.“

Genosse Hofmann-Saalfeld sprach dann eingehend über die Frage: „Liegt in den Thüringer Landtagen die Möglichkeit vor, daß durch Ablehnung des Budgets ein für die Arbeiterschaft schlechteres Budget an Stelle des abgelehnten treten kann?“

Nach längerer Debatte wurde folgender Resolution zugestimmt: „Die zweite Konferenz der sozialdemokratischen Abgeordneten der Thüringer Landtage erklärt, daß sie in der Frage der Budgetbewilligung voll und ganz auf dem Boden der Münchener Resolution steht.“

Ueber die Beamtengehälter in den Thüringer Kleinstaaten referierte Genosse Gaudert-Weimar. In der sich anschließenden ausgedehnten Debatte wurde das Verhalten eines großen Teiles der Beamten kritisiert, die durch ihre Haltung und ihren Einfluß bei politischen Wahlen es mitverschuldet haben, daß eine Politik unterläßt wurde, die zur Verteuerung der Lebenshaltung führen mußte. Die nächste derartige Konferenz soll in Gotha stattfinden. Den Zeitpunkt setzen die Parteisekretäre fest.

Aus dem hessischen Parlament.

Darmstadt, 4. Januar. Heute vormittag trat die Zweite Kammer wieder zusammen.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Molthan betreffend die Einführung einer Flaschensteuer erklärte Staatsminister Ewald, die Regierung habe im Bundesrat beantragt, alle Weine, die von Privaten auf Flaschen gefüllt und selbst verbraucht werden, soweit der Preis der Flasche 70 Pfennige nicht übersteigt, von jeder Abgabe freizulassen. Da dieser Antrag abgelehnt worden sei, habe die Regierung gegen den ganzen Entwurf gestimmt. Nachdem die Abstimmung bekannt geworden sei, habe die Regierung eine besondere Vertretung gegen die Steuer im Reichstage nicht für angebracht gehalten. Sie glaube vielmehr, es den hessischen Reichstagsabgeordneten überlassen zu können, die Verschärfung der besonderen Verhältnisse Hessens an zuständiger Stelle zu sichern. Der Minister des Innern, Braun, erklärte, daß die Regierung die Aufgabe gehabt hätte, die Vorlage als Ganzes zu prüfen. Auf Grund dieser Prüfung sei sie zu dem ablehnenden Standpunkt gekommen; denn zweifellos würde ein Teil des Landes durch die Weinsteuer schwer betroffen.

Finanzminister Gnauch äußerte sich über die Finanzlage Hessens und betraf sich dabei im wesentlichen auf die Ausführungen der Kronräte. Der Minister stellte, falls die Reichsfinanzreform nicht zustande komme, eine Erhöhung der direkten Steuern um 25 bis 30 Proz. für 1910 in Aussicht.

In Baden wird weiter gemäßigelt.

Der Oberschulrat in Karlsruhe hat den Leiter der Lehrerkonferenz in Reders, welche die Resolution gegen die Maßregelung des Hauptlehrers Ad del gefaßt hat, mit einem ernsten Verweis und 50 M. Geldstrafe belegt, wozu noch etwa 100 M. Kosten kommen. Der Bestrafte, Hauptlehrer Bähr in Effenbach bei Heidelberg, soll gegen die Pflichten seines Standes verstoßen haben, als er über die das Verhalten des Oberschulrats mißbilligende Resolution abstimmen ließ. Es wird immer schöner an „liberalen“ Baden.

Neue Kolonial-Reichtümer.

Wenn es mit den Meldungen über wertvolle Funde in Südwestafrika so weitergeht, dann wird demgegenüber das biblische Land, in dem der Honig floß, bald als eine jämmerliche Sandwüste erscheinen. Neben den Diamanten hat man jetzt auch 100 Kilometer von Swakopmund entfernt, Tantalit entdeckt. Es ist das ein sehr teures Metall, das in der Elektroindustrie zur Herstellung von Stromisierenden Metallfäden verwendet wird. Die Kolonial-Enthusiasten werden daraus zweifellos neue Hoffnungen schöpfen; es wird aber doch wohl erst abgewartet werden müssen, was an den neuen Funden Wahres ist. Jedenfalls ist es sehr auffällig, daß in der letzten Zeit gerade Südwestafrika als begehrtesten Kolonie gehandelt wird. Es läßt sich der Gedanke nicht von der Hand weisen, daß in einem Teil des deutschen Volkes eine gewisse Narrenstimmung hervorgerufen werden soll, auf die man sich so schön berufen kann, wenn besonders Ausgaben für Südwestafrika gefordert werden. —

Die Balkankrise.

Die serbische Politik.

In der serbischen Skupschina hielt der Minister des auswärtigen Dr. Milowanowitsch am 2. Januar eine Rede, in der er seine Politik zu rechtfertigen suchte. Um seine Position gegenüber den chauvinistischen Angriffen seiner Gegner zu stärken, schlug er gegen die österreichische Regierung recht herausfordernde Töne an. So erklärte er, Oesterreich müsse aufhören, eine Rolle als Balkanstaat spielen zu wollen und sich hinter die Donau- und Savogrenze zurückziehen. Bosnien und die Herzogewina müssen die volle oder wenigstens die halbe Souveränität unter der Kontrolle Europas erhalten. Nicht gegen Rußland, sondern gegen Oesterreich müsse das Gleichgewicht auf dem Balkan verteidigt und Oesterreich der Weg zum Ägäischen Meere versperrt werden. Schließlich stellte der Minister, dessen Ausführungen in starkem Gegensatz zu denen Jankovitsch stehen, der keinen Zweifel darüber ließ, daß Rußland jetzt für keinen Krieg gerüstet sei, die Vertrauensfrage.

Am Tage darauf nahm die Skupschina die von der Regierung abgeleitete Tagesordnung an, wonach die Skupschina Rußland, England, Italien und Frankreich für ihre Sympathien herzlich dankt und von diesen Mächten, besonders vom brüderlichen Rußland, auch sachliche Unterstützung erhofft. Sie erwartet ferner von der serbischen Regierung alle Maßnahmen, die erforderlich sind, um bei der Revision des Berliner Vertrages vollkommene politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit für Serbien und Montenegro zu sichern. Nur der sozialdemokratische Abgeordnete hatte den Mut, den feige-

rischen Reden entgegenzutreten und auch gegen die Tagesordnung zu stimmen.

In Oesterreich werden die Angriffe des serbischen Ministers von offiziöser Seite scharf zurückgewiesen, wenn auch gleichzeitig betont wird, daß Milowanowitsch seine Angriffe vor allem deswegen gemacht habe, um seinen Gegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es heißt, daß der österreichische Gesandte in Belgrad von dem Minister Aufklärungen verlangen wird.

Demission des serbischen Kabinetts.

Belgrad, 4. Januar. Das Kabinett Belimirowitsch demissionierte, nachdem im Ministerrat der Minister des Innern und der Finanzminister erklärt, keinesfalls das Portefeuille behalten zu wollen.

Kritische Situation.

Sofia, 4. Januar. Bei Eröffnung der Verhandlungen über das Kriegsbudget machte Ministerpräsident Malinow folgende Erklärung: Die heutige Lage ist für den Frieden auf der Balkanhalbinsel kritischer, als sie es bei dem Ausbruch des griechisch-türkischen Krieges und dem macedonischen Aufstande war. Deshalb müssen wir auf alles vorbereitet sein. Ich kann erklären, daß wir es auch in diplomatischer Beziehung sind, denn Bulgarien hat trotz allem, was geschehen ist, mehr Freunde bei den Mächten, als manche meinen. Die Cobranje verteidete das Kriegsbudget perclamation.

Der Boykott.

Konstantinopel, 3. Januar. Der diplomatische Agent Bulgariens erhob gestern bei dem Großvezir Vorstellungen wegen des Boykotts gegen bulgarische Waren, ebenso der griechische Gesandte wegen der geplanten Protestversammlungen in der freienischen Frage. Beide hoben hervor, daß derartige Kundgebungen die beiderseitigen guten Beziehungen trüben könnten.

Frankreich.

Die Senatswahlen.

Paris, 4. Januar. Bei den Senatswahlen wurden im ersten Wahlgang 23 Republikaner, 24 Radikale, 20 sozialistisch Radikale, 8 Progressisten und 4 Konserbative gewählt. 24 Stichwahlen sind erforderlich. Unter den Gewählten befinden sich außer Clemenceau unter anderem Destournelles, Constans, Jean Dupuy, Meline, Pierre Baudin, Sarrien, Frencinet, Roujan und Ribot. 15 Deputierte sind zu Senatoren gewählt.

Die endgültigen Resultate sind folgende: 26 Republikaner, von diesen sind sieben neu gewählt; 81 Radikale, davon 12 neu; 20 Sozialistisch-Radikale, davon die Hälfte neu; ein unabhängiger Sozialist; 10 Progressisten, wovon 4 neu; 6 Konserbative, davon einer neu gewählt. Die Gesamtzahl der Gewählten beträgt 103. Die Ministerielle gewannen 15 Sitze.

Das Wahlergebnis wird von der gesamten Presse besprochen. Die Konserbativen, nationalistischen und gemäßig-republikanischen Blätter stellen mit Bedauern fest, daß der Radikalismus weitere Fortschritte gemacht habe. Die radikalen Blätter sind von dem Ergebnis außerordentlich befriedigt. Der Sieg sei ein vollständiger und unbestreitbarer. Das Land habe wieder einmal gezeigt, daß es auf der Seite der Republik stehe. Die Regierung, die bei den Kammerwahlen so große Erfolge errungen habe, triumphierte nunmehr auch bei den Senatswahlen. Nur vermissen die radikalen Blätter hinzuzufügen, daß die Siege des Radikalismus mit der Preisgabe seiner politischen Prinzipien erkauft worden sind.

Eine Nachwahl.

Paris, 4. Januar. Im Departement Loire-et-Cher wurde bei der gestrigen Kammerwahl an Stelle des verstorbenen sozialistisch-radikalen Talpin der sozialistisch-radikale Boncourt, Wunddirektor des Arbeitsministers, mit 12 692 Stimmen ohne Gegenkandidaten gewählt.

Rußland.

Ein Attentatsversuch.

Petersburg, 3. Januar. In der vorigen Nacht explodierte in einem stark besuchten Café auf dem Newoliprospekt eine Bombe, die ein Mann in Studentenuniform mitgebracht hatte. Ein Rußler wurde getötet. Man vermutet, daß es sich um die Vorbereitung eines Anschlages auf einen hochgestellten Beamten handelt. Heute früh wurde auf dem Newoliprospekt ein Mann verhaftet, der der Mitwissenschaft verdächtig ist.

Persien.

Eine angebliche Niederlage der Revolutionäre.

Petersburg, 3. Januar. Wie der Petersburger Telegraphenagentur aus Tabriz über Mchulfa gemeldet wird, sind in Gorgan die Revolutionäre vollständig auf Haupt geslagen worden. Der Gouverneur von Koroga zieht gegen Tabriz.

Neue Unruhen.

Teheran, 3. Januar. In Isfahan sind große Unruhen ausgebrochen. Angehörige des Stammes der Wakhtiar sind in die Stadt eingedrungen und plündern dort alles aus, was ihnen erreichbar ist. Es kam wiederholt zu Zusammenstößen. Der Schaden ist bedeutend.

Die Unruhen sind durch Feindseligkeit der Bevölkerung gegen den Gouverneur und gewisse von ihm eingeführte Steuern veranlaßt. Vor zwei Tagen suchten eine Anzahl Priester und Kaufleute wegen der drohenden Gefahr Zuflucht im britischen Konsulat, der Eintritt wurde ihnen aber verweigert. Dagegen gelang es ihnen, Unterkunft im russischen Konsulat zu finden. Ueber das Ergebnis der Kämpfe zwischen den Wakhtiaris und dem Militär ist noch nichts bekannt. Die meisten Vozare sollen von den letzteren geplündert sein. Der Gouverneur befindet sich im britischen Konsulat. Der russische und der englische Gesandte haben bei der Regierung dringende Vorstellungen gemacht und dieselbe für verantwortlich für Leben und Eigentum ihrer Staatsangehörigen erklärt.

China.

Quanshikais Sturz.

Die Entlassung und Verbannung Quanshikais, die gänzlich unerwartet gekommen ist, hat große Aufregung hervorgerufen. Quanshikai war über ein Jahrzehnt der Hauptpragmator der verstorbenen Kaiserin und galt als Haupt der Reformpartei. Er suchte die chinesische Armee nach deutschem Muster zu reorganisieren, die chinesische Entwicklung Chinas zu fördern und sie in kapitalistische Bahnen zu lenken. Verwaltungsreformen einzuführen, das Schulwesen zu verbessern und allmählich die Einführung einer Verfassung vorzubereiten, wobei er nicht weniger als radikal zu Werke ging.

Sein Sturz erweckt daher die Befürchtung, daß auch mit diesem sehr konserbativen Reformsystem gebrochen werde und der Regent Tsichun zur alten reaktionären Politik zurückkehren wolle.

In Peking glaubt man auch, daß der Rücktritt auf Intrigen reaktionärer Mandchus zurückzuführen sei, die Quanshikai vor allem die Gleichstellung der Mandchus mit den Chinesen nicht verzeihen konnten.

Die Folgen der Entlassung Quanshilds lassen sich noch nicht übersehen. Es ist vor allem noch ungewiss, ob der bisher fast allmächtige Minister sich ruhig in die Verbannung schicken lassen wird. In Peking sowohl als in den Provinzen ist vorläufig alles ruhig geblieben. Ebenso ist es unsicher, ob eine Veränderung in der auswärtigen Politik Chinas zu erwarten ist. Die Vertreter der Südstaaten hatten gestern eine Konferenz, um über etwaige gemeinsame Schritte zu beraten. Es sollen bei der chinesischen Regierung Vorstellungen erhoben werden, über deren Inhalt die Konferenzen fortbauern.

Indien.

Unruhen in Calcutta.

Calcutta, 4. Januar. In einer Vorstadt Calcuttas kam es zwischen Mohammedanern und Hindus zu einem ersten Zusammenstoß, so daß zur Wiederherstellung der Ruhe Militär herangezogen wurde. Als darauf beide Parteien sich gegen die Truppen wandten, gab es Feuer und tödete bezw. verwundeten verschiedene Personen. Es wurden 200 Verhaftungen vorgenommen.

Amerika.

Ein Angriff auf Nicaragua.

New York, 3. Januar. Wie das Blatt „Sun“ aus New York meldet, werden Truppen aus Honduras, Guatemala und Salvador bei Amapala zusammengezogen, um Nicaragua anzugreifen und den Präsidenten Zejara zu stürzen.

Gewerkschaftliches.

Aus dem gelben Sumpf.

In seinem gelben Organ „Der Bund“ antwortet Herr Lebius auf die Kennzeichnung, welche wir in Nr. 22 des „Vorwärts“ dem „Geschäfts“betrieb der Gelben zuteil werden lassen. Diese Antwort charakterisiert den geistigen Führer der Gelben in seiner ganzen Größe.

Zunächst fühlt sich Lebius gedrungen, die Firmen Siemens u. Halske und Siemens-Schuckert in Schutz zu nehmen gegenüber einigen Bemerkungen, die wir hinsichtlich der „Arbeiterfreundlichkeit“ dieser Firmen machten. In überschwenglichen Tönen singt Lebius ein Loblied auf die Arbeiterfürsorge der genannten Firmen. Herr Lebius hat allerdings Ursache, sich für die Firma Siemens u. Halske recht kräftig ins Zeug zu legen, denn er hat ja die „Fürsorge“ dieser Firma an seinem eigenen Geldbeutel hinlänglich erfahren. Das beweist der folgende von Lebius an die genannte Firma gerichtete Brief:

„An die Direktion der Siemens u. Halske-Akt.-Ges.
SW., Holstenischer Platz 3.

Der ergebenst unterzeichnete Vorstand erlaubt sich, der geehrten Direktion für die in hochherziger Weise zugeleitete Unterstützung von 8400 M. auf ein Jahr seinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Wir werden unsere Dankbarkeit auch durch die Tat dadurch zu verwirklichen streben, daß wir getreu unseren Prinzipien mit aller Kraft für den Frieden in der deutschen Industrie kämpfen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Rudolf Lebius.

Natürlich. Wer so anständige Trinkgelber erhält, der muß doch auf alle Fälle das Lob seines Wohlwärters singen. Ein Unternehmen, welches mit einer Hand 8400 M. verschenkt, verlangt doch auch eine Gegenleistung und erwartet selbstverständlich, daß der Empfänger der Wohlthat nach dem Grundsatz handelt: Was Brot ich esse, des Lied ich singe.

Doch weiter. Wir hatten mitgeteilt, daß man die gelben Arbeiter nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch von ihren Klassengenossen absondern will und daß gelbe Führer ihre Anhänger für die jungliberale Bewegung einzufangen suchen.

Lebius bestreitet das. Er schreibt im „Bund“: es sei ja selbstverständlich, daß Politiker der verschiedensten Richtungen Anhänger unter den Arbeitern zu gewinnen suchen. Weiter schreibt Lebius wörtlich:

„Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß diese Werbungen nicht nur von privater Seite stattfinden können. Niemals ist irgend eine gelbe Partei oder ein gelber Führer offiziell für irgend eine bestimmte Parteirichtung eingetreten. Das würde ja auch eine Verletzung des gelben Programms bedeuten, welches die politische Neutralität der gelben Vereine gegenüber allen nicht sozialistischen Parteien zum Grundsatz erhebt.“

Also „offiziell“ will Lebius seine Gelben keiner bestimmten Partei zuführen. Offiziell gibt er sich den Anschein, als ob in den gelben Vereinen strengste politische Neutralität gewahrt werde. Aber ganz im Geheimen arbeitet Lebius daran, seine gelbe Gefolgschaft den Nationalliberalen oder richtiger der politischen Interessenvertretung der Großindustrie zuzuführen. Das beweist dieser Brief:

Herrn Direktor Professor Dr. Buhde.

„Im dem letzten Montagsblatt des „Berliner Tageblatts“ war anlässlich einer Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Strosmann — in einem Vaterländischen Arbeiterverein in Jittau — ein äußerst gehässiger Artikel gegen die gelbe Arbeiterbewegung enthalten.“

Die Gelben werden als Reaktionsäre dargestellt und vor ihnen gewarnt. Ich glaube, daß wir viele stille und offene Gegner entwarfen würden, wenn wir politisch hervortreten und uns als Industriepartei betätigen würden. Ich würde vorschlagen, ungefähre nationalliberale Politik zu machen, diese aber nationaldemokratisch zu nennen. Den Anschluß an die nationalliberale oder freikonserervative Partei würde ich praktisch nicht für richtig betrachten. Der größere Teil der ehemaligen Sozialdemokraten verweigert uns dann sicherlich aus Vorurteil die Gefolgschaft. Rennen wir uns anders, so sieht es aus, als ob wir ganz neue Bahnen wandeln und die ehemaligen Sozialdemokraten werden es leichter über sich gewinnen, mitzumachen. Es kommt ja nicht darauf an, wie wir etikettiert sind, sondern was wir in Wirklichkeit sind.“

Herr Direktor Peters hat schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, daß wir um die politische Betätigung nicht herumkommen. Falls die maßgebenden Arbeitgeberkreise damit einverstanden wären, könnten wir vielleicht im Herbst sich und unfähig mit dem Aufbau der politischen Organisation beginnen. In drei Monaten wären wir dann wohl soweit, um auch an die Öffentlichkeit treten zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Rudolf Lebius.

Wie tief muß doch Lebius die Arbeiter einschätzen, die in seinem Gefolge marschieren. Er glaubt also, er könne sie ohne weiteres als politische Hausknechte der Großindustriellen gebrauchen, wenn er ihnen nur eine falsche Firma an die Nase schreibt. Das sieht ihm ähnlich.

Wir hatten in unserem Artikel auch die Praxis der Gelben gekennzeichnet, welche darin besteht, daß jeder Arbeitssuchende auf dem Arbeitsnachweis der Gelben erst durch Zahlung von 50 Pf. seine Mitgliedschaft bei den Gelben erwerben muß, ehe ihm Arbeit nachgewiesen wird.

Lebius entgegnet hierauf, diese Kritik sei dem Kerger darüber entspringen, daß die den Gelben aufstrebenden

„Zwischenmeister“ nicht in der Klasse der Metallarbeiterverbandes klümpeln. — Eine solche Empfindung des Kerger aus solchen Ursachen mag zum Charakterbild eines gelben Führers vortrefflich passen. Auf die Leiter freier Gewerkschaften treffen solche Voraussetzungen aber nicht zu. Um nur beim Metallarbeiterverband zu bleiben, bemerken wir, daß derselbe Geld von Arbeitslosen in seinen Klassen niemals klümpeln hören kann und mag, denn der Deutsche Metallarbeiterverband handelt nach dem Grundsatz, daß die Arbeiter, wenn sie in Arbeit stehen, sich ihrer Organisation anzuschließen haben. Deshalb nimmt er Arbeitslose überhaupt nicht als Mitglieder auf. — Die Rollage der Arbeitslosen zugunsten ihrer Klassen auszunutzen, das bleibt nach wie vor den gelben Vereinen vorbehalten, die aus diesem und anderen Gründen die tiefste Verachtung aller ehrenwerten Arbeiter verdienen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß in den heut abend stattfindenden, in der heutigen Nummer unseres Blattes angezeigten Gewerkschaftsversammlungen weitere

Enthüllungen über das Treiben der Gelben,

ihre Unterstützung und Förderung durch die Unternehmer usw. erfolgen werden. Für heute haben wir nur eine ganz kleine Probe gebracht aus der erdrückenden Fülle von Material, welches den Referenten in den heut abend in Berlin stattfindenden Gewerkschaftsversammlungen zur Verfügung steht. Den Versammlungsbesuchern werden lehrreiche Einblicke in das arbeiterverräterische Treiben der gelben Führer gewährt werden. Und kein politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter sollte die Gelegenheit zu solchen Einblicken veräumen.

Berlin und Umgegend.

Das „gelbe“ Klageweib.

Der „Bund“ des Herrn — pardon! der Frau — Lebius erscheint jetzt ohne die Hamburger Beilage. Die Hamburg-Amerika-Linie will nicht soviel amenden und die Inserenten des „Bund“ springen maßlos ab, nachdem sie über das Blatt aufgeklärt worden sind.

So schreibt uns die Firma Baer Sohn:

„Hierdurch machen wir Ihnen die ergebene Mitteilung, daß wir den Inserationsauftrag an die Zeitung „Der Bund“ zurückgezogen haben, und daß demzufolge alle Beziehungen zum „Bund“ gelöst sind.“

Die Firma Baer Sohn hat diesen Schritt zweifellos nicht unternommen, ohne sich vorher genau über den Wert und die Bedeutung einer Insertion im „Bund“ informiert zu haben. Die in Frage kommenden Geschäftsleute haben alle Veranlassung, uns dafür Dank zu wissen, daß wir sie über den „Bund“ und seinen Herausgeber wahrheitsgemäß aufklärten.

Wie Herr Lebius Inserate macht, dafür folgendes Charakteristikum: An Herrn Oberleutnant Hahn von der Hamburg-Amerika-Linie schreibt er:

„Könnten Sie mir nicht vielleicht ein Inserat der Hamburg-Amerika-Linie zufinden? Da wir 20000 Abonnenten haben, würde das Inserat seinen Zweck nicht verfehlen und außerdem würde dadurch die Profitrate unserer Hamburger Ausgabe eine gebührende werden.“

Der liebe Müß war natürlich umsonst. Die Hamburg-Amerika-Linie weiß, wie die 20000 Abonnenten aussehen; sie selbst hat 400 Exemplare zur Verteilung an ihre Arbeiter abonniert und weiß, daß beinahe die Gesamtauflage des „Bund“ aus solchen Abonnenten besteht. Wenn Herr Lebius 20000 Abonnenten hätte, brauchte er nicht zu den Unternehmern betteln gehen. Eine Wochenschrift in dieser Auflagehöhe zentriert allemal.

Auffassungen dieser Art sind natürlich Herrn Lebius unangenehm. Er möchte sie durch Klage gegen uns aus der Welt schaffen. Da er selbst jedoch — um mit seinem Freund Weiersdorf zu reden — sich immer noch finanziell im Stadium der Eierliche befindet, während für die Bel-Stage in Charlottenburg seine Frau verantwortlich zeichnet, hat sich Frau Martha Lebius als gelbes Klageweib etabliert und verklagt wegen unserer obenstehenden Artikel unseren Kollegen — Paul John, unseren Verantwortlichen Hans Weber und — damit auch ein paar Leute dabei sind, die was haben — den Verlag des „Vorwärts“ sowie die Genossen August Debel (I), Oskar Jensch (II) und Paul Singer (III) auf Zahlung von 300 M. Entschädigung und 4 Prozent Zinsen deswegen, weil ihre Inserenten sich davon überzeugen ließen, daß Inserate im „Bund“ wertlos sind. Ja, Frau Lebius will uns zwingen, weitere Artikel, die der Wahrheit nach dieser Richtung hin die Ehre geben, ungeschrieben zu lassen. Aber Martha!

Wir werden natürlich mit Vergnügen vor Gericht erscheinen und Frau Lebius die Beweislast dafür aufbürden, daß alles, was den Inserenten des gelben Blattes bei Heranziehung zum Inserieren erzählt wurde, reine lautere Wahrheit und daß deswegen niemand von diesen Inserenten das Recht zum Austritt von seinen Verpflichtungen hatte!

Achtung, Tölpel!

Da in der Sitzung vom Sonnabend, 2. Januar, in Spandau, in welcher gemeinsam mit den Unternehmern und den Lokalfisten über die Differenz bei der Firma Schröder, Spandau, verhandelt werden sollte, von den Lokalfisten erklärt worden ist, sie hätten über die Firma Schröder keine Sperre verhängt und unsererseits auch keine Sperre über die Firma besteht, ist somit für uns die dortige Angelegenheit erledigt.

Wir können feststellen, daß wir von den Lokalfisten dupiert worden sind, als man uns das, zu veranlassen, im „Vorwärts“ bekannt zu geben, daß die Firma Schröder seitens der Lokalfisten gesperrt ist. Schröder hat nun aber inzwischen Hirsche eingestellt. Es können also unsere Kollegen dort jetzt nicht in Arbeit treten.

Alles Nähere darüber im „Tölpel“.

Gleichzeitig weisen wir nochmals darauf hin, daß die Firma Habel und Freise noch gesperrt ist. Es kommt noch hinzu der Bau Dolziger Straße.

Zwischenmeisterterrorimus!

Die Zwischenmeister in der Damenkonfektion, die doch bis zum gewissen Grade selbst weiter nichts als Arbeitnehmer sind und unter dem Druck der Großkonfektionäre leiden, entwickeln nichtsdessenweniger ihren Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber ein ganz besonderes Talent zum Terrorimus. Wiederholt sind dem Verband der Schneider in dieser Hinsicht Klagen zugegangen, so daß es notwendig erscheint, einige krasse Fälle dieser Art der Deffentlichkeit zu unterbreiten.

Schon vor längerer Zeit haben die Zwischenunternehmer Waruchsohn & Obstein, Bernauerstraße, eine Frau entlassen, weil sie eine Sitzung, die von dem Verband der Schneider einberufen war, besucht hatte. Herr Obstein erklärte der entlassenen Heimarbeiterin: Frauen, die Versammlungen besuchen, könne er nicht beschäftigen. Daß diese Herren eine ganz besondere Angst vor den Zusammenkünften ihrer Arbeiterinnen haben, hat seinen Grund vielleicht darin, daß sie nicht die besten Löhne bezahlen. Wurde doch in der Sitzung von den Heimarbeiterinnen auf die Tatsache hingewiesen, daß die Frau eines ihrer Arbeitgeber Brillanten im Haar trage, während sie, die Heimarbeiterinnen, für ein Spitzgeld arbeiten müßten.

Ein anderer Fall, der sich erst in neuerer Zeit abgespielt hat, betrifft den Zwischenmeister Dreust, Schweinmünderstraße. Hier hatte der Schneiderverband ebenfalls eine Sitzung der Heimarbeiterinnen einberufen. Auch in diesem Falle wurden zwei Frauen entlassen. Durch schamlose Zutügererei war der Unternehmer von

ihrer Abwesenheit in der Versammlung unterrichtet. Nicht genug mit der Entlassung. Herr Dreust hat der einen Frau sagen lassen, sie möge lieber ihre Wohnung reinigen, statt in Versammlungen zu gehen, und, damit gegen die übrigen ein abschreckendes Beispiel gegeben werde, hat Herr D. ein Pfand angefertigt, auf dem geschrieben stand: „Frau Sch. und L. sind wegen Besuch einer Versammlung entlassen.“ Dieses Pfand wurde an auffälliger Stelle aufgehängt, so daß jede Arbeiterin es lesen mußte. Man sieht hieraus, mit welcher Offenherzigkeit und Ungeniertheit die Herren gegen das Koalitionsrecht ihrer Arbeiterinnen vorgehen. Allerdings, in dem Augenblick, wo die Heimarbeiterinnen in der Konfektion sich darauf befinden würden, daß sie mit Hilfe der Organisation ihre jämmerlichen Löhne noch wesentlich verbessern könnten, würde die Zeit, wo die Zwischenmeister ihre Arbeit für jeden Preis gemacht bekommen vorher sein. Jetzt gibt man 60—70 Pf. für ein Damenjackett, und wenn es 1,00 bis 1,20 M. gibt, dann ist die Bezahlung schon eine gute. Man kann es daher verstehen, wenn die Herren Zwischenmeister es nicht gerne sehen, daß sich ihre Arbeiterinnen in Sitzungen zusammenfinden, um sich über ihre Lage zu besprechen. Wenn sie ihnen aber das Recht, sich zu vereinigen, mit solcher brutalen Rücksichtslosigkeit wehren, so zeigt sich, wie wenig die Herren der § 133 der Gewerbeordnung geniert. Arbeiter würden in ähnlichen Fällen sobald von einer Anklage kaum verschont bleiben. Die Herren Unternehmer aber fühlen sich sicher, daß ihnen nicht auf die Finger geklopft wird. Wenn man heute noch ab und zu gegen die beabsichtigten Änderungen der Gewerbeordnung protestiert, so tut man es nur, um nicht in den Verdacht zu geraten, daß man sich doch nicht daran lehrt.

Die Heimarbeiterinnen aber sollten die Lehre aus solchen Vorgängen ziehen, sich erst recht der gewerkschaftlichen Organisation anschließen, dann würden die Herren Zwischenmeister nicht nur die Gesetze und Verordnungen mehr beachten, sie würden sich auch hüten, einen solchen Terrorimus, wie hier geschildert, gegen ihre Arbeiterinnen auszuüben.

Der Hirsch-Dundersche „Gewerkverein“ bläst in seiner letzten Nummer zum Kampfe für die Beteiligung an den Krankenkassenwahlen. Mit dem üblichen Geschrei leitet man die Sache ein. „Nachträubende Ungehelichkeiten haben sich in mehreren Klassen gefunden. Die Schuldigen waren teilweise die Genossen.“ Doch Tatsachen und Beweise sind nicht so leicht beizubringen, wie man „Nachträubende“ Behauptungen aufstellt. So also schweigt man sich fein läubelich aus. Sehr interessant ist u. a. folgende Rede Ausführung: „Da die Genossen sich mit wenigen Ausnahmen weigern, das Verhältniswahlsystem zu den Krankenkassenwahlen einzuführen, wird man im Wahlkampf diesen Prinzipienverrat scharf zu rügen haben.“ In das Horn „aus zur Wahrung der heiligen Prinzipien der Verhältniswahl“ tuten die Hirsch-Dunderschen Wahlwächter nur, wenn sie in der Minderheit sind. Wenn sie selbst in der Majorität sind, dann Bauer ist das ganz was anderes. In der Betriebskrankenkasse der Berliner Straßenreiniger lehnten die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvertreter einen Antrag auf Einführung der Verhältniswahl glatt ab. Begründung war, daß man ja die Majorität habe und die Verhältniswahl nicht brauche. Eine Majorität, die nur erobert wird durch den Terrorimus der Vorgesetzten, muß natürlich mit allen Mitteln, auch des Betrugs ihrer eigenen Prinzipien, aufrechterhalten werden. Und das spielt sich dann als Prinzipienwächter auf. Politische und gewerkschaftliche Feinsinnsmänner sind eben einander wert.

Mit der Gründung einer Pensionskasse für die Angestellten des Druckereibetriebes Ullstein u. Co. beschäftigt sich die am Sonntag in der „Neuen Welt“ abgehaltene Jahresversammlung des technischen Personals. Nach einer eingehenden Debatte wurde das Projekt, für welches vorher unter bestimmten Arbeiterkategorien des Betriebes Stimmung gemacht worden war, glatt abgelehnt. Die bisherige Vertretung durch einen besonders zu wählenden Arbeiterausschuß wurde nicht weiter beliebt. Die Vertretung der Interessen des Personals soll in Zukunft durch die Vertrauensleute und Obleute der einzelnen Abteilungen geschehen.

Deutsches Reich.

Wer terrorisiert?

Die Metallwarenfabrik von August Böhmeyer u. Co. in Magdeburg-Neustadt hat für ihren Betrieb die Vertimmung getroffen, daß jeder dort in Beschäftigung tretende Arbeiter dem reichstreuen Arbeiterverein oder dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein (!) angehören muß. Als vor anderthalb Jahren der Schloffer Lehmann bei der Firma Arbeit annahm, erklärte er auf Verfragen, daß er Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins sei. In Wirklichkeit gehörte er dem Deutschen Metallarbeiterverband an. Mächtig wurde dies nun der Betriebsleitung bekannt und Herr Böhmeyer stellte Lehmann die Wahl, entlassen zu werden oder dem reichstreuen Arbeiterverein beizutreten. Lehmann erbot sich drei Tage Bedenkzeit und erklärte nach Ablauf derselben, daß er es ablehne, Mitglied des Reichstreuen zu werden.

Daraufhin wurde ihm gelündigt. Aber damit nicht genug, wurden ihm bei der nächsten Lohnzahlung — ohne daß man ihn danach fragte, Eintrittsgeld und ein Monatsbeitrag für den reichstreuen Arbeiterverein, zusammen 90 Pfennig, vom Lohn abgezogen. Lehmann protestierte dagegen, aber vergeblich, so daß er die 90 Pf. beim Gewerbegericht einlegen mußte.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Firma ihr Verhalten in keiner Weise rechtfertigen könne. Sie wurde daher zur Zahlung der 90 Pf. und zur Tragung der Kosten des Rechtsstreits verurteilt. Der Vertreter der Firma fragte trotz alledem noch, ob er gegen die Entscheidung Berufung einlegen könne.

Im reichstreuen Arbeiterverein wird mit besonderer Vorliebe und großer Entrüstung immer und immer wieder die „ewige Wahrheit“ verkündet, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften nur durch unerhörten Terrorimus zur Mitgliedschaft gezwungen worden seien. Die Art aber, wie er selbst zu seinen Mitgliedern kommt, scheint ihm offenbar ganz einwandfrei.

Der reichstreue Arbeiterverein sieht unter dem Protektorat des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und wird vom Unternehmertum subventioniert. Daß die „Hirsche“ ihnen gleich geachtet werden, muß für sie sehr schmeichelhaft sein.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ausverkauf im Rausch.

Frankfurt a. M., 4. Januar. (V. S.) Das Reichskolonialamt hat einer Berliner Information der „Fr. Zig.“ zufolge mit einer Finanzgruppe, der fast alle Großbanken angehören und an der auch die Deutsche Kolonialgesellschaft und die Südwestafrika-Gesellschaft teilnehmen dürften, ins Benehmen gesetzt wegen des Verkaufs der Diamanten in Südwestafrika.

Reflexexplosion.

Budapest, 4. Januar. In Hungaria-Wab ereignete sich eine Reflexexplosion, bei welcher zwei Arbeiter tödlich verletzt wurden.

Kämpfe in Persien.

Teburan, 4. Januar. (Weldung des Reuterschen Bureau.) Während des gestrigen Tages wurde in Teburan mit zeitweiligen Unterbrechungen gekämpft, bis die Ankunft von Verstärkungen der Pascharen, der Partei der Anzustehenden, ein offensives Uebergewicht gab. Eine Anzahl Soldaten suchte im englischen Konsulate Zuflucht. Der Palast des Gouverneurs wurde von Einwohnern geplündert. Der Gouverneur trat zurück. An seiner Stelle ernannte sich der Anführer der Pascharen zum Gouverneur von Teburan.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Das Jahr 1908 in Italien.

Mit kolonialpolitischen Sorgen ist das vergangene Jahr beauftragt, mit der ungeheuren Tragödie der Erdbebenkatastrophe hat es geendet.

Während die Grenzverletzung in Benadir und der Ueberfall von Tugh zu Anfang des Jahres ihre befriedigende Lösung fanden, blüht man jetzt sorgenvoll auf die rauchenden Trümmerhaufen im Süden des Landes.

Eines Ablenkungsmittels für die auswärtigen Wirren bedarf man, wie es sonst gewöhlich der Fall gewesen wäre, jetzt nicht. Nach der Arbeitslosigkeit in Apulien die furchtbare Notlage in Kalabrien und Sizilien, die durch die gewaltige Verwüstung des Erdbebens eine furchtbare Höhe erreicht hat, das sind gewiß Anlässe zu schwerster Besorgnis. Aber es sind dies nicht Besorgnisse der Art, denen man durch auswärtige Abenteuer aus dem Wege geht. Und der innere Wohlstand, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes ist zweifellos weiter im Wachsen. Dafür spricht nicht nur die gute Lage der Staatsfinanzen und des Schatzes, sondern auch vor allem die Tatsache, daß Industrie und Landwirtschaft all die Arbeitskräfte aufzusaugen vermochten, die die nordamerikanische Krise auf den italienischen Markt zurückgeworfen hat.

In Nord- und Mittelitalien macht sich keinerlei Arbeitslosigkeit fühlbar und die über Nord- und Mitteleuropa sich senkende Industriekrise erscheint Italien bis jetzt nur als ein aus weiter Ferne drohendes Unheil.

Das offizielle Italien ist froh, wenn es von der Hand in den Mund leben kann, ohne sich um fernliegende Drohungen zu sorgen. Es steht weiter im Zeichen Giolittischer Diktatur und diese Diktatur wird um so brutaler, je schmiegsamer und fähiger die Mehrheit ist. Die Bourgeoisie hat in Giolitti ihren berufensten und fähigsten Sachwalter erkannt, aber, im Gegensatz zu den Bourgeoisien anderer Länder, stellt sie ihm ihre Angelegenheiten ganz anheim, begiebt sich jeden Redes der Leistung und auch nur der Kontrolle. So treibt Giolitti bürgerliche Massenpolitik mit Jarenallüren, absoluter Herrschaft durch das Parlament, und noch dazu ein Herrscher, dem der Jügel des Opportunismus immer mehr zu fehlen anfängt, da ihm offenbar gar nicht mehr an der Herrschaft gelegen ist.

Die gesetzgeberische Arbeit des Jahres trägt den Charakter dieser Verhältnisse. Ein Gesetz, das den Beamten die öffentliche Kundgebung regierungsfremdlicher Ansichten bei Strafe der Dienstentlassung verbietet, ist durchgedrückt worden, dagegen hat man das Gesetz über die zweiwöchige Dienstzeit auf spätere Zeit vertagt. Die Frage der Abgeordnetendiäten wurde in den Kommissionen zurückgewiesen und der Antrag der äußersten Linken auf Abschaffung des Kosenzolls niedergestimmt; aber für die Bewilligung von 23 Millionen neuer Militäransgaben fand sich eine große Mehrheit. Für ihre Gefälligkeiten bewilligte sich dann die Kammer selbst ihr Trinkgeld, indem sie den Familien der Abgeordneten Gratistickets auf den Staatsbahnen zurpach.

Auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung ist wenig, aber immerhin etwas geschehen. Das Gesetz über die Sonntagsruhe im Handel ist in Kraft getreten und seine Ausdehnung auf die industriellen Betriebe steht bevor. Weiter hat das Gesetz über das Verbot der Nachtarbeit der Wäcker die Spitze des Senats glücklich passiert, freilich mit nur 9 Stimmen Mehrheit, und ist in Anwendung gekommen. Mit sozialem Ansehelses gegen die Streikfreiheit in öffentlichen Diensten hält die Regierung noch zurück, man weiß aber, daß sie nach dem Herzen Giolittis und seiner Mehrheit sind.

Im inneren Parteileben hat das Jahr 1908 wichtige Wendungen gebracht. Vor allem den Sieg der Reformisten auf dem Parteitag von Florenz, der aber bis jetzt in keiner Veränderung der Politik und des Verhaltens der Partei zum Ausdruck gekommen ist. Der „Avanti“, der nach dem im Mai erfolgten Rücktritt Enrico Ferris von Morgari geleitet worden war, ist durch Parteitagsmehrheit Genossen Visiolati übertragen worden, ohne darum aus der kritischen finanziellen Lage befreit zu werden, in der Ferris unser Zentralorgan verlassen hatte. Im Allgemeinen lenkt unser Parteileben jetzt in ruhigere Bahnen; man ist auf beiden Seiten des langen inneren Jähres müde und die schon im Jahre 1907 ausgetretenen Syndikalisten haben durch ihre Annäherung an die Anarchisten eine Waffenbrüderschaft gefunden, die ihren Grundrissen und ihrem Temperament angemessener ist als die der sozialistischen Partei.

Ein schwerer Verlust hat unsere Bewegung durch den Tod Edmondo de Amicis getroffen. Dieser Schriftsteller, der vor allem unter der Jugend großen Einfluß besaß und noch besitzt, war seit Jahren in unserem Turiner Parteiverband organisiert und die Trauer um ihn war Trauer unserer Partei.

Die Wahlkämpfe des Jahres sind der sozialistischen Partei günstig gewesen. So wurde der Wahlkreis von Vigevano im Mai den Konserverfabrikanten abgenommen und im Dezember hat der sozialistische Protestkandidat Campanozzi in der Stichwahl von Biandrate den Regierungskandidaten besiegt. Diesen zwei gewonnenen Wahlkreisen steht freilich ein Verlust gegenüber: Der durch den Tod des Genossen Calvi frei gewordene Wahlkreis von Valenza ist bei der Erbaywahl verloren gegangen. Auch bei den kommunalen Wahlen hat die Partei Fortschritte zu verzeichnen, so wurden in Bologna 4 Sitze erobert, in Mailand 5, in Novara 8, in Turin 14, in Alexandria 16 usw. Aber auch diesen Siegen, von denen besonders der von Alexandria geradezu mehrbörte Regierungspressionen abgetroßt wurden, steht die Niederlage von San Remo gegenüber, dessen Stadtverwaltung von den Händen der Sozialisten, in denen sie acht Jahre gelegen hatte, in die der Konservativen überging.

Sehr reich an Ereignissen war das vergangene Jahr für die Gewerkschaftsbewegung. Nur über die ersten 9 Monate des Jahres kann man einen Ueberblick über die Streiks gewinnen durch die Berechnung der Angaben des Arbeitsamtes. In diesem Zeitraum wurden 1428 Streiks proklamiert gegen 1863 in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Von 1188 (gegen 1417) war die Zahl der Streikenden bekannt und belief sich auf 258 637 (gegen 406 413 im Jahre 1907). Die höchste Streikfrequenz bot der Mai mit rund 70 000 Streikenden. Die Landarbeitersstreiks der ersten 9 Monate beliefen sich auf 180; von 143 war die Zahl der Teilnehmer festzustellen und erreichte die stattliche Ziffer von 104 141. Was den Ausgang dieser Kämpfe betrifft, die wahrlich einen nicht gering anzuschlagenden Kraftaufwand darstellen, so ist er wesentlich ungünstiger als im Vorjahre. Mit vollem Sieg endeten 10 Proz. der Streiks, gegen 21 Proz. im Jahre 1907, mit teilweisem Siege 31 Proz. gegen 32 Proz., ganz verloren gingen 30 Proz. gegen 18 Proz. Die Zahl der Streiks mit unentschiedenem Ausgang — 7 und 6 Proz. — ist in beiden Vergleichsperioden fast gleich, dagegen war im Jahre 1907 die Zahl der noch schwebenden Streiks bedeutend größer. Die hohe Verhältniszahl der mit einer vollständigen Niederlage endenden Streiks ist wohl vor allem auf den größeren Widerstand der Unternehmer zurückzuführen, die ihre Organisationen bedeutend ausgebaut haben.

Daß es sich nicht um eine beginnende industrielle Krise handelt, verbürgt wohl der Umstand, daß von den 1117 Streiks der ersten 6 Monate nur 12 Abwechstreiks waren; vom 1. Juli an hat das Arbeitsamt leider die Einteilung in Abwehr- und Angriffstreiks weglassen lassen.

Als größtem proletarischen Ergebnis des Jahres sei des Parmaner Agrarstreiks gedacht, der am 1. Mai proklamiert wurde und auf seinem Höhepunkt 30 000 Ausständige umfaßte. Nach 80 Streiktagen, unermesslichen Opfern der streikenden Proletarier und großen Verlusten der Grundbesitzer ist dieser Streik langsam abgeklaut, weil es der sozialdemokratischen Streikleitung an Fähigkeit gefehlt hat, die Kräfte der Ausständigen richtig abzusuchen und zur rechten Zeit einen Vergleich anzubahnen. Vom 20. bis 24. Juni hat sich an den Agrarstreik ein allgemeiner politischer Ausstand in der Provinz Parma angeschlossen, durch den die Regierung gezwungen wurde, die geschwinderweise militärisch besetzte Arbeitskammer zu räumen und die beschlagnahmten Papiere wieder herauszugeben.

Die Audir der Proletariermorde kann auch in diesem Jahresüberblick nicht fehlen. Aus geringfügigem Anlaß wurde in Cobogno und in Busio Arisio auf Landarbeiters getroffen, die gegen eine willkürliche Verhaftung protestierten. Es gab in beiden Fällen je 2 Tote und mehrere Verwundete. In Boenza schoß die Polizei ohne Provokation auf Streikende, von denen einer getötet wurde. Das Blutbad auf der Piazza del Gesù in Rom ist noch in aller Gedächtnis: ein Leidenstag, der mit roten Fahnen vor der österreichischen Gesandtschaft vorbeiziehenden wollte, gab den Anlaß zu einer „Waffenat“, die vier Menschenleben kostete.

An diese Akte der Brutalität reiht sich zwanglos eine rückblickende Betrachtung über italienische Rechtspflege an. Da wollen wir des Preispruchs der Generaldirektoren der italienischen Strafankalten gedenken, die so klug gewesen, einen von ihnen geschworenen Weinedler verhaften zu lassen. Am gleichen Tage wurden über 16 auf der Piazza del Gesù wahllos aufgegriffene Proletarier 33 Jahre 9 Monate Gefängnis verteilt. Der Staatsanwalt hatte 100 Jahre 5 1/2 Monate beantragt; das Appellationsgericht reduzierte die Strafe auf 22 Jahre. Das Schandurteil von Credpellano, der über 20 organisierte Landarbeiter 49 Jahre Gefängnis verhängte, ist von dem Kassationshof annulliert worden. Zu den unheimlichen Tragödien der Klassenjustiz stellte der Prozeß Rasi das komödien-

hafte Gegenstück. Am Pranger stand da ein Verwaltungsmilieu, dessen Opfer und Ruhmreicher der Angeklagte war, und das „Kreuzige ihn“ erscholl am lauesten aus dem Munde derer, die weiter Ruhmreicher sind und der verrotteten Verwaltung ewige Dauer wünschen. So bemüht sich auch in Italien die Bourgeoisie, durch Gefehgebung und Rechtsprechung einen immer festeren Ball um ihre Interessen zu ziehen, während der Proletarier am Ausbau seiner Organisationen arbeitet, langen Kampfes gewärtig und zu langem Kampfe gerüstet. Eine Stunde der Abrechnung wird das neue Jahr bringen: Die Parlamentswahlen, in denen die italienische Arbeiterschaft zeigen möge, wie übermüde sie ist jenes Serbilitismus und jener Trägheit, die das Biedestahl bilden für Giolittis Alleinherrschaft.

Die Strafprozeßordnung vor der Internationalen kriminalistischen Vereinigung.

Die internationale kriminalistische Vereinigung, Gruppe Deutsches Reich, nahm gestern im Festsaal des preussischen Abgeordnetenhauses unter zahlreicher Beteiligung Stellung zu dem vom Reichsjustizamt veröffentlichten

Entwurf einer Strafprozeßordnung.

Das erste Referat hielt Landgerichtsdirektor a. D. Dr. Kischall. Der Redner bemerkt, der Entwurf bilde im allgemeinen einen Fortschritt, er enthalte aber eine Reihe von Mängeln. Zu billigen sei die Einschränkung der Leffenlichkeit bei dem Strafverfahren gegen Jugendliche und beim Privatklageverfahren, und die Einführung der Berufungen gegen Strafammerurteile. Ein weiterer Fortschritt sei die Hinzuziehung der Laien bei der Strafkammer. Zu wünschen wäre aber auch die Hinzuziehung von Laienrichtern in den Berufungsinstanzen. Mit Freuden sei zu begrüßen die Erweiterung des Untersuchungsverfahrens. Zu tabeln sei andererseits, daß den verhafteten Angeklagten nicht von vornherein ein Verteidiger zur Seite gegeben werde. Das Beschwerderecht gegen die Verhaftung allein sei keineswegs ausreichend gegen eine ungerechtfertigte Verhaftung. Wenn auch der Entwurf noch so manche Mängel habe, so könne man ihn doch nicht einfach ablehnen. Es würde sich vielmehr empfehlen, an dem Entwurf mitzuarbeiten und soweit als tunlich Verbesserungen einzuführen. Er wolle nicht leugnen, daß diejenigen, die volle Arbeit auf dem Gebiete der Strafprozeßreform erstreben, eine gewisse Selbstensagung üben, wenn sie den Entwurf annehmen und wenn sie sich bereit erklären, an demselben mitzuarbeiten. Der Entwurf habe derartige Mängel, daß, wenn das neue deutsche Strafgesetzbuch in Geltung treten werde, sich die Notwendigkeit ergeben dürfte, wiederum eine Reihe von Änderungen in der Strafprozeßordnung vorzunehmen. Man werde also in dem nächsten Jahrzehnt auf dem Gebiete der Strafprozeßreform nicht zur Ruhe kommen. Das sei zu beklagen, Schuld daran sei die Regierung. Diese sei vor einer Zerreißung der Strafprozeßreform mit dem Strafgesetzbuch hinsichtlich gewarnt worden. Es wäre bezeichnend, zumal die Regierung und der Reichstag dem Entwurf im großen und ganzen geneigt seien, ihn abzulehnen. Damit würde die internationale kriminalistische Vereinigung ausgeschaltet werden. Die Zustimmung könne jedoch nur eine bedingte sein. Es seien drei Hauptforderungen zu stellen:

- 1. Die Hinzuziehung von Laien in den Berufungsinstanzen.
2. Die Selbständigkeit des Hauptverfahrens unter vollständiger Abtrennung des altenmäßigen Vorverfahrens.
3. Die vollkommene Umgestaltung der Verfolgung des Strafverfahrens seitens der Staatsanwaltschaften.

Ohne diese drei Forderungen sei der Entwurf für die internationale kriminalistische Vereinigung unannehmbar. Den Staatsanwaltschaften sei in dem Entwurf eine viel zu große Machtvollkommenheit eingeräumt. Im Volke würden gegen dieses Verfahren politische Bedenken erhoben werden. Es dürfe dahin führen, daß gewisse politische Uebertretungen verfolgt, andere dagegen nicht verfolgt werden. Der Redner wendet sich alsdann dem Verfahren gegen Jugendliche zu. In dieser Beziehung seien ja auch noch mehrere Mängel vorhanden, jedoch sei immerhin ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Selbst wenn der Entwurf abgelehnt werden sollte, sei man dieser Einrichtung wegen dem Staatssekretär des Reichsjustizamtes zu großem Danke verpflichtet. Aus Anlaß der Einführung der Verurteilung sei die Entscheidung über alle heute von den Strafkammern abgeteilten Delikte einer ersten Instanzstelle und einem Richter als Vorsitzenden und zwei Schöffen als Beisitzern übertragen. Es müsse nun dafür geforgt werden, daß

meter durchfliegt und mit seinem Apparate 1 Stunde 3 Min. und 15 Sek. in der Luft bleibt. 12 Tage später unternimmt sein Bruder Wilbur in Frankreich einen Aufstieg, der 1 Stunde 31 Min. 24 Sek. dauert und mit einer zurückgelegten Strecke von 90 Kilometer abschließt. Am 11. Oktober unternimmt Wilbur Wright zum ersten Male mit einem Passagier einen größeren Flug, der 1 Stunde 9 Min. 45 Sek. dauert und bei dem 80 Kilometer zurückgelegt werden. Einen Monat später, am 12. Dezember, bleibt Wilbur Wright mit seinem Apparat fast zwei Stunden, genau 1 Stunde 5 1/2 Min. und 22 Sek. in der Luft und die offizielle Messung ergibt eine Strecke von 120 Kilometer, die in Wirklichkeit aber ungleich größer ist. Den Abbruch bildet der jetzige letzte Rekord Wrights am Silvesterabend, der mit dem 150 Kilometerflug von 2 Stunden 20 Min. und 23 Sekunden bisher die größte Leistung der Flugmaschine darstellt. Aber diese großen Entfernungen wurden durch Kreisflüge auf einem bestimmten Gebiete zurückgelegt; sie allein würden nicht ausreichen, die praktische Verwendbarkeit des Aeroplans endgültig zu beweisen. Die Flugtechniker haben sich daher auch nicht darauf beschränkt, Zeitrekorde aufzustellen, sondern auch freie Fernflüge veranstaltet. Am 17. Oktober hat Farman den Flug von Reims nach Chalons, rund 27 Kilometer, glücklich zurückgelegt, einen längeren Fernflug unternahm Vleriot mit seinem Monoplan, während Wilbur Wright am 18. Dezember mit seinem übertrafenden Höhenflug, der ihn bis zu 120 Meter in die Lüfte emporführte, einen bisher unerreichten Höhenrekord aufstellte.

Erdbebensichere Bauten. Die furchtbare Katastrophe, die Sizilien und Sardinien heimgesucht hat, bringt die alte Frage wieder zur Erörterung, wie sich der Mensch gegen solche Naturgewalten schützen kann. Auf die Erdbeben können wir bislang nicht einwirken, und auch die Erdbebenvorhersage läßt uns bisher keine Hilfe angedeihen. Aber die Bauart der Häuser läßt sich betari gestalten, daß die Folgen der Erdbeben in hohem Maße beseitigt oder doch gemildert werden können. In Japan hat man sich die Warnungen der Jahrhunderte viel besser zu Nutzen gemacht als in Europa. So sehr man die unglücklichen Opfer des über alle menschliche Vorstellungskraft gehenden sibilianischen Unfalls beklagen mag, die Tatsache bleibt bestehen, daß dort die Lehren wiederholter ähnlicher Erdkatastrophen nicht beachtet sind. Messina und die anderen Orte sind nicht das erste Mal zerstört worden! Freilich würde die zweckmäßige Einführung erdbebensicherer Bauten ein ganz anderes Maß gesellschaftlicher Solidarität und Verantwortlichkeitsgefühls voraussetzen, als es in einem kapitalistischen Staatswesen auszubringen ist. Aber vieles hätte auch in Italien geschehen können. In Messina wurden die Häuser so hoch und so lustig gebaut, wie nur irgendwo anders.

Eine Zusammenstellung in der „Kön. Ztg.“ gibt einen Ueberblick über die bisherigen theoretischen und praktischen Versuche, erdbebensichere Gebäude zu errichten. Aus den Beobachtungen über die Wirkungen der Erdbeben auf die Gebäude hat man die verschiedensten Schlüsse gezogen. Ebenso zahlreich sind die Mittel, die versucht worden sind, um den Gefahren der Erdhöhe zu begegnen.

Die Frage der Grundmauern z. B. ist in sehr radikaler Weise dadurch gelöst worden, daß man auf diese überhaupt verzichtet hat. Man hat nämlich in Nachahmung der Bauart des japanischen Wohnhauses, das im Grunde genommen ein an den vier Ecken auf großen Steinen ruhender Holzkasten ist, vorgeschlagen, die Häuser auf eiserne Äugeln oder Walzen zu setzen, die sich auf einer Plattform aus Beton bewegen können; und in der Tat ist dieses eigenartige Verfahren mehrfach bei Häusern von kleinstem Maßstab zur Ausführung gekommen. Im Gegensatz hierzu zeichnet sich ein vor einigen Jahren von der Section Bau der Kaiserl. russischen technischen Gesellschaft entworfenes „antiseismisches Haus“ durch sehr tief betretende Grundmauern aus. Da ferner die Häuser oftmals die Verwärtung der Häuser herbeiführen, hat ein japanischer Architekt eine Art Landhaus entworfen, bei dem die stark geneigten Sparren des Dachstuhls bis zum Erdboden herabreichen und in diesem fest verankert sind.

Wohl am eingehendsten hat sich mit der Frage der erdbebensicheren Bauten der Franzose Montessus de Ballore befaßt. Seine Arbeiten erstrecken sich über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten, sie berücksichtigen sämtliche in Betracht kommenden Länder des Erdballs. Nach Abschluß seiner letzten Studien, die er nach den Katastrophen des Jahres 1906 in Kalifornien und in Chile angestellt hat, glaubte Montessus de Ballore in endgültiger Weise die Grundzüge einer „Erdbebenarchitektur“ aufstellen zu können. In einer Mitteilung an die Pariser Akademie der Wissenschaften wies er nach, daß die Wirkungen der seismischen Kräfte auf die Bauwerke verschieden sind, je nachdem diese auf festem Felsboden oder auf weichen, nachgiebigen Sand- und Aufschüttungsböden gegründet sind. Im ersteren Falle sind die Häuser raschen Stitterbewegungen ausgesetzt. Weitaus gefährlicher ist dagegen der zweite Fall, da hier der Erdboden sich bisweilen für kurze Zeit vollständig wie eine Flüssigkeit verhält; es laufen alsdann sichtbare Wellen über die Erde dahin, die eine Höhe von mehreren Fuß erreichen können, der Erdboden gleicht dem vom Wind bewegten Meere. Um im ersten Fall standzuhalten, müssen die Gebäude einen hohen Grad von Stabilität besitzen, wobei aber eine Hauptbedingung ist, daß alle Teile des Hauses möglichst gleichzeitig schwingen. Im zweiten Falle muß das Bauwerk den Charakter eines in der Gestalt unveränderbaren Blocks oder Monolithen erhalten. Unter den Bauweisen, die diesen Ansprüchen genügen, sind zunächst das Barackenhaus und die zusammengelegten Häuser zu nennen. Namentlich das erstere hat in den Erdbebenländern schon lange die Aufmerksamkeit erregt. In jüngerer Zeit beginnt aber ein neues Bauwesen in raschem Fluge sich auszubreiten, das dem Ideal des „Monolithen“ überraschend nahe kommt, der Eisenbetonbau. Wenngleich heute die praktischen Erfahrungen noch ausbleiben, so hat es doch ganz den Anschein, als sei der Eisenbetonbau das erdbebensichere Gebäude der Zukunft. Bei Verwendung des besten Materials, bei sorgfältiger Beachtung aller Vorschriften dürfte es zu erreichen sein, daß die Gebäude in mindestens 90 Proz. aller Fälle den Ansturm der unterirdischen Gewalten überdauern.

Kleines feuilleton.

Der Siegeszug der Flugmaschine im Jahre 1908. Mit einem neuen Rekord auf dem Gebiete der Flugtechnik hat das alte Jahr abgeschlossen: Noch am letzten Tage hat Wilbur Wright in Le Mans einen Flug unternommen, seine letzte Leistung vom 12. Dezember überboten und damit endgültig den Welteinpreis von 20 000 Franken gewonnen. Trotz der Kälte ließ Wilbur Wright sich von dem Fluge nicht abbringen; in einer Stunde 52 Minuten, 15 Sekunden hatte er 100 Kilometer zurückgelegt, aber entschloß sich die Fahrt fortzusetzen und kam mit seinem Apparat erst nieder, als er zwei Stunden 20 Minuten und 23 Sekunden geflogen war. Nach den offiziellen Messungen hat er in dieser Zeit 124 Kilometer 700 Meter zurückgelegt, in Wirklichkeit eine Strecke von mehr als 150 Kilometern. Damit hat Wright seit dem 5. September, an dem er den Preis der Sportkommission von 5000 Franken errang, den fünften Preis gewonnen und in vier Monaten rund 30 000 Franken eingenommen. Der jüngste Erfolg Wrights bildet einen würdigen Abschluß des Jahres 1908, das in der Geschichte der Eroberung der Lüfte allen ersten pessimistischen Zweifeln zum Trotz als eine Zeit der gewaltigen Fortschritte verzeichnet werden muß. Zu Beginn des Jahres wühlte die Allgemeinheit kaum etwas von dem Stand der Dinge in dem Kampfe um die Eroberung der Lüfte und selbst die Eingeweihten blickten voll Skepsis in die Zukunft. Die unbegreiflichen Nachrichten von den großen Erfolgen der Brüder Wright in Amerika im Jahre 1905 fanden wenig Glauben, Formans Maschine war noch so unentwikkelt, daß der Flugtechniker eine Fahrt von einer englischen Meile noch nicht hätte wagen können, sein Apparat vermochte sich kaum zwei Minuten in der Luft zu halten und nicht viel günstiger schienen die Dinge mit der Lenkbarkeit der Ballons zu stehen. Mit einer fast dramatischen Wüchlichkeit kam dann der Umschwung. Im ersten Monat des Jahres schon errang Farman den Deutsch-Preussische Preis für den 1 Kilometerflug und nun folgten unaufhaltsam die neuen Siege Formans und Delagranges in Frankreich und die ersten öffentlichen Flüge der Brüder Wright. In Amerika, wo zu Beginn des Jahres der Einflometerflug des Formanschen Aeroplans fast als ein Wunder betrachtet wurde, vermag man heute mit der Flugmaschine 150 Kilometer zurückzulegen, und der Apparat, der unfrüher nur wenige Minuten in der Luft zu balancieren vermochte, leistet heute Fahrten von mehr als zwei Stunden Dauer. Ein englisches Blatt gibt eine interessante Zusammenstellung der wichtigsten Flugversuche des vergangenen Jahres, die einen lehrreichen Ueberblick über das Tempo des Fortschrittes gibt. Am 13. Januar steigt Farman in 1 Minute 28 Sekunden 1 Kilometer. Am 31. März vermag er in 3 Min. 33 Sek. bereits 2 Kilometer zurückzulegen, und am 22. Juni führt Delagrange seinen großen Flug aus, der 16 1/2 Minuten dauert und bei dem er mit seiner Maschine über 17 Kilometer zurücklegt. Am 9. September erfolgt der große Aufstieg Orville Wrights, wobei er eine Strecke von über 60 Kilo-

der Vorsitzende ein tüchtiger Richter sei. Nicht in der Zahl der Richter, sondern in der Richteranzahl liege die Gewähr für eine gute Rechtsprechung. Der tüchtige Richter werde vollständig imstande sein auch bei schwierigeren Verurteilungen die Verhandlungen zu führen; ja, es könne nur eine Schwächung seiner Autorität herbeiführen, wenn man ihm einen zweiten rechtsgelehrten Richter zur Seite stelle. Die Häufigkeit der Kollegien sei für die endgültige Entscheidung zweifellos von großem Wert. Wo keine Berufung vorhanden sei, sei sie eine wertvolle Garantie gegen eine ungeschickliche Verurteilung, zumal zum Schuldspruch 4 Stimmen bedürfen; wo jedoch Berufung zugelassen sei, liege diese Garantie in der Berufungsinstanz. (1) Allerdings dürfte man nicht junge Richter oder gar Jureddoren zu Vorsitzenden wählen, sondern den Vorzug älteren Richtern überlassen, die in der Bevölkerung ein gewisses Vertrauen genießen. Redner schließt, Prof. Dr. Kogler in Basel sage, der Strafprozess bilde den Grabmaler für den politischen Sinn eines Volkes. Möge das deutsche Volk sich bei der Reform des Strafprozesses hohe Ziele setzen.

Korreferent ist Geh. Justizrat Professor v. Liszt-Berlin, der folgendes ausgeführt: Wir bedauern auf das lebhafteste, daß von Seiten der verbündeten Regierungen dieser Weg der Reform gewählt wurde und daß man nicht mit der Reform des Strafrechts, sondern der des Strafprozesses begonnen hat. Eine Reihe von Schwierigkeiten könnten mit Leichtigkeit gelöst werden, wenn die Sache umgekehrt wäre. Für und wäre konsequent gewesen zu sagen: wir lehnen den Entwurf ab, wir fordern zunächst eine Reform des Strafrechtbuchs. Denn der Strafprozess muß in einigen Jahren, wenn das Strafrechtbuch umgeändert wird, noch einmal eine gründliche Umänderung erfahren. Es ist zuzugeben, daß in dem Entwurf eine Reihe von Verbesserungen vorhanden sind. Entscheidend für die große Mehrheit der Mitglieder der Vereinigung bezüglich ihrer Stellungnahme zu dem Entwurf ist die tatsächliche Lage. Die Regierung will etwas schaffen und der Reichstag auch. Wenn wir da nicht mitteln, schalten wir unseren Einfluß aus. Unsere Zustimmung zu dem Entwurf ist aber nur eine bedingte. Wir betrachten ihn als eine Grundlage für weitere legislative Arbeiten unter folgender Voraussetzung: Wenn von Seiten des Reichstages nicht die Zugabe von Laien für die Berufungsinstanz geschaffen wird, ist der Entwurf für uns unannehmbar; ferner wenn es nicht gelingt, die Hauptverhandlung wirklich unabhängig zu machen von den Akten der Voruntersuchung und dem schriftlichen Verfahren. Gegen den § 154, der die Frage des Legalitätsprinzips oder Opportunitätsprinzips regeln soll, erheben sich schwere juristische und politische Bedenken.

Oberbürgermeister Dr. Köhler-Frankfurt a. M.: Der Entwurf schreibe für die Strafkammern zwei rechtsgelehrte Richter und drei Schöffen vor. Er sei der Meinung, daß ein rechtsgelehrter Richter genüge. Dieser müßte allerdings in hoher Stellung sein. Bei zwei Richtern würde einer ein jüngerer Richter sein. Er würde also nicht die erforderliche Autorität genießen. Das Streben ginge doch dahin, den Richter möglichst von unnötiger Arbeit zu entlasten. Die Einführung der Berufung in Straffällen sei eine ganz neue Sache. Er könne es nicht billigen, daß in allen Fällen Berufung zulässig sei. Wenn es sich z. B. um bloße Rechtsfragen handle, da dürfte doch die Revision genügen. Nach dem Entwurf sei es aber nötig, erst die Berufung durchzuführen, ehe man Revision einlegen könne. Wenn z. B. wegen einer Polizeiverordnung eine Verurteilung erfolge, und es sich lediglich um die Frage handle, ob die Polizeiverordnung zu Recht bestehe, sei die Berufung doch vollständig überflüssig, es genüge vollst. die Revision. Ebenso dürfte es vollständig unnötig sein, bei der Strafzumessung eine Berufung einzulegen. Auch in diesem Falle dürfte die Revision vollständig genügen. Wenn bei der Strafzumessung das Ergebnis der Berufungsinstanz sei, daß anstatt auf 10 M. auf 6 M., oder bei schwereren Fällen anstatt auf 6 Monate auf 5 oder 4 erkannt werde, so sei das doch im allgemeinen gleichgültig. Man dürfe auch nicht vergessen, daß durch derartige obeneidliche Urteile der Berufungsgerichte von den unteren Gerichten die richterliche Autorität leiden würde. Die Obergerichte dürften nicht vergessen, daß die Urteile der Untergerichte im Ansehen des Volkes nicht leiden dürfen. Er sei der Meinung, daß, wenn es zur Entscheidung komme, der Entwurf mit einer Reihe von Änderungen zur Annahme gelangen werde.

Prof. Dr. Lippmann-Biel: Die Ablehnung der Geschworenen freitags der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten in der jetzigen Fassung halte er für vollständig überflüssig. Eine Ablehnung der Geschworenen dürfe nur erfolgen wegen Verformung der Befangenheit, wie es bereits bezüglich der Richter eingeführt sei. Es sei daher nicht erforderlich, daß 18 Geschworene bei Bildung der Geschworenenbank anwesend seien. Außerdem würde es sich empfehlen, die Rechtsbelehrung des Vorsitzenden nicht den Beginn der Verhandlungen zu verlegen. Der Vorsitzende müßte den Geschworenen noch vor Beginn der Beweisaufnahme ein klares, unparteiisches Bild über die Sache geben. Es müßte dann, ebenfalls vor der Beweisaufnahme, dem Staatsanwalt und der Verteidigung das Wort zur Ausführung ihrer Behauptungen gegeben werden. Dadurch kämen die Geschworenen in die Lage, sich ein richtiges Bild über die Sache selbst zu machen. Sie wählen alsdann, worauf es im wesentlichen ankomme, und wären in der Lage, geeignete Beweisanträge zu stellen. Im weiteren sei nicht zu verkennen, daß die Tätigkeit eines Schwurgerichtsvorsitzenden eine geradezu künstlerische Befähigung erfordere. Deshalb sei es notwendig, nicht nach einem gewissen Schema Schwurgerichtsvorsitzende zu ernennen, sondern nur alte, bewährte Richter zu diesem Amte zu berufen.

Staatsanwalt Dr. Feisenberger-Magdeburg tritt für Beibehaltung der Kollisionshaft ein.

Prof. Dr. Freudenthal-Frankfurt a. M. erachtet es nicht für richtig, in hervorragender Weise Lehrer bei den Jugendgerichtshöfen als Schöffen heranzuziehen. Lehrer seien wohl Sachverständige, man könne dann aber auch mit demselben Rechte bei Jagdvergehen Förster hinzuziehen. Lehrer dürften wohl oftmals geneigt sein, auf Freisprechung der jugendlichen Verbrecher zu erkennen. (1)

Landgerichtsrat a. D. Dr. Lippmann-Berlin: Er stimme dem Herrn Professor Dr. von Liszt bei, daß das Hauptverfahren von dem Vorverfahren streng getrennt werden müsse. Man müsse aber die Betonung auf die Akten legen und darauf hinweisen, in welcher Weise die Akten zustande kommen. Er empfehle ein Vorverfahren, wie es in England sei, wo zunächst ein kontrastierendes Verfahren vor dem Polizeirichter stattfindet. Der Redner plädierte ferner für ein Kindergesetz und für die bedingte Beurteilung für jugendliche Verbrecher.

Oberlandesgerichtspräsident a. D. Wirkl. Geh. Rat Dr. Hamm-Donn ist im großen und ganzen mit dem Entwurf einverstanden.

Oberlandesgerichtspräsident Prof. Dr. Garburger-München: In Süddeutschland werde der Entwurf im allgemeinen günstig aufgenommen. Allerdings werden noch verschiedene Bedenken geltend gemacht. Die Kollisionshaft sei seiner Meinung nach nicht zu entbehren. In Bayern sei es nur durch Anwendung der Kollisionshaft möglich gewesen, dem Unfug des Haberfeldtreibens ein Ende zu bereiten. Er erachte es für notwendig, auch bei Strafzumessung Berufung zuzulassen, dagegen halte er im Revisionsverfahren, in dem es sich doch lediglich um Rechtsfragen handle, das mündliche Verfahren für entbehrlich.

Justizrat Dr. Mamrot-Dreslau: Es denke niemand daran, einen Schuldigen der Strafe zu entziehen, es sei aber notwendig, die Strafprozessordnung derartig zu gestalten, daß nicht ein Unschuldiger verurteilt oder zu schwer bestraft werde. Wenn gesagt worden, der Entwurf gleiche dem Wägen aus der Fremde, das jedem eine Gabe bringe, so sei das bezüglich der Verteidigung keineswegs der Fall. Vom Standpunkte des praktischen Verteidigers könne er sich mit dem Entwurf ganz und gar nicht einverstanden erklären. Der Richter der Tatsfrage habe eine zu große Macht. Wenn nun aber erst in einer Strafkammer bloß drei rechtsgelehrte Richter sitzen, dann werde es dem Angeklagten viel schwerer sein, ein Nichtschuldiger zu erzielen. Das Vorverfahren sei in seiner Weise geändert. Dem Untersuchungsrichter stehe eine unbedingte Macht zu; es gäbe gegen dessen Verfahren kaum eine Beschwerde. Das Beschwerdegericht habe ihm in einem Falle geantwortet:

Gegen das Verfahren des Untersuchungsrichters lasse sich nichts einwenden. Es sei unmöglich, daß von Kollisionsverfahren nur in beschränktem Maße Gebrauch gemacht werde. Es kommen zahllose ungeschickliche Verhaftungen vor, gegen die nur sehr schwer anzukämpfen sei. Dem Verteidiger wäre es auch ungemein schwer, mit dem Angeklagten im Untersuchungsverfahren zu sprechen. Es werden dem Angeklagten oftmals Zustellungen gemacht und ihnen eine Frist von 8 Tagen gestellt, ohne daß der Verteidiger eine Ahnung davon habe. Bei verhafteten Angeklagten werde es auch erforderlich, dem Verteidiger wenigstens von der Zustellung Kenntnis zu geben. Ein weiterer Mangel sei, daß über das Wiederannahmeverfahren das urteilende Gericht zu befinden habe. Es sei wider die menschliche Natur, daß ein Richter einsehe, er habe sich geirrt. Deshalb sei es auch zu beklagen, daß das Reichsgericht nur in selteneren Fällen bei Aufhebung einer Sache letzter zur nochmaligen Entscheidung an ein anderes Gericht verweise. Es wäre notwendig, auch praktische Juristen zur Beurteilung des Entwurfs heranzuziehen.

Dr. jur. Freilshaupt-Kassel: Er sei ebenfalls der Meinung, daß der Strafrichter eine zu große Gewalt ausübe. Erforderlich sei es, die Tätigkeit des Strafrichters nicht bloß als Durchgangsstation zu höherem Verwaltungsdienst anzusehen; dadurch erziele man bloß das Strebertum. Es würde sich dringend empfehlen, spezielle Strafrichter auszubilden und diese lediglich im Strafrechtswesen zu beschäftigen.

Geheimer Hofrat Professor Dr. von Lilienthal, Heidelberg. Die Ausführungen des Redners gipfeln in folgenden von ihm bezuworteten Leitsätzen:

1. Die wichtigste Aufgabe des Vorverfahrens ist die Vorbereitung der Akte und der Verteidigung für die Hauptverhandlung. Für die Staatsanwaltschaft geschieht sie am besten dadurch, daß, abgesehen von ganz einfachen Fällen, die Ermittlung persönlich geschieht, soweit nicht Vorunterstützung eintritt. Von Seiten des Beschuldigten ist dazu erforderlich:

1. Größere Bewegungsfreiheit und deshalb mögliche Einschränkung der Untersuchungshaft besonders wegen Kollisionsgefahr.

2. Ausgiebige Unterstützung durch einen sachkundigen Verteidiger und deshalb möglichst häufige Befestigung von Amtsverteidigern für mittellose Beschuldigte.

3. Unterstützung durch die Behörden bei Vorbereitung des Entlastungsbeweises und deshalb rechtzeitige Befestigung mit dem Belastungsmaterial in einem besonderen Termine, in dem die Anträge des Beschuldigten, auch weitere Beweiserhebungen entgegenzunehmen sind. Eine Ablehnung muß begründet und mit der Mitteilung verbunden werden, daß dem Beschuldigten weitere Rechtshelfe zuzusehen.

Die im Entwurf vorgegebene Parteienöffentlichkeit bietet eine weitere, aber für sich allein nicht ausreichende Unterstützung des Beschuldigten bei der Beweisvorbereitung.

2. Die Anklageschrift des Staatsanwalts ist spezifiziert abzufassen mit genauer Angabe der Beweismittel für die einzelnen tatsächlichen Behauptungen. Der Beschuldigte hat das Recht, in einem besonderen Termine dem Vorsitzenden des erkennenden Gerichts seine Einwände gegen die Anklageschrift vorzubringen und Weisungsanträge zu stellen; deren Ablehnung muß begründet und mit der Belehrung über die weitere Beweisführung verbunden werden.

3. In der Hauptverhandlung hat der Staatsanwalt den Inhalt der Anklageschrift mündlich vorzutragen. Der Beschuldigte ist darüber zu vernehmen, was er zu seiner Verteidigung vordringen will. Er ist darauf hinzuweisen, daß er Erklärungen nicht abzugeben braucht. Jede inquisitorische Befragung ist verboten. Die Beweisaufnahme leitet der Vorsitzende. Die Akten des Vorverfahrens dürfen, abgesehen von antizipierender Beweisaufnahme, dem Richter nicht vorliegen. Die Führung des Entlastungsbeweises darf nicht beschränkt werden. Der Grundsatz des § 24 Abs. 1 Str.-Pr.-O. ist beizubehalten. Die Zurückweisung von Beweisanträgen ist durch einstimmigen Gerichtsbeschluss möglich, wenn sich offensichtlich nicht zur Sache gehören, auf Verschleppung der Verhandlungen gerichtet sind, unerschöpfbare Beweismittel oder Tatsachen betreffen, die das Gericht schon zugunsten des Angeklagten für erwiesen hält. Unzulässige Beschränkung der Verteidigung bildet einen absoluten Revisionsgrund.

Professor Dr. von Lilienthal bezeichnet es u. a. als erforderlich, daß der Staatsanwalt ebenfalls der Disziplinargewalt des Vorsitzenden zu unterstehen habe. Es sei bekannt, daß dem Angeklagten zumeist der Staatsanwalt mehr imponiere als der ganze Gerichtshof. Er habe seine Ausführungen in den Leitsätzen zusammengefaßt. Er wolle nicht, daß eine direkte Abstimmung stattfinde, sondern es genüge ihm, wenn anerkannt werde, daß das, was er in den Leitsätzen niedergelegt, den Bedürfnissen der Rechtspflege entspreche, und daß es erforderlich sei, die Forderung in den Entwurf der Strafprozessordnung aufzunehmen.

Professor Dr. Wittermeier-Gießen ist der Ansicht, daß dem Beschuldigten zu wenig Rechte eingeräumt werden. Auch der Verteidigung stehen viel zu wenig Rechte zu. Es sei in dem Entwurf gesagt, den Staatsanwalt könne die Anwesenheit im Vorverfahren beim Untersuchungsrichter gestattet, dem Verteidiger aber brauche sie nicht verjagt werden. Es muß zweifellos in dieser Beziehung eine Abhilfe geschehen, denn nach dem Entwurf würde das Vorverfahren dem Ermessen der Polizei anheimgestellt werden.

Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann-Berlin bezeichnet den Entwurf als eine bedeutende Verschlechterung bezüglich der Stellung der Angeklagten. Den Belastungszeugen dürften ihre Vorstrafen nicht mehr vorgehalten werden. Die Beweisaufnahme dürfe beschränkt werden, den Verteidigern könne die Anwesenheit im Vorverfahren gestattet werden, der Untersuchungsrichter habe jedoch jederzeit das Recht, den Verteidiger aus dem Zimmer zu weisen, wenn er eine Gefährdung des Untersuchungsverfahrens durch die Anwesenheit des Verteidigers erblicke. Was habe auch die Anwesenheit des Verteidigers beim Vorverfahren für einen Sinn, wenn er nicht eingreifen könne. Wenn er Fragen stelle, dann dürfte es oftmals vorkommen, daß der Untersuchungsrichter sagen werde: Jetzt halte ich eine Gefährdung des Vorverfahrens für vorliegend und fordere Sie auf, das Zimmer zu verlassen. Jeder Rechtsanwalt, der auf seine Würde etwas gebe, werde sich einer solchen Gefahr nicht aussetzen. Zum mindesten sei das Vorverfahren von der Hauptverhandlung vollständig zu trennen.

Amtsrichter Friedberg-Berlin bezeichnet es als dringend notwendig, die Vorakten zur Hauptverhandlung heranzuziehen. Im gleichen Sinne sprechen sich Oberlandesgerichtspräsident Prof. Dr. Garburger-München und Oberlandesgerichtspräsident a. D., Wirkl. Geh. Rat Hamm-Donn aus.

Justizrat Dr. Mamrot-Dreslau: Ein großer Mangel sei, daß den Verteidigern im Vorverfahren vielfach die Akten vorenthalten würden. Es halte ungemein schwer, vom Untersuchungsrichter die Akten zu bekommen. Die Verteidiger müßten viel Zeit aufwenden, um die Akten lesen zu können, selbst wenn das Verfahren bereits eröffnet sei. Die Akten befänden sich alsdann bei der Staatsanwaltschaft und zum Teil in der Reichsdruckerei. Die Akten werden den Verteidigern vom Staatsanwalt vorenthalten mit der Begründung, daß eine Gefährdung der Untersuchung vorliege. Worin diese bestehen solle, sei ihm nicht klar. Die Verteidiger besuchten oftmals ihre verhafteten Klienten im Gefängnis, dies geschähe aber nur zur Verurteilung derselben, damit die Leute sehen, der Verteidiger interessiere sich für sie. Ohne Kenntnis der Akten könne doch die Verteidigung gar nicht folgen. Die Gefahr einer Fluchtbegünstigung sei doch ausgeschlossen. Der Verteidiger handle nur im Interesse des Angeklagten, wenn er ihm sage, es liege ein so schweres Verbrechen vor, daß ein Haftbefehl erlassen werden könne. In solchen Fällen könne der Angeklagte Dispositionen bezüglich seiner Familie, Geschäftsverhältnisse u. dgl. treffen. In den jetzigen Zeiten des Telefons und des Telegraphen gehöre eine Flucht zu den Seltenheiten. Er sei ganz und gar dagegen, daß die Vorsitzenden in den Hauptverhandlungen von den Personalakten Gebrauch machen. Es würde gesagt, die Personalakten enthielten nicht nur Belastungs-, sondern auch Entlastungsmomente. Um die entlastenden Momente geltend zu machen, genüge doch schon die Anklageschrift. Der Staatsanwalt habe doch

die Pflicht, nicht nur die belastenden, sondern auch die entlastenden Momente in der Anklageschrift hervorzuheben. Er stimme dem Professor Dr. von Lilienthal bei, daß der Grundsatz des § 24 Abs. 1 (Beweiserhebung durch Vernehmung aller geladenen Zeugen) des Entwurfs festgehalten werden müsse. Das Vertrauen der Bevölkerung zur Rechtsprechung sei erschüttert. Es sei dringend notwendig, daß dies Vertrauen wieder hergestellt werde. Das konnte aber nur geschehen, wenn die Angeklagten die Ueberzeugung gewinnen, daß ihre Sache erschöpfend und unparteiisch behandelt worden sei. Wenn ein Angeklagter die Vernehmung seiner Zeugen verlange, dann müsse dies eben geschehen, anderenfalls halte er sich für unschuldig verurteilt. Staatsanwalt Dr. Feisenberger-Magdeburg: Er müsse dem Vorredner erwidern, daß jeder anständige Staatsanwalt dem Verteidiger ohne weiteres Einsicht in die Akten geben werde!

Die Verhandlung wird auf heute, vormittags 9 1/2 Uhr, vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Ein Zeichen der Zeit.

Die Schäden der Preispolitik der Rohstoffverbände sind nun nachgerade so offensichtlich geworden, der Kreis derjenigen, die durch jene Praxis in Mitleidenschaft gezogen werden, ist so groß, daß jetzt sogar die Offener Handelskammer, wenn auch noch in etwas verhaltenen Form, vor der rücksichtslosen Preistreiberi der Rohstoff- und Holzhandlungsverbände glaubt warnen zu müssen. In ihrem Jahresbericht schreibt die Kammer:

„Die Kammer ist weit davon entfernt, die Ansicht zu vertreten, daß unsere Kartellorganisationen, so wie sie bestehen, fehlerlos seien, daß keine Mißgriffe vorkommen könnten und vorkämen. Davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Wohl aber lassen sich nach Ansicht der Kammer gewisse Mängel, die heute den Kartellen noch anhaften und die bei der Handhabung dieser Organisationen hervorgerufen, so daß das Interesse der Produzenten mit demjenigen der Konsumenten möglichst in Einklang gebracht wird. Werden unsere Kartelle nach diesem Grundsatz des „Leben und leben lassen“ weiter entwickelt, so werden sie Bestand haben und segensreich wirken. Dagegen wird eine Ueberreibung des Kartellprinzips, die Ausnutzung der Macht lediglich zugunsten des einen Teils, zu einer Diskreditierung der gesamten Kartellidee überhaupte und schließlich zum Zerfall führen müssen, eine Ueberzeugung, in der sich die Kammer mit den Leitern unserer großen Kartellorganisationen übrigens völlig eins weht.“

In der Offener Handelskammer dominieren einflussreiche Leute aus dem Kohlenhandels- und Stahlwerksverbande. Die verurteilenden Worte könnten daher zu der Annahme verführen, die Kritik sei der Ausschlag dort man eingezogener Erkenntnis, von der man auch wohl als erwünschte Frucht das von der verbrauchenden Industrie geforderte Entgegenkommen erwarten dürfe. Solcher Optimismus ist durchaus unangebracht; ihn auszulösen und damit der Aktion der Abwehr gegen den Syndikalismus lähmend in die Arme zu fallen, scheint uns der Zweck der Uebung zu sein. Man soll deshalb die Auffassung der Kammer nicht als Verhugungspulver wirken lassen, sondern als Argument benutzen.

Folgen der Schutzpolitik.

Es ist zwar nichts Neues, was die Kellereien der Kaufmannschaft von Berlin in ihrem Jahresbericht über die bösen Folgen der neuerdeutschen Schutzpolitik sagen, aber den Auslassungen des Ministers Breitenbach gegenüber, der dieser Tage im „V. L.“ von einer allgemeinen, alle Bevölkerungskreise umfassenden Mäßigung des Wohlstandes philosophierte, verdient das Urteil doch registriert zu werden. Es lautet:

Wenn die deutsche Handels- und Schutzpolitik den Zweck hatte, die deutsche Arbeit zu schützen, so hat sie andererseits die schutzpolizerischen Tendenzen in den anderen Ländern geweckt oder verstärkt. Infolgedessen ist der deutsche Export nach dem Auslande erschwert und eingeschränkt oder unlohnd gemacht worden. Die Klagen über diese Erschwernisse kommen aus unseren Korporationsbezirken von verschiedenen Seiten. Ebenso zahlreich aber sind die Beispiele von Fällen, in denen unsere Industrie, um die Nachteile der hohen Auslandszölle wenigstens einigermaßen auszugleichen, im Auslande Fabriken angelegt oder an solchen sich beteiligt hat. Diese Bewegung war schon vor Abschluß der Handelsverträge im Jahre 1906 bezüglich derjenigen Länder bemerkbar, in denen besonders hohe Schutzzölle bestanden. Nach Abschluß der Handelsverträge hat sich diese Bewegung verstärkt, da in letzteren fast durchweg den Vertragsstaaten höhere Einfuhrzölle für unsere Fabrikate zugeföhrt werden mußten. In diesem Sinne haben sich die beim Abschluß der Handelsverträge ausgeprochenen Befürchtungen bewahrheitet. Vorwärts ist diese Bewegung noch durch die neuerliche englische Patentgesetzgebung. Wie aus unserem Korporationsbezirk, so kommen auch aus anderen Teilen Deutschlands ähnliche Meldungen über die Erschwernisse des Exports und die Verringerung unserer Industrie im Auslande, Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse für die Industriearbeiter, Verteuerung der Lebenshaltung für alle Konsumgüter mittel laufenden Konsumenten: das ist der agrarischen Schutzpolitik Segen.

Lebensmittelerzeugung.

Das Jahr 1907 zeichnete sich aus durch ungewöhnlich hohen Preisstand für Lebensmittel. Ende 1907 mußten für manchen Artikel bis dahin kaum gekannte Aufwendungen gemacht werden. Jetzt aber, in der Zeit der Krise, wo viele, viele Arbeiter die Gehälter des verminderten Einkommens mühen, sind teilweise noch höhere Preise zu zahlen als vor einem Jahre. Aus den Berichten der Berliner Markthallenleitung mögen wir folgende Aufstellung: Es kosteten:

	31. Dezember 1907	1908	in 1908 mehr- oder weniger—
	RM.	RM.	RM.
Dahlfleisch Ia per 50 kg	70-72	69-73	-1 bis +1
„ IIIa „ „	66-69	68-64	+2 „ 5
Schweinefleisch „ „	62-60	63-70	+11 „ 10
Erdäpfel „ „	5-9	6-9	-1 „ -
Schafsch. „ „	2,50	3-3,50	+0,50 bis 1
Vorres „ „	1,50-1,75	2-2,50	+0,50 bis 0,75
Beerröttel „ „	4-12	10-13	+6 bis -
Sellerie „ „	4-6	8-12	+4 „ 6
Rohrriiben „ „	2-3	2,25-4	+0,25 „ 1
Wirtingohl „ „	3-6	5-15	+2 „ 9
Roifohl „ „	3-7	8-15	+5 „ 8
Weißfohl „ „	1-1,50	0-7	-5 „ 5,50
Grünfohl „ „	6-8	12-16	+6 „ 8
Kohlrüben „ „	2-3	3,25-5	+0,25 „ 2
Zwiebeln „ „	2-3	3-10	+6 „ 7
Wote Rüben „ „	2,50-3	3-6	+0,50 „ 3

Prozentual ergeben sich da ganz enorme Steigerungen. Speziell die Gemüskarten haben nun außerordentlich hohe Preise erreicht; Preise, die es ausschließen, daß der arme Leut, der nur über bescheidenes Einkommen verfügt, in die Lage kommt, sich für den notwendigen Verzehr auf Fleischnachfrage an Gemüse zu erlauben. Und da gibt es immer noch Leute, die von steigender Verteuerung der Lebenshaltung auch der schlecht gelohnten Arbeiter fabeln.

Bündholzenmonopol in Oesterreich.

Das österreichische Abgeordnetenhaus hat in seiner letzten Sitzung ein Gesetz beschloffen, durch welches die Verwendung des weichen Hooshyers in der Bündholzenindustrie verboten wird. Dieser Beschluß ist auf die Initiative der sozialdemokratischen Abgeordneten zurückzuführen. Gleichzeitig tritt die Frage der Einführung des



Gustav
Behrens-
Theater.
Goltzstr. 9.

Das vollständig neue
Januar-Programm:
„Die tolle Lolo“
Voll mit Gesang in 1 Akt.
„Ein Berliner muß es sein“
Voll mit Gesang in 1 Akt
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Leihhaus

Gelegenheitskäufe verfall. Gold-
und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 I
Ecke Ritterstr.

Schutzmarke

Jetzt
Bockbier
überall zu haben
in Flaschen, Kannen
und Siphons.
**BÖHMISCHES
BRAUHAUS**

Als Verlobte empfehlen sich:
**Franziska Drews
Erich Mahler.**

Sublimiertes Sycumarin



um sich von der Unschädlichkeit des „Kaffee Hag“ coffeinfrei, zu überzeugen, können Sie leicht an sich selbst vornehmen. Trinken Sie vor dem Schlafengehen einen starken Aufguß des „Kaffee Hag“ coffeinfrei. Ihre Nachtruhe wird in keiner Weise beeinträchtigt werden. Können Sie also Kaffee abends nicht vertragen und wollen trotzdem auf den Ihnen lieb gewordenen Genuß nicht verzichten, trinken Sie „Kaffee Hag“ coffeinfrei, der in 1/2 Pfund-Paketen von 60 Pfg. an überall zu haben ist.

Gegründet 1825.



Eingetr. Schutzmarke.

Fr. Hahn

**BERLIN C 25
Alexanderplatz.**

Von Dienstag, dem 5., bis Dienstag, dem 19. Januar

Inventur-Räumungs-Verkauf

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Ein großer Posten **Bettdamast** in hübschen Streifen und Blumenmustern:

	Serie I	Serie II
Kissenbreite 82 cm Mtr. M.	0.70	M. 0.85
Deckbettbreite 130 cm Mtr. M.	1.05	M. 1.30

Ein großer Posten **Louisianatuch** für Leib- und Bettwäsche,
gute, haltbare Qualität, 82 cm breit Mtr. M. 0.42
130 cm breit Mtr. M. 0.74

Ein großer Posten **Hemdentuch** für Leibwäsche, mittelfädig, gedrungen,
82 cm breit Mtr. M. 0.38

Ein großer Posten **weißleinenener Taschentücher**
mit kleinen Webefehlern, gesäumt, für Damen und Herren:
Serie I Serie II Serie III
1/2 Dtzd. M. 1.40 1/2 Dtzd. M. 1.60 1/2 Dtzd. M. 2.20

Ein großer Posten **Viktoria-Küchenhandtücher**,
gesäumt und gebändert, Größe 46/110 cm per Dtzd. 5.20

Reste in Bettstoffen, Hemdentüchern, Louisiana-
tüchern, Inletten, Handtuchstoffen, Barchenten,
in weiß und bunt, enorm billig.

Ein großer Posten **Damen-Hemden**, Achselschluß mit gestickter
Passe u. Langetten, Stck. M. 1.15

Ein großer Posten **Damen-Hemden**, Achselschluß m. Ueberschlag-
passe u. Langetten, Stck. M. 1.45
dasselbe Hemd mit Stickerei M. 1.95

Ein großer Posten **Damen-Hemden**, Achselschluß m. handgestickt,
Passe u. eingearb. Lang. M. 1.90

Ein großer Posten **Nachtjacken**, gestreift Satin oder Croisé-
barchent . . . Stück M. 1.00 1.25

Ein großer Posten **Damenbeinkleider** aus Hemdentuch oder
Croisébarch., Stück M. 1.00 1.25

Ein großer Posten **weißer Herren-Oberhemden** mit
guten leinenen Falten-, gestickten oder Pikee-Einsätzen,
früherer Wert M. 4.50, jetzt 3.25

Ein großer Posten **bunter Herren-Oberhemden**,
gute Perkal-Qualitäten

Serie I	Serie II
M. 1.50	M. 2.25

Ein großer Posten **bunter Herren-Garnituren**,
bestehend aus Serviteur u. ein Paar Manschetten, waschechter Perkal,
Garnitur M. 0.75

Ein großer Posten **Winter- und Sommer-Trikotagen** weit unter Preis.

Prima Mako-Beinkleider, früherer Wert M. 3.50 jetzt M. 2.10

Warme Normalhemden, früherer Wert M. 2.75 jetzt M. 1.95

Kinderstrümpfe in allen Größen, bedeutend zurückgesetzt.

Gefütterte Untertailen, sehr warm M. 0.95

Ein großer Posten eleganter weißer und schwarzer
Damenkragen und **Passen**, aus Balist, Spachtel und
Seide, kleine und große Formen, sowie **Damen-Krawatten**
und **Schleifen**, früherer Wert bis M. 7.50

Serie	I	II	III	IV	V	VI	VII
jetzt M.	0.10	0.20	0.30	0.55	0.95	1.45	2.40

Herren-, Damen- und Kinderkragen Serie I Serie II
in verschiedenen Weiten 0.10 0.25

Herren-Chemisettes und Serviteurs
in allen Weiten 0.50, 0.65

Herren-Krawatten, Selbstbinder, Diplomaten, Regattes und
Plastrons, früherer Wert bis M. 3.00 jetzt

Serie I	II	III
M. 0.20	0.40	0.60

Ein großer Posten **Damen-Gürtel**, darunter elegante Wiener und
Pariser Modelle, früherer Wert bis M. 11.00

Serie	I	II	III	IV
jetzt M.	0.50	0.90	1.50	2.50

**Die sparsame
Hausfrau**

verwendet für Bouillon und Suppen

nur noch **Bouillon-Würfel**

Marke „Krone“

1 Würfel genügt für 1 Tasse
oder 1 Teller und kostet

5 Pfennig



==== Ueberall käuflich! ====

Die Krise in der holländischen Partei.

Von einem holländischen Parteigenossen wird uns geschrieben:

In der holländischen Partei haben sich die Gegensätze in der letzten Zeit scharf zugespitzt. Nachdem auf den Kongressen 1903 und 1907 die Revisionisten völlig die Oberhand gewonnen hatten, wurde vor gut einem Jahre von einer Gruppe jüngerer Marxisten begonnen, ein Wochenblatt, „De Tribune“, herauszugeben, das sich die prinzipielle sozialistische Aufklärung der Arbeiter als Ziel setzte. Diese Aufklärung wurde vom Zentralorgan der Partei, das ganz revisionistisch redigiert wird, vernachlässigt. Die Arbeit der „Tribüne“ bestand natürlich nicht in abstrakt-theoretischen Abhandlungen, sondern in der Behandlung der Tagesfragen, wobei gelegentlich scharfe Kritik an verschiedenen Auswüchsen des Revisionismus in Partei- und Gewerkschaftsbewegung geübt werden mußte. Auf dem letzten Osterkongreß 1908 hat dies zu verschiedenen Debatten Anlaß gegeben, doch ging die revisionistische Mehrheit nicht so weit, durch scharfe Maßnahmen die revisionistische Kritik niederzuschlagen.

Jetzt hat sich das geändert, seitdem die „Tribüne“ bei verschiedenen Anlässen die Haltung der Parlamentsfraktion kritisiert hat. Die Parlamentsfraktion steht in Holland ganz auf revisionistischem Boden und hat in ihrer Haltung zu den verschiedensten Angelegenheiten den prinzipiell sozialistischen Standpunkt vernachlässigt. Bei seiner Interpellation über die Krise und die Arbeitslosigkeit z. B. ließ der Führer der Fraktion, Genosse Troelstra, den wissenschaftlichen Sozialismus fallen; der Sozialismus sei, wenn nicht sicher, doch wenigstens möglich, führte er aus; und die Frage, ob die Krisen unter dem Kapitalismus periodisch wiederkehren und schlimmer werden, sei für uns nicht entscheidend. Bei einer anderen Gelegenheit verneinte derselbe Arbeiterführer das Streikrecht für Staatsbeamte. Als ein konservativer Politiker die in einer vom Genossen Gorter geschriebenen Broschüre auseinandergesetzte historisch-materialistische Auffassung der Krise angriff — natürlich, indem er die Auffassung, daß es im Klassenkampf nur eine Klassenheit gibt, dahin verdrängte, als empfehlend für den Arbeiter Treuepflicht und Unwiderstandlichkeit — sagte Troelstra sich vom historischen Materialismus los und stellte sich auf den Boden der bürgerlichen Moral. Anstatt die Fälligkeit des Gegners festzuhalten und nachzuweisen, daß wir nur eine historische Tatsache feststellen, wenn wir sagen, daß dem Feinde gegenüber im Klassenkampf die Gebote der Moral nicht gelten, schlug er sich auf die Seite des Gegners, nannte die Darlegungen seines Genossen eine „Korruption des Marxismus“ und versuchte mit einem Satz aus den Statuten der Internationale Marx gegen ihn auszuspielen, wobei ihm nur das Unglück passierte, daß dieser Satz gar nicht von Marx herrührt. Beim Kriegesetat hatte ein Parlamentsmitglied mitgeteilt, daß er als Kommandant in einer wichtigen militärischen Stellung eine Mobilisationsordre erhalten und ausgeführt habe gerade zu der Zeit, da Kaiser Wilhelm der Königin Wilhelmina einen Brief geschrieben haben soll. Der damalige Ministerpräsident Kuyper gab über die Sache sehr zweideutige Erklärungen ab. Es war somit wahrscheinlich, daß die Konstitution verletzt worden war. Trotzdem veräußerte die Fraktion durch eine Interpellation volles Licht über die Affäre zu erzwingen.

In diesen und mehreren ähnlichen Fällen stellte sich das Verhalten der Fraktion heraus, sich nicht in unbedingtem Gegensatz zu dem Vorgehen zu stellen; die großen und prinzipiellen Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie wurde ausgetrieben. Doch hier eine Kritik, mitunter eine scharfe Kritik durch die „Tribüne“ sehr am Platze war, versteht sich.

Der Streit brach dann los, als der Vorstand der Rotterdamer Parteibteilung in einer öffentlichen Versammlung, in der Troelstra reden sollte, den Verkauf der „Tribüne“ verbot. In Holland gilt in allen sozialistischen Versammlungen stets unbeschränkte Redefreiheit; alle Richtungen, Anarchisten so gut wie Merikalen, bieten den Versammlungsbesuchern ihre Zeitungen und Broschüren frei; und von unserer Seite wurde die Obskurantentaktik der Merikalen und Liberalen, die in ihren Versammlungen die Kolportage sozialistischer Schriften verboten, immer blutig verhöhnt. Danach läßt sich der Charakter der Maßnahme erweisen, den Verkauf eines sozialistischen Blattes in einer sozialdemokratischen Versammlung zu verbieten. Hoß weil darin die Haltung Troelstras in der Krisenrede kritisiert wurde! Als Beispiel der revisionistischen Toleranz, des Respekts vor der Meinungsfreiheit anderer, wo die Revisionisten die Mehrheit besitzen, ist dieser Fall außerst lehrreich.

Das Verbot entfiel einem erbitterten Kampf, wobei auch von den verdorbenen „Tribüne“-Redakteuren in allzu heftigen persönlichen Angriffen über die Schür geäußert wurde. Diese Angriffe boten einen hierig ausgeprägten Vorwand, ein Ausschlußverfahren gegen die drei Redakteure Bynhoop, Geion und van Navescheu einzuleiten, um so die unbecuemen Kritiker loszuwerden. Der Parteivorstand, der in der Mehrheit aus Revisionisten besteht, nahm zuerst die Sache in die Hand und beriet darüber, ob ein außerordentliches Parteikongreß zum Zweck des Ausschlusses der drei einberufen werden sollte. Die Redakteure der „Tribüne“ gaben dann nach einigem Verhandeln die Erklärung ab, daß sie sich weiterhin, namentlich zur Zeit der nächsten Wahlen — die im Sommer 1909 stattfinden werden — der Angriffe auf Parteiorgane und Parteigenossen enthalten würden, in der Hoffnung, daß ihnen gegenüber ähnlich verfahren wird, und sie erläuterten diese Erklärung dann in einem zweiten Schreiben dahin, daß sie sich das Recht der Propaganda ihrer Ansichten nicht nehmen ließen, persönliche Angriffe aber vermeiden würden. Nach dieser Erklärung beschloß der Parteivorstand in seiner Sitzung vom 19. Dezember, von der Einberufung eines besonderen Kongresses Abstand zu nehmen.

Damit war aber die Fraktion nicht zufrieden. Sie zog gegen den Parteivorstand los mit dem Hinweis darauf, daß jetzt das Verbot aufgehoben werden müsse, bevor es weiter um sich greife. Die beiden Vertreter der Fraktion im Parteivorstand, Schaper und Helldingen, relakten ihre Entlassung ein, da sie für die „schlafte“ Haltung des Parteivorstandes keine Verantwortung tragen wollten. Dieser hat jetzt den Beschluß gefaßt, die Frage, ob ein Kongreß einberufen werden soll, dem Referendum (Abstimmung durch die Parteimitglieder) zu überlassen.

Der Ausgang dieser Aktion wird einen interessanten Beitrag dazu liefern, wie die Revisionisten, die in Deutschland immer über die bedrohte Meinungsfreiheit fächelten, dort, wo sie die Mehrheit haben, die Toleranz den Genossen gegenüber verlieren, die für einen prinzipiellen, Klassenbewußten, sozialistischen Kampf des Proletariats eintreten.

Massenelend vor dem Einzelrichter.

IV.

Es tritt ein Alter mit niedrigem, schmutzigem Krügelchen vor, nachdem bereits drei Duzend abgeurteilt sind, und zum Urteilsantritt neigt sich

Der Richter: Das ist heute schon der dritte mit 'nem Krangel! — Sie sind wegen Bettelns und Obdachlosigkeit verurteilt!

Nummer 10: J... i... ich ha... ha...

Richter: Warten Sie, Geben Sie her den Zettel. — Gnade! Bescheinigung über Arbeitsfrage. Können noch Hause gehen. Lun Sie's nicht wieder! —

Saarscharf weiß ein Richter gut und böse zu scheiden. Denn er hat viele Semester lang vom Baume der Erkenntnis gegessen, und es ist ihm gut bekommen. Stiehlt einer, so sagt der Richter: Dieser ist ein Dieb. Bettelt einer: Dieser ist ein Bettler. Tötet einer: Dieser ist ein Mörder. Der Mörder gehört aufs Schafot, der Dieb ins Zuchthaus, der Bettler ins Gefängnis. Dalt — ins Gefängnis? Mit nichten: eine Haftstrafe, keine Gefängnisstrafe bekommt er.

Es ist ja alles so einfach. Man wägt und mißt die Handlungen der Menschen wie der Krämer ein Pfund Wurst oder eine Elle Tuch. Mit gelassener Hand streut man zwischen armen Krüppeln und Mitleidigen ein paar Jahre Haft über einige Duzend Mitmenschen aus. Wer darf sich da über jene Verurteilten, die eine Handvoll Menschen auseinanderreißen und frühlichen Herzens hinabschießen zu ihrem Dammerschoppen?

All diese Typen von Bettlern, Obdachlosen, Trinkern usw. erzeugen ebensowohl das Mitleid des zühlenden Zuhörers, wie der Richter und sein Amtsamt wohl psychologisch Interesse erwecken. Besonders der Richter glänzt fast bei jedem Falle durch ein charakteristisches Wort. Er spricht es, um den Vorgeführten damit zu kennzeichnen, — und kennzeichnet viel mehr sich selber. Er figuriert hier als Typus des Richters, d. h. eines Mannes, den die Mächtigen einsetzen, um die Schwachen schwach zu erhalten, unter der (meist selbst geglaubten) Vorpiegelung, das Interesse der Nachfolger sei gleichbedeutend mit der Gerechtigkeit. Diese Richter sind die Hülfskräfte der Gesellschaft. Mit den zähen und dehnbaren Rissen der Gesetzesparagrafen glauben sie die unheilbaren Risse und Löcher vernähen zu können. Durchdrungen von der hohen Stillschicklichkeit und Nüchternheit ihres Tuns, glauben sie ein gutes und großes Werk zu tun, wenn sie einen Hungernden und stierenden Menschen „unschuldig“ machen. Sie sind wie Durchschnittsärzte. Doch immer wieder die Krankheit, an der sie herumdoellern, an einer neuen Stelle herborbricht, betritt sie nicht. Und der Patient, der nicht leben und nicht sterben kann, geht unermüdet das Honorar für diese ärztlichen Bemühungen. Bis der Kadaver eines Tages ganz eingest.

Unrecht aber wäre es, den einzelnen Richter dafür verantwortlich zu machen, daß er nicht die sozialen Zusammenhänge der Straftat aufdeckt. Wie soll das ein Richter können, von dem 40, 60, 80, ja gar 100 Fälle an einem Tage abzurteilen sind? Es kommt hinzu, daß die Gewohnheit hart und unempfindlich macht und daß doch er nicht in der Lage ist, an den sozialen Schäden bessernde Hand anzulegen. Eine wahre Justizreform müßte als erstes Erfordernis auf die Aufhebung des Zusammenhangs zwischen der Straftat und den sozialen Verhältnissen hinarbeiten. Denn nur dann ist Heilung der Schäden möglich. Das Strafrecht und die Strafrichter hätten diese Zusammenhänge zu berücksichtigen und sie zum Ausgangspunkt für soziale Verbesserungen zu betrachten. Das ist aber nur möglich durch eine Reform unserer Prozedurordnung wie unserer Strafrechts an Haupt und Gliedern. Die Grundlage einer solchen Reform ist Aburteilung durch aus allen Teilen des Volks vom Volk erwählte Richter. Erst dann ist es möglich, der Justiz einen sozialen Charakter zu verleihen und zu einer Institution zu machen, die nicht die Schäden der Gesellschaftsordnung zu verwalten und die Opfer der Gesellschaftsordnung für das zu strafen hat, was Schuld der Gesellschaft selbst ist, sondern zu einer Institution, die vielmehr den Ursachen der Straftaten nachforscht und die Ursachen durch Veränderung der Gesellschaftsordnung selbst zu beseitigen bestrebt ist.

Soziales.

Die natürliche Bewegung der Bevölkerung.

In der „Zeitschrift für soziale Medizin“ bespricht der Dresdener Arzt Dr. E. Koesle „die natürliche Bewegung der Bevölkerung in den europäischen Staaten“ und zieht in den Bereich seiner lebenswerten Beobachtungen die Eheschließungen, Geburten, Sterblichkeit und Geburtenüberschuß. Er betont schon einleitend, daß als charakteristisches und einheitliches Moment in dem gegenwärtigen Verhalten der die organische Entwicklung der Völker konstituierenden Faktoren der „allgemeine Rückgang der Sterblichkeit“ immer deutlicher in Erscheinung trete. Neben dem fortschreitenden Sinken der Sterblichkeit, das wir als „den größten Triumph unserer heutigen Kultur“ bezeichnen, mache sich ein „unaufhaltsames Sinken der Fruchtbarkeit“ in der Mehrzahl der Staaten bemerkbar. In seinen Betrachtungen über die Eheschließungen meint Koesle: „Die moralische Grundlage für eine gedeihliche Bevölkerungsentwicklung sind die Eheschließungen.“ Eine Tabelle führt uns die Zahlen aus 29 Ländern auf, die unter normalen Verhältnissen, wie der Verfasser betrachtend meint, „eine relative Höhe von 7—8 Proz.“ ergeben. Diese Norm wird nur von den slawischen Ländern und von — Sachsen überschritten. Aus den lehrreichen Zahlen des Jahres 1905 geht dies hervor. Auf je 1000 Einwohner der mittleren Bevölkerung treffen Eheschließungen z. B. in Bulgarien 10,0, Serbien 9,9, Sachsen 9,4, Frankreich 7,7, Schweden 5,8, Island gar nur 5,2. Der Verfasser meint erklärend: „Nach dem letzten allgemeinen Tiefstand der Eheschließungsziffern zur Zeit der wirtschaftlichen Krise in den 80er Jahren vorigen Jahrhunderts hatte sich in den meisten Staaten die Zahl der Eheschließungen langsam, aber ständig, bis gegen Ende des Jahrhunderts wieder gehoben.“ Die Statistik lehrt uns auch, daß bis zum Jahre 1901 eine Steigerung eintrat, dagegen 1902/1903 ein plötzlicher Rückgang einsetzte. Dr. Koesle meint: „Dieser plötzliche, nahezu allgemeine Rückgang nach langjährigem, ununterbrochenem Aufstieg konnte nur durch tiefere liegende Ursachen bedingt sein. Als solche müssen wir hauptsächlich den Rückschlag in der industriellen Konjunktur in den Jahren 1902/1903 bezeichnen.“ Am wenigsten machte sich ein Rückgang der Eheschließungsziffern in Staaten mit wenig Industrie geltend und meint deshalb der Verfasser: „Der vorübergehende Niedergang der industriellen Konjunktur in dem letzten Jahrzehnt machte sich naturgemäß in diesen vorzugsweise agrarischen Staaten weniger oder gar nicht bemerkbar.“ Bei den germanischen und romanischen Völkern trete die Abhängigkeit der Eheschließungen „von den wirtschaftlichen Verhältnissen“ in den Vordergrund, „da die Ehen in diesen Ländern im allgemeinen erst nach Erreichung eines auskömmlichen Erwerbes eingegangen werden.“ Daher sei die Eheschließungsziffer von volkswirtschaftlicher Bedeutung und könne man die ökonomische Entwicklung eines Landes danach ermitteln. Die geringen Ziffern nordischen Staaten wie Schweden, Norwegen usw. erklärt Koesle mit dem „geringen wirtschaftlichen Aufschwunge dieser abseits vom Weltverkehr liegenden Länder“; der Auswanderung eines Teiles der heiratfähigen Bevölkerung usw. Ein Widerspruch ergibt sich jedoch aus diesen Ausführungen bezüglich der slawischen Länder, welche die höchsten Ziffern haben. Dies fällt auch Koesle und meint deshalb: „Die hohen Ziffern der slawischen Länder dürfen wir dagegen weniger für einen Beweis einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung, sondern mehr für ein Zeichen der dürftigen Lebenshaltung und der geringen Lebensansprüche dieser Völker ansehen!“ Dazu komme noch, daß das Heiratsalter der slawischen Rasse allgemein sehr niedrig sei.

Da die Abwanderung vom Lande in die Städte gerade im heiratfähigen Alter am größten ist, so müsse sich auch eine Differenz der Eheschließungsziffern in Stadt und Land ergeben. Dies bestätigen auch folgende Zahlen (auf 1000 Einwohner):

Table with 3 columns: in Stadt, in Land, Eheschließungen. Rows: Preußen (8,9, 7,6), Bayern (8,6, 7,6), Schweden (7,3, 5,5).

Die Stadt mit 10,2 auf das Land zu 7,6.

Eine Ausnahme hiervon machen wieder die Länder Bulgarien und Serbien. In Bulgarien kommen auf 1000 Einwohner 7,5 in der Stadt und 9,5 auf das Land, in Serbien je 7,4.

Fast gleich ist die Ziffer in Frankreich mit 7,4. Wie bei den Eheschließungsziffern liegen sich auch bei der Zahl der Geburten gemeinsame Grundströmungen nachweisen, erklärt weiter Dr. Koesle. Ein Rückgang der Ziffern während einer Krise, eine allgemeine Zunahme nach Beendigung derselben. Noch größer sind jedoch die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Wir heben aus den Tabellen des Gelehrten nur folgende Zahlen hervor: Auf je 1000 Einwohner entfallen Lebendgeborene im Jahre 1900 in Rußland: 48,7; Ungarn: 40,6; Deutschland: 36,1; Schweiz: 27,9; Frankreich: 22,4.

Nun wird aber niemand behaupten wollen, daß die hohe Geburtenziffer in Rußland ein Zeichen des „Bolschandes“ sei. Man müßte dann den Geburtenrückgang in Deutschland, Frankreich usw. als ein Zeichen der fortschreitenden Verarmung ansehen! Während in Bulgarien im Jahre 1900 auf 1000 Einwohner 80,5 Geburten kamen, steigerte sich diese Zahl im Jahre 1905 auf 40,4. In Deutschland sank die Geburtenziffer von 36,1 auf 34,4, in Frankreich von 22,2 auf 21,2. Dr. Koesle meint deshalb: „Der Fortschritt der Kultur hat die älteren Anschauungen über den Segen des Kinderreichtums in immer weiteren Kreisen erschüttert und zugleich auch die Kenntnis der vorbeugenden Mittel verbreitet!“ Nebenbei ist jedoch die weitere Behauptung, daß der zunehmende Wohlstand „der unteren Volksschichten deren Lebenshaltung stark beeinflusst habe, dieselben deshalb dem Beispiele der Wohlhabenden folgend, zu einer allgemeinen Beschränkung der Nachkommenschaft geführt habe!“

Interessant sind dagegen folgende Zahlen über „die Abnahme der ehelichen Fruchtbarkeit und Säuglingssterblichkeit in Preußen“:

Table with 3 columns: Auf je 100 Frauen kamen Geburten, in Stadt, Land. Rows: 1891 (20,7, 34,7), 1896 (27,0, 34,3), 1901 (26,6, 33,7).

Table with 3 columns: Auf je 100 eheliche Geburten kamen Sterbefälle im ersten Jahre, in Stadt, Land. Rows: 1891 (20,5, 18,7), 1896 (19,5, 18,5), 1901-05 (18,1, 17,8).

Die Gesamtsterblichkeit wurde beeinflusst durch hohe Säuglingssterblichkeit und Infektionskrankheiten. Beide Ziffern seien im Rückgang begriffen, ein Zeichen des Kulturfortschritts. Rußland wies die höchsten Sterbeziffern in Europa auf, und zwar auf 1000 Einwohner 33,8 Todesfälle, während in Deutschland nur 22,2 resp. 19,9 im Jahre 1905, in Frankreich nur 10,6 entfielen.

Dr. Koesle weist auf den „heilvollen Einfluß der hygienischen Entwicklung der Städte“ hin, dem Urschlüssen der Heilkunde usw., die an dem Rückgang der Sterblichkeit beteiligt seien. In Deutschland selbst, treffen wir noch immer die Hauptberber der Säuglingssterblichkeit in Sachsen und Süddeutschland.

In weniger kultivierten Ländern und auf dem Lande vermindere die naturgemäße Ernährung eine größere Kindersterblichkeit. Dies wird wohl bald auch anders sich gestalten. In demselben Heft der Zeitschrift finden wir unter der Rubrik: „Säuglingsfürsorgebewegung“ (Seite 121) folgenden Satz: „Bezüglich der Ernährung der Kinder, besonders auf dem Lande, ist neuerdings von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß sich mit der Zunahme der Kollereien ein Rückgang in der Ernährung und in der körperlichen Entwicklung der ländlichen Bevölkerung abbaue, da durch den Verkauf der verfügbaren Vollmilch das Milchbedürfnis des eigenen Haushaltes nicht mehr ausreichend befriedigt und der Genuß gehaltreicher Magermilch oder minderwertiger Surrogate gefördert werde.“ Der Artikel jammert bereits über die dadurch entstehende „Abnahme der Wehrkraft“ des Volkes! Sind das die Wirkungen der Agrarpolitik? So wird dem Kleinbauer „geholfen“.

Dr. Koesle schließt dagegen seinen Artikel mit dem Hinweis, daß als ursächliche Faktoren der Verminderung der Fruchtbarkeit, sowie der Sterblichkeit „hauptsächlich der Fortschritt der Kultur und die Ausbreitung des Wohlstandes“ in Betracht komme. Ob er von der herrschenden Krise, Elend, Hunger und Not der arbeitenden Bevölkerung etwas Näheres weiß?

Unberechtigte Entlassung.

Die Firma Obrowski, Impetoven u. Cie, Metiers für Dekorations- und Theatermalerei, Köpenicker Str. 55, engagierte auf ein Verworbungsschreiben hin den Schneider G. von Dresden probeweise auf einen Monat als Zuschneider. G. hatte in seinem Verworbungsschreiben angegeben, daß er die Zuschneiderakademie besucht habe und gab außerdem noch Referenzen in Leipzig und Dresden an. Die Firma wandte sich an die angegebenen Referenzen, die aber G. nicht zu kennen gaben. Darauf schrieb die Firma an G. nach Dresden, daß sie das Engagement dieshalb zurückziehe. G. kam aber trotzdem nach Berlin und sagte der Firma, daß sich die auskunftgebenden Personen geirrt haben müßten, er habe sich bereits selbst an die betreffenden gewandt und die Antworten müßten bald eintreffen. G. trat daraufhin am 1. Oktober die Stellung an. Am 8. Oktober wurde er, ohne daß ihm Lohn gezahlt wurde, wieder entlassen. Er konnte im Geschäft seine Ansprüche nicht geltend machen, weil sich der Prokurist nicht sprechen ließ. Er klagte nun beim Gewerbegericht auf Lohnentschädigung für einen Monat im Betrage von 150 M. Am Montag kam die Sache vor der Kammer I unter Vorsitz des Magistratsassessor Dr. Maguhn zur Verhandlung. Die Beklagte wendete ein, daß zur sofortigen Entlassung folgende Gründe maßgebend gewesen seien: 1. Die von Kläger in Aussicht gestellten Antwortschreiben der angegebenen Referenzen seien nicht eingegangen; 2. hat Kläger zwei Modellbilder, die als Geschäftsgeheimnis zu betrachten seien, entwendet und 3. sei er den an ihn gestellten Anforderungen, denen er zu genügen versprach, nicht gewachsen gewesen. Auf Verfragen gibt Beklagte an, daß die Entlassung nur mit dem Hinweis auf den zweiten Entlassungsgrund erfolgt sei. Das Gericht hielt aber, da Kläger die Modellbilder nicht um sie zu entwenden, mit nach Hause genommen hat, diesen Grund allein nicht für ausreichend, die sofortige Entlassung zu rechtfertigen. Die anderen beiden Gründe kämen schon deshalb nicht in Frage, weil die Entlassung nicht mit dem Hinweis auf sie erfolgt sei. Beklagte wurde zur Zahlung der Entschädigung im Betrage von 150 M. verurteilt.

Die Entscheidung ist zutreffend, weil die nicht geltend gemachten Entlassungsgründe in der Gewerbeordnung als solche nicht anerkannt sind, sondern höchstens als Milderungsgründe wegen Betrugs hätten geltend gemacht werden können. Dann hätten sie aber nach § 121 des Bürgerlichen Gesetzbuches unzulässig geltend gemacht werden müssen.

Hus der Partei.

Das Essener Wahlabkommen.

Die „Arbeiterzeitung“ von Dortmund schreibt: „Es ist nicht angenehm, gegen Parteigenossen polemisieren zu müssen, mit denen man im allgemeinen in derselben Schachtel kämpft, mit denen man sich in allen grundlegenden Fragen des Prinzips und der Taktik durchaus eines Sinnes weiß. Wenn wir trotzdem heute und verpflichtet fühlen, ein kurzes Wort an die Adresse unserer und sonst so nahe verbundenen Essener Parteifreunde zu richten, so tun wir das ganz und gar nicht aus kleinlicher Rangelucht, sondern — in aller Freundschaft — nur deshalb, weil wir in ihrem Wahlabkommen mit den Nationalliberalen den Ausfluß einer Stimmungs- und Politik-Veränderung, die wir unter keinen Umständen gutheißen können. Es geht auch nicht an, über alles, was im radikalen Parteitag geschieht, den Mantel buldender Liebe zu breiten, während man die Sünden der Revisionisten schonungslos aufdeckt. Ein solches Vorgehen mit doppeltem Maße würde zu schlimmen Konsequenzen führen. Liegen wir das Vorgehen der Essener ungerührt, so würden wir uns damit für die Zukunft selbst des moralischen Rechts begeben, über die Schritte der Baden- und Wärrer zu Gericht zu sitzen.“

Wie liegen die Dinge? Die Essener Genossen haben mit den Nationalliberalen ein Stichwahlabkommen getroffen, das dahin ging, sich gegenseitig Unterstützung gegen das Zentrum zu gewähren. Durch dieses Abkommen erhielten wir den ersten Sitz im Essener Stadtverordnetenkollegium, während wir den Nationalliberalen zu mehreren Mandaten verhalfen, die sonst dem Zentrum zugefallen wären. Nun wissen wir die psychologischen Beweggründe unserer Essener Freunde vollkommen zu würdigen: hat man im Hauptwahlkampf so günstig abgeschnitten wie die Essener, so hat man den sehr begreiflichen Wunsch, die Rufen auch durch einen Mandatserfolg gekrönt zu sehen, zumal wenn es sich um die erste Reihe in einem Walle handelt, den man bisher vergeblich besetzt hat. Da liegt die Versuchung sehr nahe, auch eine sonst gemiedene Kampfweise zu wählen, wenn sie nur zum Ziel führt. Dazu kommt der ebenso berechtigte wie heftige Groll der Essener Arbeiterklasse gegen die unerträgliche Herrschaft der schwarzen Demagogie. Aber alle diese an sich sehr berechtigten Stimmungen und Empfindungen hätten die Essener Genossen zurückdrängen müssen.

Vor die Entscheidung gestellt, jenen Wünschen und diesem Groll zum Durchbruch, zum praktischen Erfolge zu verhelfen um den Preis eines Wahlabkommens mit dem Nationalliberalismus, mußten sie sich sagen: dieser Preis ist zu hoch! So hoch wie die Niederringung des Zentrums und die (besonders agitatorischen) Wirkungsmöglichkeiten auch nur eines sozialdemokratischen Vertreters im Essener Stadtparlament einschließen, — die moralische Einbuße, die unsere Partei dadurch erleidet, daß sie die Arbeiter zur Unterstützung der geschworenen Todfeinde der Arbeiterklasse, des großkapitalistischen Nationalliberalismus, auffordert, die Verwirrung, die sie damit in den Köpfen der Arbeiter anrichtet, wiegt schwerer! Ist das Zentrum auf kulturellem Gebiet der weitaus schlimmste Feind der Arbeiterklasse, so ist es der Nationalliberalismus auf wirtschaftlichem Gebiet. Ein Abkommen mit dem einen ist für die Sozialdemokratie genau so unzulässig wie mit dem anderen. Daß es sich in Offen bei den nationalliberalen Kandidaten, die wir unterstützten, um politisch farblose Leute handelte, die zudem persönlich keine Großkapitalisten sind, ändert natürlich an dem Wesen der nationalliberalen Partei nicht das mindeste! Es ändert daran ebensowenig, wie uns in Dortmund bei der letzten Reichstagswahl die Tatsache, daß Herr Effertz, der Zentrumskandidat, Bergmann war, daran hinderte, in ihm eine Verkörperung des ganzen reaktionären Zentrums zu sehen!

Unser Essener Parteiblatt wird uns diesen Ausführungen gegenüber gewiß auf die Wahlhilfe hinweisen, die im letzten Sommer, wie in anderen Kreisen des Ruhrgebiets, so auch im Dortmunder Kreise die Sozialdemokratie dem Zentrum bei der Kandidatenauswahl geleistet hat. Darauf sei schon jetzt gesagt, daß erwidert in diesem Falle keinerlei formelle Wahlabschließungen vorliegen und daß zweitens die psychologischen Momente, die in Offen gegen das Zentrum wirkten, in mindestens gleicher Stärke in Dortmund gegen den Nationalliberalismus vorhanden waren. Aber diese Erwägungen würden für und keineswegs ausreichen, die damals in Dortmund geübte und von der „Essener Arbeiterzeitung“ so scharf getadelte Wahlhilfe zu verteidigen. Entscheidend ist allein, daß die Genossen in Dortmund und den anderen in Betracht kommenden Kreisen gebunden waren durch Beschlüsse der preussischen Landesorganisation. Wenn haben sie sich diesen Beschlüssen gewiß nicht gefügt — das mag man uns in Offen glauben! Aus freien Stücken hätten die Dortmunder Genossen solche Taktik sicher nicht beschlossen — es galt aber Disziplin zu üben!

Trotzdem bestreiten wir natürlich den Essener Genossen durchaus nicht das Recht, über diese Wahlhilfe der Dortmunder Genossen offen ihre Meinung zu sagen. Nur sollten sie, wenn sie tapfer mit Steinen werfen, dafür sorgen, daß sie nicht selbst im Glashaufe sitzen. Wer aus seines nächsten Auge den Splitter entfernen will, achte zunächst einmal auf den Balken im eigenen Auge!

Wir verstehen die Abneigung der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ gegen ein Wahlabkommen, das Sozialdemokraten verpflichtet, und sei es auch nur in der Stichwahl, für Nationalliberalen zu stimmen. In der Einschätzung dieser Partei besteht innerhalb der Sozialdemokratie keine Differenz. Indes vermögen wir trotzdem das Abkommen von Essen — die von Mühlheim a. Rhein und Raal stehen in derselben Linie — nicht tragisch zu nehmen.

Die Essener Genossen und die von Mühlheim a. Rhein und Raal haben in der Stichwahl für das kleinere Übel gestimmt. Das ist in der Partei nichts Unerhörtes, das Neue ist nur, daß Nationalliberalen als die Vertreter des kleineren Übels angesehen werden. Das aber erklärt sich aus einer ganz besonderen, außergewöhnlichen Situation, aus dem Umstande, daß die Genossen jener Orte gegen eine in brutaler und rücksichtslosster Weise ausgeübte kommunale Herrschaft des Zentrums zu kämpfen haben, so daß ihnen die Erschütterung dieser Herrschaft als das zunächst Notwendigste und Dringendste erscheint. So wurden ihnen die Nationalliberalen zum kleineren Übel. In außergewöhnlichen Fällen sind außergewöhnliche Mittel erlaubt. Daß sie nicht anders als in außergewöhnlichen Fällen angewandt werden, dafür bürgt schon die politische Entwicklung. Und deshalb ist eine Verwirrung in den Köpfen der Arbeiter durch solche naturgemäß vereinzelt bleibenden Stichwahlabkommen nicht zu befürchten.

Gemeindevahlen in Württemberg.

Nachträglich melden sich noch ein paar Gemeinden, in denen bei den Bürgerausschuwahlen unsere Genossen Mandate erhielten. In Großgartach wurde der erste Sozialdemokrat in die Gemeindevertretung gewählt. In Tailingen eroberten wir zwei Mandate, in Dinstellingen ging der sozialdemokratische Wahlvorschlag durch; vier Genossen und ein Parteifreier, den der sozialdemokratische Verein mit auf den Beil gezeichnet hatte, wurden gewählt. Die in Nummer 1 des „Vorwärts“ veröffentlichte Statistik ist also dahin zu ergänzen, daß die Zahl der Gemeinden in Württemberg, in denen Sozialdemokraten in die Gemeindevertretung gewählt wurden, sich erhöht von 82 auf 85; die Zahl unserer neu gewählten Vertreter steigt von 101 auf 108. Zweifellos haben aber eine Anzahl Orte über den Ausfall der Wahl der Parteipresse keinen Bericht gesandt. Die vom Landesvorstand im vergangenen Jahre aufgenommenen Statistik durch Fragebogen,

die an die einzelnen Vereine gesandt wurden, hat eine wesentlich höhere Zahl sozialdemokratischer Gemeindevorteiler in Württemberg ergeben, als aus den Zeitungsberichten zu ermitteln war. Die Zahl der neugewählten sozialdemokratischen Bürgerausschuwmitglieder dürfte auch diesmal 200 nicht unwesentlich übersteigen.

Französische Parteiliteratur.

Im Parteiverlag zu Paris erschien soeben: Rapport sur L'enquête agricole du Parti socialiste par le citoyen Compère-Morel. (Bericht über die Agrar-Enquete der sozialistischen Partei. Herausgegeben vom Genossen Compère-Morel.) Preis 50 Centimes.

Die Enquete wurde von einer Kommission aufgenommen, die vom Parteikonferenz zu Limoges eingesetzt wurde. Der Bericht dieser Kommission, erarbeitet von dem Genossen Compère-Morel, wird nun nach dem Beschluß des Kongresses von Toulouse in einer starken Broschüre veröffentlicht. Sie soll die Genossen auf die Erörterung der Agrarfrage auf dem Kongreß von 1909 vorbereiten.

Die Arbeit dürfte auch die französisch lesenden deutschen Genossen interessieren, da das Agrarproblem neuerdings auch bei uns wieder erhöhte Beachtung findet.

Die Broschüre ist zu beziehen von der Buchhandlung der französischen Partei, Paris, 16 Rue de la Corderie.

Som Fortschritt der Presse. Einen schönen Erfolg in der Agitation für die Presse haben die Dortmunder Genossen zu verzeichnen. Sie erhielten im vergangenen Jahre 5000 neue Abonnenten.

Personalien. Aus der Redaktion des „Volksblattes für Halle“ ist mit Ende des Jahres Genosse Thies ausgeschieden. Von der alten Redaktion ist nur der Genosse Leopold geblieben. Neu eingetreten sind am 1. Januar die Genossen Paul Hennig (bisher leitender Redakteur der „Tribüne“ in Erfurt), Karl Bod (früher an der „Arbeiterzeitung“ in Dortmund) und Otto Riechert (bisher an der „Dortmunder Arbeiterzeitung“).

In die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ zu Essen ist der Genosse Wilhelm Neumann als drittes Mitglied eingetreten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Auf eine ungemein hohe Geldstrafe erkannte das Schöffengericht in Stettin gegen den Genossen Redakteur Wehlich vom „Stettiner Volksboten“. Er hatte einen Aufruf veröffentlicht, wonach sich ein Lehrer einer erheblichen Uebertretung des Zuchtigungsrechtes schuldig gemacht haben sollte. Wehlich hatte einen umfassenden Wahrheitsbeweis angeboten, es stellte sich jedoch während der Verhandlung heraus, daß er von seinen Gewährsleuten in ganz unverantwortlicher Weise angeheißelt worden war! Er verzichtete infolgedessen auf weitere Beweisführung.

Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis, das Gericht erkannte zwar die fatale Lage, in die der Angeklagte Wehlich gebracht worden war, an, verurteilte ihn aber trotzdem zu 500 M. Geldstrafe.

Hus der Frauenbewegung.

Heimarbeit und Frauenbewegung.

„Die Frau gehört ins Haus.“ lautet der Billiger Weisheit Spruch. Die Statistiken weisen aber nach, daß tausende und aber tausende Frauen in die Fabriken strömen, um zum Unterhalt der Familie beizutragen, ja oft sind sie dieser alleinige Ernährerin. Die Statistik demonstriert weiter die Tatsache, daß zur Zeit der Krise die Frauarbeit im Verhältnis zur Männerarbeit relativ und absolut zunimmt. Trotzdem, die Schwärmer werden nicht alle, die von einem glücklichen Heim träumen, in dem die züchtige Hausfrau weise schaltet am eigenen Herd, nur der Sorge für des Mannes Bequemlichkeit und der Erziehung der Kinder sich widmend. Wie viel solcher trauten Häuslichkeiten gibt es noch? Nicht alle für den Erwerb arbeitenden Frauen eilen in die Fabrik, ungezählte Tausende schänden zu Hause sich für jämmerlichen Lohn. Ihnen bringt selten ein Feiertag Ruhe; Tag und Nacht sind diese krummen Sclaven der Arbeit. Beide Kategorien Frauenarbeit tragen zweifelsohne nicht zur Gemütslichkeit im Hause bei. Die Kinder sind meist sich selbst überlassen. In einem wie im anderen Falle müssen die größeren Kinder des Hauswesens besorgen, die kleineren Geschwister pflegen und erziehen; sind nur kleine Kinder vorhanden, wandern sie zu fremden Leuten oder entbehren oft jeder Aufsicht. Welche treulose Jugend hat so ein armes Arbeiterkind! Die Sehnsucht nach einem gemüthlichen Hauswesen ist unter solchen Umständen schon begreiflich, aber das eiserne Ruch will es anders.

Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen weiß bei der geringen Arbeiterinnenfürsorge zweifellos große Schäden für das Familienleben auf und doch hat sie auch ihre guten Seiten. Seitdem die Frau am Erwerb teilnimmt, hat sich ihr Selbstbewußtsein gehoben. Das Weib, früher nur Hausmutterchen, bekam nun Interesse am öffentlichen Leben. Das Zeitalter der Maschinen, des modernen Kapitalismus hat die Frau zu einem selbständigen Wesen gemacht. Trägt die Frau zum Unterhalt durch eigene Arbeit etwas bei, so hat sie weit größeren Einfluß im Hause; sie ist nicht mehr das untergeordnete Wesen von ehedem, das nur zu gehorchen hatte. Aber nicht nur in der Familie spielt jetzt die Frau eine andere Rolle als früher. Sie, die neben dem Manne in der Fabrik steht, redet auch ein Wort mit, wenn gemeinsame Interessen zu vertreten sind. Eine Frau, die nur Hausfrau ist, kennt die Moderei in Werkstatt und Fabrik nur vom Hörensagen; sie kann es nicht verstehen, wenn der Mann oft mihmütig und verärgert nach Hause kommt; sie schimpft, wenn durch einen Streik wochenlang der Verdienst geschildert wird. Anders urteilt die Frau, die selbst in der Fabrik arbeitet. Die Heimarbeiterin hat weniger Verständnis für die Fragen des öffentlichen Lebens. Sie ist doppelt und dreifach ans Haus gefesselt. Sie hat keine Zeit und auch nur wenig Gelegenheit, ihren Gesichtskreis zu erweitern. Kommt wirklich eine Parteizeitung ins Haus, so wird die Frau in neun von zehn Fällen wenig oder gar nicht darin lesen. Zur Unterhaltung mit dem Manne bleibt ebenfalls wenig Zeit. Auch von außen kommt selten mal ein Anstoß, der das Interesse erweckt. Der einzige Berührungspunkt mit anderen Arbeiterinnen ist beim Abholen der Arbeit. Dort werden wohl im geheimen die schlechten Löhne getadelt, aber dabei bleibt es auch. Die Organisation läßt unter den Heimarbeiterinnen noch sehr zu wünschen übrig, daher gibt es wenig Aufklärung unter ihnen. Kann es da wundernehmen, wenn solche Frauen den modernen Arbeiterorganisationen fernstehen? Sie sind auch ein gewaltiger Hemmschuh für die Frauenbewegung, der politischen wie der gewerkschaftlichen. Schon von diesem Standpunkte aus ist die Fabrikarbeit für Frauen der Heimarbeit vorzuziehen, von der hygienischen Seite braucht erst gar nicht geredet zu werden.

Unter beiden Arten von Arbeiterinnen gibt es noch unendlich viele, die tüchtige Pioniere für die Arbeiterbewegung sein können, die nur herausgerissen werden müssen aus der engen Welt, in der sie leben. Immer mehr drängt sich uns die Erkenntnis auf, daß alle Unterdrückten am Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse teilzunehmen müssen. Immer schärfer stellt sich die Bourgeoisie dem Proletariat gegenüber; immer schärfer werden die Klassengegenstände.

Neben denen, die gleichgültig dahinleben, gibt es eine große Anzahl Frauen, die im Sinne einer anderen Weltanschauung stehen, die alles Heil von überirdischen Mächten erwarten. Diese Schicksale lassen sich schwer beheben; zu tief wurzeln Fanatismus, Unwissenheit und geistige Beschränktheit in ihren Köpfen.

Um so mehr ist es notwendig, alle diejenigen, die empfänglich sind für die sozialistische Lehre, nach Möglichkeit um unsere Fahnen zu scharen, zu kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Frauenarbeit und Frauenorganisation in Schweden.

Die starke industrielle Entwicklung Schwedens bringt es mit sich, daß auch die Frauen in immer größerer Zahl zu Lohnslaven

des Unternehmertums gemacht werden. Nach der Statistik vom Jahre 1906, der letzten, deren Ergebnisse vorliegen, waren damals schon von den 295 008 in der schwedischen Fabrikindustrie tätigen Personen nicht weniger als 56 666, also 19,2 Proz. Frauen; die Handwerksbetriebe waren nicht mitgezählt, z. B. auch die Schneiderei betriebe nicht; ferner erstreckte die Statistik sich nicht auf die Meiereien und die Bergwerksindustrie, so daß jene Zahl keineswegs die große Masse der Lohnarbeiterinnen, sondern nur die der Fabrikarbeiterinnen umfaßt. Deren Zahl ist nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Zahl der männlichen Arbeiter in beständigem Wachstum begriffen. Im Jahre 1901 waren erst 18,7 Proz. Frauen unter der in den Fabriken tätigen Arbeiterschaft.

Die immer stärkere Heranziehung der Frauen zur Fabrik- und Lohnarbeit führt auch dazu, daß sie um so leichter ihre Klassenlage erkennen und dem Organisationsgedanken sich zugänglich erweisen. Zwar ist in dieser Hinsicht auch in Schweden noch sehr viel zu wünschen übrig, doch hat man es so weit gebracht, daß rund 20 000 Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zusammengeschlossen sind. Gewerkschaftlich sind die Arbeiterinnen größtenteils gemeinsam mit den Männern organisiert; es bestehen jedoch auch noch mehrere Gewerkschaften mit ausschließlich weiblichen Mitgliedern, wie die der Brauereiarbeiterinnen, Wädelarbeiterinnen, Wäscherinnen und Plätterinnen, der Badefrauen, der Näherinnen verschiedener Branchen, die nun durch die Verschmelzung des Frauensachverbandes mit dem Schneiderverband größtenteils in diesen Verband übergehen.

Politische Frauenorganisationen der Arbeiterschaft, „Sozialdemokratische Frauenclubs“, bestehen jetzt bereits in 25 Orten Schwedens und sie umfassen rund 4000 Mitglieder. Die Zahl der Frauen, die der Partei angehören, ist jedoch tatsächlich weit größer, da ja die Gewerkschaften meist der Partei mittels der Arbeiterkommunen angeschlossen sind und ihre Mitglieder somit indirekt auch als politisch organisiert gelten.

Gerichts-Zeitung.

Urheberrechtsmanie.

Wiederholt haben wir Urteile wiedergeben müssen, die in dem Schutze des sogenannten geistigen Eigentums viel zu weit gingen. Auch am Sonnabend beschätzte das Reichsgericht ein solches Urteil. Das Reichsgericht mußte das Urteil bestätigen, weil es bei der vom Landgericht irrigen Beantwortung der Frage, ob eine „Ausarbeitung wissenschaftlichen Inhalts“ vorliegt, an die tatsächliche Feststellung der ersten Instanz gebunden ist.

Dem Landgerichte Braunschweig ist am 7. August d. J. der Chefredakteur der „Landeszeitung“, Dr. Eugen Sieck, wegen Nachdrucks zu 10 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die „Vossische Zeitung“ in Berlin war im Jahre 1907 Abonnentin der von dem Journalisten Zimmermann in Würfel bei Köln herausgegebenen „Gerichtskorrespondenz“ und druckte aus derselben einen Bericht ab, welcher eine Oberlandesgerichtsentscheidung über Bau de Cologne betraf, ohne ihn mit dem Nachdruckvermerk zu versehen. Ein Redakteur der „Braunschweigischen Landeszeitung“ sah diesen Bericht als eine vermischte Nachricht an und druckte sie nach. Herr Zimmermann erfuhr dies und forderte ein Nachdruckshonorar von 20 Pf. pro Zeile, das sich auf 5 Pf. ermäßigen sollte, wenn die „Landeszeitung“ auf seine Korrespondenz abonnierte. Das Honorar wurde ihm gesandt; auch teilte ihm die Redaktion mit, daß sie bereit sei, auf seine Korrespondenz zu abonnieren. Herr Zimmermann erklärte in dieser Mitteilung wahrscheinlich noch keine Bestellung (der Abonnementsbetrag war nicht beigefügt) und stellte später Strafanklage wegen Nachdrucks. Dr. Sieck übernahm die Verantwortung für dieses Delikt und vertrat die Ansicht, daß es sich hier nicht um eine Ausarbeitung wissenschaftlichen Inhalts handle. Das Reichsgericht kam aber zu einer Verurteilung, weil es feststellte, daß der Redakteur Zimmermann zwar das Urteil des Oberlandesgerichts denutzte, aber seinen Artikel nach bestimmten Grundsätzen unter Hervorhebung der wesentlichen Punkte ausgearbeitet und mit einer besonderen Einleitung versehen habe. Dadurch habe die ganze Ausarbeitung einen wissenschaftlichen Charakter erhalten. Wenn sich der Angeklagte hierüber geirrt habe, so sei dies ein Rechtsirrtum, der ihm nicht zugute kommen könne. — Seine Revision gegen das erwähnte Urteil vertrat Dr. Sieck heute persönlich vor dem Reichsgericht. Er erklärte, es handle sich um eine Sache von allergrößter Tragweite. Wenn der Nachdruck von Gerichtsberichten strafbar sein sollte, so würden viele Redakteure es nicht wagen, allgemein interessierende tatsächliche Vorkommnisse auf juristischem Gebiete, besonders die Urteile der höheren Instanzen, abzurufen und das Publikum werde dann eine wertvolle Belehrung entbehren müssen. Ueberdies könne man nicht immer erkennen, ob an einem Artikel alles Wiedergebe aus dem Prozeß oder eigene, wissenschaftliche Arbeit des Verfassers sei. — Der Reichsanwalt hielt das Urteil in objektiver Beziehung für völlig einwandfrei, vertrat aber die Ansicht, daß der subjektive Tatbestand ungenügend festgestellt sei, denn offenbar sei der Angeklagte über Tatsachen, nicht über Rechtsfragen im Irrtum gewesen. — Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Verwertung der Revision, da es annahm, daß hier kein tatsächlicher, sondern ein Rechtsirrtum vorliegen habe, der den Angeklagten nicht straffrei mache.

Eigenartig ist es, daß das Reichsgericht es als schlüssig erachtete, gerichtliche Urteile als wissenschaftliche Leistungen zu betrachten, die Wiedergabe eines Urteils aber als Ausarbeitung wissenschaftlichen Inhalts anerkennt. Dem gefundenen Rechtsirrtum widerspricht eine Bestrafung in solchem Falle unbedenklich. Die Befreiung solcher Möglichkeit durch Streichung des strafrechtlichen Schutzes auf diesem Gebiet liegt im allgemeinen Interesse. Diese Strafrechtsbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes haben eine recht bedenkliche Urheberrechtsmanie großgezogen.

Künftiger Marktbericht der holländischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Warendagen: Fleisch: Zukunft stark, Geflügel lebhaft, Breite ungewandelt, für Schweinefleisch ansehend. Wild: Zukunft reichlich, Geflügel ziemlich lebhaft, Breite befristend. Geflügel: Zukunft genügend, Geflügel ziemlich rege, Breite befristend. Fische: Zukunft mäßig, Geflügel ruhig, Breite im allgemeinen befristend. Butter und Käse: Geflügel ruhig, Breite ungewandelt. Gemüse, Obst und Süßkräuter: Zukunft genügend, Geflügel still, Breite wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	3. 1.	2. 1.	3. 1.	2. 1.		3. 1.	2. 1.	3. 1.	2. 1.
Weser, Mühlberg	184	-10	184	-6	Saale, Großh.	118	-6	118	-6
Weser, Idenburg	19	-9	19	-9	Saale, Spandau	49	-9	49	-9
Weser, Idenburg	70	+12	70	+12	Kathow	127	-2	127	-2
Oder, Ratibor	80	-8	80	-8	Spree, Ehrenberg	49	+2	49	+2
„Krofen	100	-1	100	-1	„Beesow	70	-1	70	-1
„Frankfurt	80	+8	80	+8	„Weser, Röhren	-110	+15	-110	+15
Weser, Siering	96	-4	96	-4	„Weser, Röhren	-	-	-	-
„Landsberg	149	+2	149	+2	„Weser, Röhren	298	-1	298	-1
„Verden	90	+6	90	+6	„Weser, Röhren	200	+1	200	+1
„Landsberg	-58	-9	-58	-9	„Weser, Röhren	50	-7	50	-7
„Verden	-206	+4	-206	+4	„Weser, Röhren	19	-1	19	-1
„Burg	-84	+4	-84	+4	„Weser, Röhren	77	-10	77	-10
„Wagburg	-8	-1	-8	-1	„Weser, Röhren	-	-	-	-

+) + bedeutet Hoch, -) -) bedeutet Tief. *) Unterstrich. **) Überstrich. *) Grundwass. **) Treibeis. -) Eisstauung. -) Treibeis.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Bezirk 81.)
Am 2. Januar verstarb unser
Mitglied, der Bauer
Louis Ehrlich.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 6. Januar, nach-
mittags 1 Uhr, von der Leichen-
halle des Luther-Kirchhofes in
Landsig, Marienfelder Straße,
aus statt. 210/1
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 31. Dezember 1908 verstarb
unser Mitglied, der Gastwirt
Karl Pietsch
Rößliner Straße 6.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 5. Januar, nor-
mittags 5 Uhr, auf dem städtischen
Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Bekannten die traurige
Nachricht, daß am 3. Januar nach
kurzer schwerer Krankheit unser
lieber Sohn und Bruder
Erich Wiegand
im Alter von 5 Jahren 11 Monaten
gestorben ist. 440B
Dies geht mit der Bitte um
stille Teilnahme an
Hugo Wiegand nebst Frau
und Tochter.
Die Beerdigung findet am 6. Jan-
uar, nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Reinickendorfer
Friedhofes aus statt.

Allen Bekannten und Kollegen
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann, der Waddelpolierer
Max Schwarz
nach langem Leiden am 2. Jan-
uar gestorben ist. 441B
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 6. Januar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes in Schöneberg
aus statt.
Witwe Ernestine Schwarz.

Dankfagung.
Für die liebevolle Beteiligung bei
dem Begräbnis meines lieben Mannes
Paul Fellmer
sage ich allen Freunden und Be-
kanten sowie der Firma Remat u.
Söhne und dem Personal meinen
herzlichsten Dank. 5744E
Frau Fellmer geb. Specht.

Dr. Schönemann
Spezial-Arzt für 5023Q
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonn. 10-12 Uhr.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Berlin SO. 16,
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiedervorkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen.**
Amt IV, 3014.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Bl. Anweisung frei.
Diese Mittel die bewährte u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Opiumextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
In Berlin (20 Bl.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Groß-
Apothek, Bernauerstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stutt-
gart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 110/1*

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Die
Aktien-Gesellschaft
Schloßbrauerei Schöneberg
Schöneberg - Berlin W.
empfiehlt zur diesjährigen Saison ihr vorzügliches
Kronen-Bockbier
in Flaschen, Siphons und Gebinden.
Der Ausstoß hat begonnen.
Telephon: Amt VI, Nr. 9123.
5598L*

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und
zahlreichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters
Otto Schwefler
sagen wir allen Freunden, Ver-
wandten, Bekannten, seinem Herrn
Ehef., seinen Kollegen, dem Wahl-
verein Sothndorf, sowie den Landen-
kolonisten des Bauvereins „Paradies“
unseren innigsten Dank. 442B
Marie Schwefler geb. Köhlmann.
Lucie Schwefler, César Thomas,
Helene Thomas geb. Schwefler.

Dankfagung.
Für die rege Teilnahme und die
vielen Kranzspenden bei der Beerdig-
ung meines lieben Mannes, sage ich
allen Verwandten und Bekannten,
insbesondere dem Gesangsverein „Re-
dorter Männerchor“, dem Zentralver-
band der Bauarbeiter und dem Wahl-
verein meinen innigsten Dank. 442B
Ww. Margarete Heidemann.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden,
Prinzenstr. 41, Maritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Orts-Krankenkasse
für das Gewerbe der Verfertigung
von Musikinstrumenten.
Bekanntmachung.
Die von den Generalversamm-
lungen am 25. April und 21. No-
vember 1908 beschlossene und vom
Bezirksausschuß am 30. Dezember
1908 genehmigte zweite Abänderung
des Statuts (Wenherung der Alters-
klassen in Lohnklassen, Erhöhung
der durchschnittlichen Tagelöhne, so-
wie Klassenleistungen und Beiträge)
tritt vom 4. Januar 1909 in Kraft.
Der Vorstand. 270/3
H. Blank, Vorsitzender.



*Im Begleiten durch alle Kolporteur
und die Expedition des „Vor-
wärts“, Berlin SW. 68, Linden-
straße 69, Laden.*

Gesamteinrichtung
zum Schachbetrieb, auch Billard,
Spielautomat werden gerichtlich
am Mittwoch, den 6. Januar, nach-
mittags 11 Uhr, Hiedemstraße 22
versteigert. 445B

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.
Mittwoch, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen
der Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:
1. Angabe der neuen für das Jahr 1909 gültigen Vertrauensmännerkarten. 2. Kontrolle und
Feststellung der in den Betrieben beschäftigten und organisierten Holzarbeiter. 3. Jahresbericht des Ob-
mannes. 4. Bericht der Vertrauensleute. 5. Werkstatt-Angelegenheiten und Verbands-Angelegenheiten.
Alle Werkstätten müssen vertreten sein.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Versammlungslokale sind folgende:

Tischler.
Süd-Westen bei Habel, Bergmannstr. 57.
Süden bei Ghiesing, Wassertorstr. 68.
Südosten I u. II in den Naunyn-Festallen, Rauhstr. 6.
Osten I (zwischen Zentrum und Fruchtstraße) bei Walter,
Kudowstr. 21.
Osten II (zwischen Fruchtstraße und Friedrichsberg) bei Pirnau,
Frankfurter Allee 106.
Oestliche Vororte bei Wildner in Friedrichsberg,
Friedrich-Karl-Straße 11.
Nordosten bei Boeker, Weberstr. 17.
Nede Sargtischlerei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versamm-
lung senden.
Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei Obiglio,
Schwedterstr. 23.
Wedding u. Moabit: bei Fahrow, Robertstr. 6.

Bautischler.
Süden, Westen, Südosten, Bez. 1: bei Möring,
Admiralstraße 18a.
Osten, Bez. 2: bei Ziets, Warschauer Str. 61.
Norden, Bez. 3: bei Karl Hube, Ropenhagener Str. 74.
Wedding u. Moabit, Bez. 4: bei Sachse, Lindower Str. 26,
Bahnhof Wedding.

**Drechsler, Treppengeländer- und
Luxusmöbelbranche**
Norden bei Döhling, Brunnenstr. 70.
Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
Südosten u. Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 123.

**Modell- und Fabrik-
Tischler**
im Verbands-Hause der Gattweitzgehilfen, Große Hamburger
Straße 18/19.
**Möbelpolierer,
Beizer und Magazinarbeiter.**
Osten bei Boeker, Weberstr. 17.
Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18a.
Norden bei Günther, Brunnenstr. 96.

Die Tischler werden gebeten, die Polierer ihrer Werkstätt auf
diese Versammlung aufmerksam zu machen.
Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß in dieser Woche die Abonnements auf das
„Fachblatt der Holzarbeiter“ erneuert werden müssen. Bestellungen werden von allen Beitrags-
sammlern entgegengenommen. Die Zustellung erfolgt durch die Werkstatt-Vertrauensmänner, welche für die
Kollegen ihrer Werkstätt die Bestellung ausführen. Probenummern liegen in den Zahlstellen aus.
Die vollgehefteten Mitgliedsbücher können in den Zahlstellen abgeliefert werden. Die
Kollegen werden ersucht, auch die früheren Bücher mit abzugeben, damit die Markenzahl richtig festgestellt
werden kann. 77/3 Die Ortsverwaltung.

Maschinenarbeiter
Engelauer 14, portiere, im Arbeitslosensaal.
**Musikinstrumenten-
Arbeiter**
um 8 Uhr abends im Gewerkschaftshause, Engelauer 15,
Saal 8.

Kammacher
bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.
Bodenleger
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Stellmacher
bei Hahn, Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthaler Straße 57.
Kistenmacher
bei Baudach, Breslauer Straße 28.
Korbmacher
bei Eichhorn, Roppenstraße 47.

Bürstenmacher
bei Preuß (Hilsebein-Kueschank), Holzmarktstraße 65.
Vergolder
bei Merkowski, Hindenburgstr. 26.
Jalousie-Arbeiter
bei Walter, Kopalberstr. 62.

Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter
6 1/2 Uhr bei Ernst Thomas, Weichselstr. 5.
Bilderrahmenmacher
bei Natteroth, Ritterstr. 32.
Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.
Stockarbeiter
bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.
Diese Versammlung beginnt um 1/2 6 Uhr.

Einsetzer.
Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 7.
Die Kommissionmitglieder müssen um 7 Uhr erscheinen.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Zwei allgemeine Mitglieder-Versammlungen:
Für die westlichen Vororte
Mittwoch, den 6. Januar 1909, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“
zu Groß-Lichterfelde (am Kranoldplatz).
Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Arbeiterfrage-Gesetzgebung. Referent: Genosse Viktor
Brucks. 2. Diskussion.
Für Berlin und die übrigen Vororte
Donnerstag, den 7. Januar 1909, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause
(großer Saal), Engelauer 15.
Tagesordnung: 1. Die Verschärfung der Gesetze im Klassenstaat. Referent: Reichstags-
Abgeordneter Genosse D. Stücklen. 2. Diskussion.
Kameraden! Sorgt dafür, daß diese Versammlungen gut besucht werden.
Der Vorstand.

Husten

Sie, so nehmen Sie die Kaiser's
Sie, ärztlich erprobten Kaiser's
Brust-Karamellen. 5500 not. begl.
Zeugn. bew. den vorzügl. Erfolg
bei Husten, Heiserkeit, Keuchhusten.
Paket 30 Pf., Kaiser's Brust-Extrakt
Flasche 90 Pf.
Zu haben in Apotheken und
Drogerien.
Zu Engrospreisen
kauft man direkt in einer Herrensieder-
fabrik Winterpaletots und An-
züge wegen vorzüglicher Stoffen und
Umzugs. Die Fabrik hat samt nur
engros an bedeutende Herren-
konfektionsgeschäfte Berlin verkauft,
daher diese diskrete Bekann-
machung. Bei schriftlichen Anfragen
unter A. 1 an die Haupt-Expedition
des „Vorwärts“ wird Ihnen diese
vorteilhafte Bezugsquelle umgehend
angewiesen. Auch über die Ab-
fertigung viele Anerkennungs-
schreiben vorhanden.

Partei-Angelegenheiten.

Schneeberg. Die Sitzung für die Bezirksführer fällt heute Dienstag aus. Dieselbe findet dafür am Mittwoch, den 6. d. M., abends 8 1/2 Uhr statt.

Pankow. Am Mittwochabend 7 Uhr Flugblattverbreitung. Im Anschluss Extra-Jahrladen.

Richter-Schneeweide. Am Freitag, den 8. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins beim Genossen Jächner, Ede Hasselwerder- und Fennstraße statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vorstandsbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Potsdam. Die Wahlvereinsversammlung findet am Mittwoch, den 6. d. M., bei Häfner, Kaiser-Wilhelm-Straße statt. Tagesordnung: Aufnahmen, Bildungsangelegenheiten, Vereinsfachen und Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

In Bodelschwings Spuren.

Auf der ersten Tagesordnung der Berliner Stadtverordnetenversammlung im neuen Jahre befindet sich ein Antrag des Magistrats „betreffend die Bewilligung außerordentlicher Mittel zur Beschäftigung von Arbeitslosen auf den städtischen Miesfeldern“. Der Magistrat begründet die Vorlage damit, daß von der Deputation für das städtische Arbeitshaus und das städtische Obdach an die Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Miesfelder das Ersuchen gerichtet worden sei, eine größere Anzahl arbeitsloser Berliner Arbeiter auf den städtischen Miesfeldern unterzubringen und zu beschäftigen. Schon am 22. Dezember vorigen Jahres, also vor acht Tagen, inklusive Feiertage, habe vom Obdach die Ueberweisung von 51 Arbeitslosen nach Spandorf stattgefunden, eine weitere Unterbringung in Buch stehe bevor. In Spandorf ist hierzu eine Händlingsbaracke, in Buch eine Schnitterbaracke bereitgestellt. Auch auf den übrigen Gütern sollen sofort soviel Arbeitslose als möglich eingestellt werden, da bis zum Frühjahr geeignete Arbeit für eine größere Anzahl derselben vorhanden ist. Als solche Arbeiten werden genannt: Steinelopfen, Anlegung befestigter Wege, Erdbarbeiten wie Magolen und Anlegung von Weidenkulturen, Herrichtung von Fischteichen, Vorbereitungsarbeiten für Aufforstungen, Behandlung von Weiden und ähnliche Meliorationsarbeiten.

Ein Tagelohn sollen die Arbeiter erhalten 2 M. nebst freier Wohnung und Verpflegung. Letztere soll die Deputation für das Arbeitshaus und Obdach gegen Verrechnung liefern, desgleichen Wäsche, Bettzeug usw. Zur Durchführung werden zunächst 50 000 M. gefordert. Ueber die Arbeitszeit ist in der Vorlage nichts gesagt. Gegenüber den sonstigen Lohnverhältnissen auf den Miesfeldern ist die Entlohnung gut zu nennen, denn die Schnitter erhalten vom 1. April bis 1. Juli auch nur 2 M. und nur freie Wohnung, Feuerung und Lagerstroh. Betteln müssen sie selbst mitbringen. Pro Woche und Kopf erhalten sie außerdem 12 Kilogramm Kartoffeln. Alles übrige müssen sie selbst beschaffen. Die Gutverwaltung bezahlt den Tagelohn für die Knochfrau (1,40—1,50 M.), aber nur an den Wochentagen. Die Schnitter müssen ihr Handwerkszeug, Spaten, Schuppen, Haden, Sensen, Forken, Kochgeschir selbst mitbringen und instand halten. Die Arbeitszeit beginnt morgens 5 1/2 Uhr bis abends 8 Uhr oder bis Sonnenuntergang, je 1/2 Stunde früh und spät und 1 1/2 Stunde Mittag. Die Obdachlosen sind also besser gestellt als die geübten berufsmäßigen Landarbeiter. Den Schnittern wird von ihrem Verdienst eine Kautions in Höhe von 30 M. einbehalten, diese verfällt, wenn sie die Arbeit eigenmächtig verlassen oder wenn sie wegen ungebührlichen Benehmens entlassen werden. Ferner enthält der Schnittervertrag folgende Bestimmungen: „Ungehörliches, ungebührliches und ungehöriges Betragen seitens der Leute gegen die Vertreter der Gutverwaltung, deren Aufsichtsbeamte sowie gegen den Vorarbeiter, zieht sofort die Entlassung nach sich. Die bis dahin seit der letzten Lohnzahlung von den betreffenden Arbeitern geleistete Arbeit wird nur mit 1 Mark für den Tag bezahlt. Auch kann ihm die Reisevergütung abgezogen werden.“ Der Obdachlose steht sich also selber. Das gibt doch zu denken, namentlich wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Maßnahme durch die Verwaltung des Arbeitshauses und des städtischen Obdachs erfolgt (denn die Miesfelder-Verwaltung ist hier mal wieder das Mädchen für alles). Das Arbeitshaus liefert auch das Essen jedenfalls so wie für die Händlinge.

Was aber besonders stutzig macht, ist das Tempo, in welchem die neue „soziale Tat“ in Szene gesetzt wird. Bekanntlich wurde Anfang November magistratsamtlich behauptet, daß alles getan wurde, um Arbeitslose auf die Miesfelder zu ziehen; jedoch nicht einmal aus dem Obdach sei es gelungen, die Leute hinaus zu bringen. Jetzt hat man am 22. Dezember, also zwei Tage vor den Feiertagen, 51 Mann nach Spandorf gebracht. Es drängt sich die Frage auf: Hat man in dieser kurzen Zeit, während der Festtage, bei 20 Grad Kälte solche gute Erfahrungen gemacht, die die Unterlage bieten für ein Vorgehen im großen Stil? Wir halten dies für unmöglich, sind vielmehr der Meinung, daß hier der „große Sozialpolitiker“ Fischbed am Werke ist, der das, was er von Bodelschwing gelernt hat, in die Praxis umzusetzen sucht. Die Sache gestaltet sich so: Den Besuchern des Obdachs wird Arbeit angeboten; nehmen sie dieselbe nicht an, so wandern sie ins Arbeitshaus oder sie verschwinden. Das Obdach wird leer, die Händlingsbaracken werden gefüllt und die Arbeitslosigkeit, nach Fischbed, beseitigt. Der größte Teil der Obdachbesucher sind durch Gebrechen und durch Alkoholgenuss körperlich so heruntergekommen, daß von Arbeitsfähigkeit vielfach keine Rede mehr sein kann. Können diese Leute kein Unterkommen im Obdach finden, dann vertrieben sie sich eben, so lange es geht, in Kellern, Wägen, Wägen, Wägen; namentlich die Vororte werden aufgesucht werden. Es wird eine böse Zeit für diese Glenden werden; der lange Fischbed ist hinter ihnen!

Ja, wird der Spießbürger sagen, die Leute mögen doch die gutbezahlte Arbeit annehmen, da können sie ja noch Geld sparen. Oberflächlich betrachtet, scheint es so, aber wenn schon die Vorschriften für die Schnitter solche drakonischen Bestimmungen enthalten, wie mögen die für diese Arbeiter aussehen? Und die Vorschriften für die Schnitter stehen nicht bloß auf dem Papier. Aus einer einzigen Kolonne haben dieses Jahr vier ihre Kautions verloren, zwei sind entlassen, darunter einer wegen Tierquälerei; zwei sind selbst gegangen.

Die sogenannte Disziplin wird aufrechterhalten sein, und der gutbezahlte Arbeiter wird sich in einem freigelegten Gefängnis befinden, dessen Vorschriften er gar nicht alle im Kopfe behalten

kann, noch weniger wird er sie befolgen können. Wer sich aber der Arbeit entzieht, wird als Arbeitsflüchter vor den Richter gebracht und wandert dann als Häusling zur Arbeit auf die Miesfelder.

Die Zahl der Arbeitshausinsassen ist in den letzten Jahren umgedreht zurückgegangen; sie wird jetzt wieder steigen, infolge dieser „weisen“ Maßregel. Wir sind daher der Meinung, das freiwillige Arbeitshaus kann nicht als ein Mittel, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen angesprochen werden und ist keine soziale Tat, auf die die Stadt Berlin stolz sein kann. Wir sind gewiß, daß die Stadtverordnetenversammlung die Tragweite der Vorlage erkennt und nicht ohne gründliche Prüfung dieser Vorlage, die einer Ueberrumpelung gleichkommt, ihre Zustimmung erteilt, so sehr wir den dringenden Wunsch haben, daß die Stadt Berlin schleunigst Maßregeln zur Milderung der Arbeitslosigkeit treffen möge. Aber solche Maßregeln müssen auch dem Zwecke dienen.

Woran erkennt man eine Königin?

Die Antwort auf diese Frage ist der in Serbismus und Byzantinismus erhabende „Berliner Lokalanzeiger“ schuldig geblieben, als er in seiner letzten Sonnabend-Abendausgabe in bezug auf das entsetzliche Unglück in Sigilien die löbliche Stelle brachte:

„... Des war Messina! Gott sei Dank, daß der König da ist. Sein Beispiel wird wenigstens anfeuern, das Unglück zu mildern, wenn das möglich ist. Auch die Königin hilft überall mit. Sie ist einfach wie ein Ladenmädchen gekleidet, aber man erkennt doch die Königin in ihr.“

Vielleicht veranstaltet Scherl in nächster Zeit eine seiner berühmten Umfragen, der die Preisfrage: „Woran erkennt man eine Königin, die einfach wie ein Ladenmädchen gekleidet ist?“ zugrunde liegt. Dieser Preisfrage, deren Antworten gewiß hochinteressante Einblicke in das Geistesleben des Scherlpublikums gewähren würden, wäre die zweite, nicht minder interessante Frage: „Woran erkennt man ein einfaches Ladenmädchen, das wie eine Königin gekleidet ist?“ anzuschließen.

Es ist charakteristisch für die deutsche Matzschpreß sowie deren Kommententen, daß selbst die Schauer eines so entsetzlichen Unglücks, wie das von Messina, die Speicheldecke nicht einmal auf kurze Zeit zurückerdrängen können und daß dieses gräßliche Ereignis noch zu tollen byzantinischen Orgien herhalten muß. Daß das Königs-paar nach Strafen hilft, ist menschlich schön, aber nichts Besonderes, sondern nach Lage der Sache ganz selbstverständlich.

Aus den Strafregistern der Pflichtfortbildungsschulen

wird in dem neuesten Jahresbericht der Deputation für die Fach- und Fortbildungsschulen, den wir bereits besprochen haben, eine Zusammenstellung veröffentlicht, die recht lehrreich ist. Der Bericht erstreckt sich auf das Schuljahr 1907-1908.

In diesem Zeitraum wurden wegen Uebertretung von Vorschriften des Ortsstatuts für die Pflichtfortbildungsschule 1006 Strafanzeigen erstattet, davon 580 gegen Schüler, 370 gegen Arbeitgeber, 55 gegen Eltern. Es handelt sich um Uebertretung derjenigen Vorschriften, die zur Sicherung des regelmäßigen Besuchs der Fortbildungsschule durch die dazu Verpflichteten, sowie zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Schule erlassen worden sind. Sie sind niedergelegt in den §§ 6-9 des Ortsstatuts. Von den 580 Strafanzeigen gegen Schüler betrafen 565 den § 6 Abschnitt 1, welcher lautet: „Die zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichteten Personen müssen sich zu den für sie bestimmten Unterrichtsstunden rechtzeitig einfinden und müssen an diesen Stunden bis zum Schluß teilnehmen.“ Die übrigen 15 Anzeigen gegen Schüler wurden veranlaßt durch Uebertretung des § 6 Abschnitt 5 und 6, die so lauten: „5. Während des Unterrichts und in den Erholungspausen sowie auf dem Wege von und nach der Schule haben sie sich jedes Ansehens und Lärmens zu enthalten, das Rauchen innerhalb des Schulgrundstückes ist verboten; 6. ohne besondere Erlaubnis seitens des Schulleiters ist es nicht gestattet, während des Unterrichts oder in den Pausen das Schulgrundstück zu verlassen.“ Mit keiner einzigen Anzeige gegen Schüler sind beteiligt die folgenden Abschnitte des § 6: „2. Sie (die Schüler) müssen sauber und in reinlicher Kleidung erscheinen; 3. sie haben die ihnen als nötig bezeichneten Lehrmittel in ordentlichem Zustande in den Unterricht mitzubringen, für die Beschaffung derselben ist der Arbeitgeber verantwortlich; 4. Beschädigungen der Schulräume oder der Lehrmittel sind zu unterlassen, sollten solche vorkommen, so ist der Schuldige ersatzpflichtig; 7. Dem Leiter und den Lehrern der Schule müssen sie sich mit der nötigen Achtung und Ehrerbietung entgegenkommen und ihnen Gehorsam leisten.“ Abschnitt 8 des § 6 richtet in seinem zweiten Teil sich an die Arbeitgeber, für Beschaffung der Lehrmittel sind sie verantwortlich. Von den 370 Anzeigen gegen Arbeitgeber wurden nur 8 durch Außerachtlassung dieser Vorschrift herbeigeführt. Die übrigen 362 betrafen Verletzung der §§ 7 und 8, die so lauten: „§ 7. Die Arbeitgeber haben ihre schulpflichtigen Arbeiter spätestens am sechsten Tage nach der Annahme bei der vom Magistrat beauftragten Stelle anzumelden und, wenn sie dieselben aus der Arbeit entlassen, spätestens am dritten Tage ebenfalls wieder abzumelden. Sie haben die zum Besuche der Fortbildungsschule Verpflichteten so zeitig von der Arbeit zu entlassen, daß diese gewaschen und umgekleidet rechtzeitig im Unterricht erscheinen können. § 8. Die Arbeitgeber haben einem von ihnen beschäftigten Arbeiter, der durch Krankheit am Besuche des Unterrichts verhindert gewesen ist, bei dem nächsten Besuche der Schule eine Bescheinigung darüber mitzugeben. Dehnt sich die Erkrankung länger als eine Woche aus, so ist die Bescheinigung sofort nach Ablauf dieser Woche an den Leiter der Fortbildungsschule einzureichen. Von der Wiederaufnahme der Arbeit hat der Arbeitgeber Meldung zu machen. Wünscht der Arbeitgeber aus besonderen Gründen eine Befreiung für einzelne Stunden, so hat er dies unter Angabe des Grundes dem Leiter vorher mitzuteilen und dessen Genehmigung einzuholen. Die inzwischen von den Gemeindebehörden beschlossenen Änderungen des Ortsstatuts verpflichten zum Besuche der Fortbildungsschule auch die beschäftigungslos gewordenen Schüler, so weit diese in Berlin wohnen. Infolgedessen hat § 8 den Zusatz erhalten: „Diejenigen schulpflichtigen, welche vorübergehend arbeits-, dienst- oder beschäftigungslos sind, haben im Falle einer Erkrankung dem Leiter der Fortbildungsschule bis zum zweiten Unterrichtstage Meldung zu machen. Will ein solcher Arbeiter aus besonderen Gründen eine Befreiung für einzelne Stunden, so hat er vorher von dem Leiter unter Angabe der Gründe die Genehmigung einzuholen.“ Fortan sind also aus § 8 auch Strafanzeigen gegen Schüler möglich. In die Eltern usw. richtet sich § 9: „Eltern oder Vormünder dürfen ihre Söhne bzw. Mündel nicht von dem Besuch der Schule zurückhalten.“ Aus diesem Paragraphen wurden gegen Eltern usw. 55 Anzeigen erstattet.

Zu Straffestellungen kam es in 886 Fällen; sie werden bekanntlich von dem Polizeipräsidenten besorgt. Verfügt wurden gegen 526 Schüler 500 Geldstrafen, 25 Haftstrafen, ein Verweis, gegen 310 Arbeitgeber nur Geldstrafen, gegen 50 Eltern usw. 48 Geldstrafen und zwei Haftstrafen. Die beschlossenen Änderungen des Ortsstatuts bezwecken für die Schüler aus möglichst Erziehung der Milderer von der Polizei verhängten Strafen durch bloßen Arrest, den als Strafe für leichtere Vergehen der Schulleiter verhängt. Hiernach wäre für die Schüler eine Verminderung der Polizeistrafen zu erwarten. Entzieht sich aber ein Schüler der Verbüßung eines Schularrestes, so wird nach wie vor gegen ihn die Polizei angewandt und um Straffestellung ersucht. Schularrest war übrigens auch bisher schon neben den Polizeistrafen üblich. Im „Vorwärts“ wurde wiederholt berichtet, daß einer der Herren Direktoren Arreststrafen in Masse und aus an-

ringsten Anlässen verhängte und sie in der Dunkelzelle verbüßen ließ. Warum gibt der Deputationsbericht nicht auch an, wie oft Arrest verhängt worden ist? Darüber wird ja wohl Buch geführt worden sein.

Die Straffarten der Pflichtfortbildungsschule sind hiermit noch nicht erschöpft. Nach einer Reichsgerichtsenfcheidung stehen alle Zuchtmittel der Volksschule auch den Fortbildungsschulen zu Gebote, also auch die Prügelstrafe. Sie wird in den Pflichtfortbildungsschulen Berlins flott angewandt; denn nur zu groß ist an diesen Anstalten die Zahl der Lehrer, denen die Befähigung fehlt, mit 14-17jährigen jungen Leuten ohne Ohrsperren und Stöße fertig zu werden. Für die Volksschulen besteht die Vorschrift (oder ist sie schon wieder aufgehoben?), daß jeder Schlag gebüßt werden muß, damit festgestellt werden kann, was die einzelnen Pädagogen leisten. Es wäre nur konsequent, wenn auch für die Pflichtfortbildungsschulen die Wuchung der Prügel vorgeschrieben würde. Wenn sie es nicht etwa schon ist, so sollte sie von der Deputation baldigst angeordnet werden. Und die Deputation sollte es dann nicht unterlassen, das Zahlenergebnis zu veröffentlichen, damit alle Welt sieht, auf welcher Höhe die Berliner Fortbildungsschulpädagogik steht.

Aus der Glendstatistik.

Ungewöhnlich hoch ist die Zahl der Opfer, die der letzte Frost gefordert hat. Heute wird uns wieder über mehrere Fälle berichtet, von denen vier einen tödlichen Verlauf genommen haben. So wurde in der Ramißche des Hauses Muslauer Straße 3 eine etwa 50 Jahre alte, anscheinend dem Arbeiterstande angehörige Frau in erstarrtem Zustande aufgefunden und zur nahen Rettungswache geschafft. Man konnte bei der Kernstein aber leider nur noch den Tod infolge Erfrierens feststellen. Die Leiche wurde zur Nekropsierung nach dem Schanhaus gebracht. — Den Tod durch Erfrieren hat anscheinend auch der 45 Jahre alte wohnungslose Arbeiter Julius Jacoby gefunden. J. wurde von einem Schutzmann des 24. Polizeiviertels auf der Straße aufgefunden und bald nach seiner Einlieferung starb er auf dem Revier. Er hatte sich in etwas angetrunkenem Zustande auf die Straße niedergelegt und war eingeschlafen. — Ein Opfer des Frostes ist ferner ein etwa 60 Jahre alter unbekannter Mann geworden, der auf der Chaussee bei Eberswalde in trostlosem Zustande erkrankte. Der Körper des Unglücklichen war durch die Einwirkung des Frostes vollständig steif geworden. Der Tod war schon seit mehreren Stunden eingetreten. — In halb erstarrtem Zustande wurde der 64 Jahre alte Althist Julius Habermann in der Nähe des Zentralviehhofs aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht. — Schließlich wird uns noch über einen vierten Fall berichtet, der mit dem Tode des Betroffenen endete. Der Schiffer Landwehr aus Alt-Hartmannsdorf, der mit einem Lastkahn, von Berlin kommend, bei Schmödtwisch festlag, wurde auf der Eisdecke in der Nähe seines Fahrzeuges in tödlich erstarrtem Zustande aufgefunden und in das Krankenhaus in Königs-Büsterhausen eingeliefert, wo er aber bald starb. — Am Friedrichshofportal erschossen hat sich ein unbekannter, etwa 27 Jahre alter Lebensmüder. Der Fremde, anscheinend ein Berliner, jagte sich im Portal des Grünauer Begräbnisplatzes eine Revolverkugel in die Schläfe und brach auf der Stelle tot zusammen. Die Leiche wurde gleich nach der nahen Halle übergeführt. Anscheinend handelt es sich hier um die Bergweilungstas eines Arbeitslosen, denn in dem Besitz des Toten wurden nur noch 30 Pf. vorgefunden.

Das erste Opfer der Wahrechtsdemonstration am 12. Januar, der Lischler Bruno Vermuth, der in dem vom 14. bis 16. April vor dem hiesigen Landgericht verhandelten Prozeß zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, hat am 30. Dezember seine Strafe im Strafgefängnis Tegel angetreten. Das Urteil haben wir bereits bei seiner Fällung als rechtswidrig und als Verstoß gegen die Verfassung bezeichnet, woran auch nichts geändert wird, daß das Reichsgericht die gegen dasselbe eingelegte Revision verworfen hat. In der Tatsache der politischen Entziehung des preussischen Protektors wird durch das Urteil nicht im mindesten gerüttelt. Nach wie vor wird der Kampf gegen das Dreiklassenparlament geführt werden, immer weitere Kreise des preussischen Volkes werden die Unhaltbarkeit des Dreiklassenwahlrechts erkennen und mit Zähigkeit und Ausdauer für ein gerechtes Wahlrecht zum preussischen Landtage kämpfen. Urteile, wie das obige ein ist, sind nicht geeignet, diesen Kampf erschöpfen zu lassen, sondern werden dazu führen, ihn mit aller Schärfe fortzuführen. Die Opfer, die in diesem Kampfe fallen, bedauern zwar auch wir; sie werden aber nicht umsonst gebracht sein. Die Drahtsaat, die damit gesät wird, wird aufgehen und ihre Früchte tragen.

In der Säuglingsfürsorgestelle I, Blumenstr. 78, findet im Januar wöchentlich einmal unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt. Meldungen hierzu schriftlich oder mündlich im Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 78, vorn links, parterre, vom Dienstag, den 5. Januar, bis zum Sonnabend, den 9. Januar, täglich von 2-4 Uhr.

Das plötzliche Tauwetter hat manche Hoffnungen zu Wasser gemacht. Mit den Aussichten der Tausende von Arbeitslosen, durch erhöhten Schneefall ein paar Mark zu verdienen, war es wieder mal nichts. Dafür hat die milde Witterung das Gute, daß die Obdachlosen ihr Elend nicht mehr so hart empfinden wie in den strengen Kältezeiten der Neujahrswoche. Mit den künstlichen Eisbahnen ging es schon am Sonntag so ziemlich zu Ende. Auf den Naturisbahnen aber, besonders auf dem Räckelsee, huldigte man dem Winterport noch im vollsten Maße. Viele Tausende waren aus Berlin und Umgebung herbeigeströmt, um das herrliche Vergnügen für längere Zeit vielleicht zum letzten Male zu genießen. Schon heute steht vielfach Wasser auf dem Eise, und auch die Schiffsahrt dürfte, wenn das Tauwetter anhält, bald wieder frei sein.

Pflichtfortbildungsschule und Deutscher Jugendbund.

Kürzlich erschien im „Lokal-Anzeiger“ ein Aufruf zur Förderung des neugegründeten „Deutschen Jugendbundes“. Der Aufruf ist interessant genug, um ihn hier im Wortlaut festzuhalten; er lautet:

„Der die Jugend hat, der hat die Zukunft. Diesem Wort gemäß sucht die Sozialdemokratie die schulenklassen Jugend für ihre Organisationen einzufangen, um dieselbe hier frühzeitig mit ihrem Gifte zu erfüllen. Pflicht jedes deutschen Mannes, jeder deutschen Frau muß es demgegenüber sein, helfend der Jugend beizustehen, um sie vor der sozialdemokratischen Verführung zu bewahren. Daher wenden sich die Unterzeichneten an alle ehedem Freunde der Jugend mit der herzlichsten Bitte, den neugegründeten „Deutschen Jugendbund“ (streng national) durch freundliche Beiträge zu unterstützen. (Sehr willkommen sind gebrauchte Bücher, Zeitschriften, Unterhaltungsstücke usw.) Die Geschenke sind zu richten unter der Ueberlieferung „Deutscher Jugendbund“ an das Bundesheim Lei Arndt, hier, Mohrstr. 6, oder an die Unterzeichneten, die auch zu näheren Auskünften gern bereit sind. Hertz, Gumpinowstr. 4, D. N. Richterfelde, L. Werner, Reichstagsabgeordneter, Charlottenburg, E. Holz, städtischer Lehrer, Berlin, Chodowiedstr. 21.“

Es fällt auf, daß ein städtischer Lehrer, der besonders dazu berufen ist, die Jugend fortzubilden, den Aufbruch unterzeichnet hat. Es muß Wunder nehmen, daß sich auch Lehrer an Agitationen solcher politischer Parteien beteiligen, von denen sie Förderung ihrer eigenen Standesinteressen nicht zu erwarten haben. Ganz ungehörig ist aber die Agitation für den „Deutschen Jugendbund“ in unserer Pflichtfortbildungsschule, wie dies tatsächlich geschehen ist durch Aufforderung zu Ausflügen und Teilnahme an den Versammlungen des Jugendbundes von Seiten eines an der VI. Pflichtfortbildungsschule tätigen Lehrers in der Pflichtfortbildungsschule selbst, denn dadurch wird mehr oder weniger ein Druck auf die Schüler ausgeübt, insofern als charakterlose Schüler durch Befolgung der Einladung sich lieb kind bei dem Lehrer zu machen suchen.

Ueber Verkehrsverhältnisse im Monat November veröffentlicht das Statistische Amt der Stadt Berlin folgende Daten: Befördert wurden durch die Straßenbahnen 30 524 227 (30 285 437) Personen, davon kamen 31 885 648 (32 503 993) auf die Große Berliner Straßenbahn, durch die Hoch- und Untergrundbahnen (einschließlich Sprechrohrbahn) 4 517 788 (3 860 375), auf den Omnibuslinien mit Pferdebetrieb 8 200 471 (9 701 873) Personen, davon zu 5 Pf. 6 808 784 (8 251 882), zu 10 Pf. (einschl. der Abonnenten usw.) 1 501 887 (1 449 991). Ferner wurden durch die Kraftomnibuslinien 1 925 907 (1 177 439) Personen befördert.

Soweit der Omnibusbetrieb in Betracht kommt, sei besonders darauf hingewiesen, daß der Berliner Speditionsverein seit dem 15. November seinen Omnibusbetrieb eingestellt hat.

Ein schwerer Zusammenstoß, bei dem eine Person getötet wurde, ereignete sich gestern früh kurz vor 6 Uhr an der Ecke der Gneisenau- und Joffener Straße zwischen einem Automobil, einer Droschke und einem Müllwagen. Die drei Gefährte fuhrten mit solcher Gewalt ineinander, daß man sie nur mit Hilfe der Feuerwehr auseinander bekommen konnte. Das Droschkenschlag lag vollständig unter dem Automobil begraben. Auch der Fahrgast der Droschke, der 24jährige Schloffer Wilhelm Koch aus der Lehnhner Straße 9 wurde mit schweren Verletzungen unter den Trümmern aufgefunden. Der Unglückliche fand im Krankenhaus am Urban die erste Hilfe, verstarb aber bald nach der Einlieferung. Das Pferd konnte unversehrt unter dem Automobil hervorgeholt werden. Wen die Schuld an dem Zusammenstoß trifft, konnte noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Zwanzig Wasserrohrbrüche. Der plötzliche Witterungswechsel hat gestern überall in Berlin zu Wasserrohrbrüchen geführt, die teilweise große Ueberschwemmungen im Gefolge hatten. In nicht weniger als zwanzig Fällen mußte sogar die Hilfe der Feuerwehr angezogen werden. Unter anderem hatte die Wehr auch im Hygienischen Institut der Universität, Hessische Straße 4, und im Marinolabinn, Vohstr. 25, Wassergeruch zu beseitigen.

Eine zweifelhafte Verkehrsänderung gab es gestern früh im Berliner Straßenbahnverkehr. An der Ecke der Königsstraße hatte sich in einer Weiche die Spiralfeder festgeklemmt, so daß ein Stellen der Weiche unmöglich war. Die Linien 18 und 19 konnten infolgedessen die Weiche volle zwei Stunden nicht befahren, sondern mußten über den Wolfenmarkt abgelenkt werden. Gegen 1/9 Uhr war die Störung behoben.

Aus der Reichsdruckerei. Am 1. Mai tritt der Direktor der Reichsdruckerei, Geh. Regierungsrat Landbeck, in den „wohlverdienten“ Ruhestand. Mit ihm scheidet ein Reaktions- und Bureaucrat (scharfster Art aus dem Dienst. Er glaubte einen Fabrikbetrieb mit 2500 Seelen vom grünen Tisch aus leiten zu können. Ihm wird nachgesagt, daß sein Urteil nie von Sachkenntnis getrübt war. Wenn je einer, so habe er bewiesen, daß der Direktorposten überflüssig sei. Hoffentlich wird der Posten nunmehr mit einem jungen, tatkräftigen und sachmännlich vorgebildeten Manne besetzt, nicht aber von einem alternden Beamten, der diese Stelle als Ruheposten betrachtet.

Bei einer Benzineplosion verunglückt. In dem Drogenkeller der Drogenhandlung von Bruno Schlegel in der Lindenstraße 10 kam gestern abend gegen 5 Uhr durch eine Benzineplosion ein gefährlicher Brand zum Ausbruch, bei dem der 17jährige Hausdiener Willi Rettig aus der Reuenburger Str. 10 ganz erheblich verletzt wurde. Der junge Mann hatte den Auftrag erhalten, im Keller Benzin abzufüllen. Er benutzte hierbei ein offenes Licht, das er allerdings in einiger Entfernung von dem Benzinballon aufstellte. Trotzdem entzündeten sich die Benzindämpfe plötzlich, und im nächsten Augenblick stand der Keller in Flammen. Ehe Rettig flüchten konnte, hatte er schon schwere Verbrennungen an beiden Beinen, an den Oberarmen und an einem Arme erlitten. Die Feuerwehr, die alsbald mit zwei Löschzügen aus der Hauptfeuerwache zur Stelle war, schaffte den Verunglückten nach der nahen Privatklinik des Dr. Raben in der Reuenburger Straße 14, wo er schwerer danieder liegt. Der Kellerbrand, der neben Benzin auch Lade ergrißen hatte, wurde dann mit einer Schlauchleitung gelöscht. — Ein zweiter größerer Kellerbrand beschäftigte die Feuerwehr gestern längere Zeit in der Ritterstraße 90. Hier hatten sich große Vorräte Stroh und Holzwaolle entzündet.

Zwischen 1/9 und 1/10 Uhr mit der Straßenbahn (Linie 9) die Turmstraße passierten, auf der vorderen Plattform standen und mit anfaßen, wie ein Mann beim Absteigen vor dem Krankenhaus unter den Wagen geriet, werden höflich gebeten, ihre Adresse abzugeben bei Gustav Schwarz in Berlin, Drehsstr. 3, rechter Seitenflügel IV.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Der Bau der Untergrundbahn liegt der Witterung wegen still. Trotzdem nehmen die technischen Arbeiten ihren Fortgang. Mit den Vermessungen vom Rosendorfsplatz durch die Rog- und Münchener Straße, wo die Untergrundbahn durchführt, wird jetzt begonnen. Bei günstiger Witterung, ungefähr im März, soll mit der Untertunnelierung der Straßentage angefangen werden. Eine kleine Umänderung hat der Bahnhof Bayerischer Platz erfahren; dieser Bahnhof, der ursprünglich an der Grunewaldstraße geplant war, soll nach dem Platz, dessen Namen er trägt, hin verlegt werden, um auch den Zwischenraum der einzelnen Stationen gleichmäßiger zu gestalten. Die Kosten, die daraus entstehen, hat die Baugesellschaft zu tragen und zwar bis zur Höhe von 30 000 M. Der südliche Teil der Strecke ist bis zum neuen Stadtpark freigelegt, da der Wühlberg, so weit wie notwendig, ausgeklopft und die vorhandenen Hindernisse beseitigt sind; dagegen sind die Arbeiten nach der südöstlichen Seite des Parks noch nicht in Angriff genommen.

Der Finanzminister, ebenfalls der Landwirtschaftsminister haben entschieden, daß die Schnellbahn, die von der Domäne Dahlem nach Berlin führt, nicht an die Schöneberger Untergrundbahn angeschlossen wird, sondern an die von Wilmersdorf. Damit würde für die Stadt die Frage zu regeln sein, ob Dahlem als die Endstation zu betrachten ist, oder ob nicht darüber hinausgegangen werden soll. Die Bau- und Terraingesellschaften nehmen, nachdem sie die Weide abgegrast, eine abwartende Stellung ein. Als die Entschcheidung fiel, wählten sie den Grund und Boden in ihren Besitz zu bringen, sie diskutierten neue Preise, um möglichst hohen Gewinn herauszukriegen. Die Deputation für die Untergrundbahn beschäftigt sich eingehend mit der Schnellbahn, ebenso liegen auch jetzt die Modelle der Bahnhöfe, die mit den praktischen Kreuzungen versehen sind, zur Ansicht und Begutachtung aus.

Infolge eines Dachstuhlbrandes wurde gestern gegen 1/10 Uhr vormittags die Schöneberger Feuerwehr nach der Rembrandtstr. 8, Ecke Mengersirake, alarmiert. Als Branddirektor blüete mit den Löschzügen dort anrückt, brannte der Dachstuhl des Hauses in ganzer Ausdehnung. Da das Feuer einen recht gefährlichen Charakter angenommen drohte, wurde unverzüglich mit acht Schlauch-

leitungen vorgegangen. Die Arbeiten gestalteten sich aber recht schwierig, da sich eine starke Rauchentwicklung geltend machte. Die Dachstuhlwerkzeuge mußten mehrmals gewechselt werden. Nach einstündiger Arbeit war die Gewalt des Feuers gebrochen. Mit der vollständigen Ablösung des Brandes hatte die Wehr aber noch bis gegen 4 Uhr nachmittags zu tun. Von dem großen Dachstuhl ist nur wenig gerettet. Leider hat sich bei dem Brande der Portier des Hauses, Wilhelm Bierwagen, der sich vor Anbruch der Feuerwehr längere Zeit auf dem Boden aufhielt, eine starke Rauchvergiftung zugezogen, die seine Ueberführung nach dem städtischen Krankenhaus nötig machte. Lebensgefahr scheint aber nicht vorzuliegen, da sich der Mann nach Behandlung mit Sauerstoff einigermaßen wieder erholt hat.

Rixdorf.

Durch eine Kollisionsvergiftung um das Leben gekommen ist der 78 Jahre alte Baumwärter August Bink aus der Schöneberger Straße 20. Der alte Mann hatte einen Reibau in der Reuterstraße 84 zu bewachen. Hier fand man ihn vorgestern morgen im dritten Stock des Luegerhauses in einem Räume, in dem ein Kesselofen brannte, tot auf. Wahrscheinlich hat er sich wärmen wollen, ist dabei eingeschlafen und von den giftigen Gasen erstickt. Man brachte ihn nach der nächsten Unfallstation. Hier konnte aber der Arzt nur noch den Tod feststellen.

Ein aufregender Vorgang spielte sich am Sonnabendabend am Orte ab. Die Pferde des Vrotwagens Nr. 18 der Berliner Genossenschaftsbäckerei aus der Gerichtsstr. 23 zu Berlin wurden, als sie vor einem Hause in der Steinwegstraße hielten und der Kutscher zu Kunden Brot austrug, scheu. Die Tiere rasteten die steile, abschüssige Straße hinunter und stießen mit voller Kraft gegen einen Plattenwagen. Hierdurch kamen die Pferde zu Fall, sprangen jedoch sofort wieder auf und stürzten, immer den schweren Vrotwagen hinter sich herziehend, in die um diese Abendstunde besonders belebte Berliner Straße hinein. Ein großes Unglück schien unermidlich; da, im Moment der höchsten Gefahr, ramten die wie toll gewordenen Tiere seitwärts gegen einen vollbesetzten Straßenbahnwagen, wobei eins der Pferde erheblich verletzt wurde. Jetzt sprangen einige beherzte Männer hinzu und es gelang ihnen, die sehr aufgeregten Tiere zu beruhigen. Glücklicherweise sind Menschen nicht zu Schaden gekommen.

Charlottenburg.

Einen großen Dachstuhlbrand hatte die Charlottenburger Feuerwehr am Sonntag früh Herbst- und Dornburgstraße Ecke zu löschen. Das mächtige Eckhaus brannte nach 8 Uhr an mehreren Stellen. Wegen der großen Verqualmung der Treppenaufgänge wurden an beiden Seiten des Hauses mechanische Leitern aufgestellt und über diese sechs Schlauchleitungen vorgenommen. Erst gegen Mittag konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Der Schaden ist ganz erheblich, der Dachstuhl ist vernichtet und haben die oberen Stockwerke durch das eindringende Wasser etwas gelitten. Die Hausbewohner nehmen Brandstiftung an.

Sanktiv.

Zum Kutsch-Ladenschluß. Eine auf Veranlassung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands vorgenommene Stimmensammlung für den Kutsch-Ladenschluß ergab, daß sich von 81 Gewerbetreibenden 68 für Einführung des Kutsch-Ladenschlusses erklärten. Das Material ist sofort dem Oberpräsidenten zugelandt worden, der hoffentlich schnellstens den Kutsch-Ladenschluß verhängen wird.

Eichwalde.

Eine entwürdigende Behandlung der Landarbeiter ist nicht nur in den Gefilden Ostpreußens, sondern auch vor den Toren Berlins zu finden. Ein Beweis hierfür ist folgender Vorfall: Am dritten Weihnachtstages früh erschien die Frau eines auf einem benachbarten Gute beschäftigten Arbeiters am Wäldersbühl des hiesigen Bahnhofs, um sich eine Karte nach Berlin zu lösen. In dem Augenblicke trat der Inspektor des Gutes an die Frau heran und fragte sie in barockem Tone, wohin sie wolle. Als die Frau erwiderte, daß sie nach Berlin zu fahren beabsichtige, stellte ihr der Inspektor die weitere Frage, was sie in Berlin wolle und sagte hinzu, ob sie nicht die Feiertage Zeit genug gehabt habe, um nach Berlin zu fahren; im übrigen könne sie gleich dableiben. Die Frau war durch das Verhalten des Inspektors so eingeschüchtern, daß sie die Sperre erst gar nicht zu passieren wagte. Sie hatte offenbar Angst um ihre und ihres Mannes Existenz. Auf Befragen gab die Frau an, daß ihr Mann in der Drencker arbeitet und während der Feiertage Dienst gehabt habe. Verwundert muß man sich fragen, wo der Inspektor das Recht herleitete, diese Frau in so unqualifizierbarer Weise zur Rede zu stellen. Möglicherweise ist die Frau durch ihre Verührung mit der Großstadt dem gutsherrlichen Geiste gefällig geworden? Auch sonst wird dieser Herr als das „Muster“ eines ostpreussischen Inspektors geschildert. Dieses Beispiel beweist jedenfalls, daß die elende Behandlung der Landarbeiter nicht nur, wie die Agrarier behaupten, in den Köpfen der „sozialdemokratischen Deyer“ besteht, bei einer elenden Entlohnung und entwürdigenden Behandlung muß selbst dem rückständigsten Arbeiter die ländliche Scholle zu heiß werden.

Steglitz.

Unsere Feuerwehr. Trotzdem unser Dorf die 50 000 Einwohner schon überschritten hat, haben wir noch keine Berufsfeuerwehr, sondern der Verein der freiwilligen Feuerwehr sorgt nach wie vor für die Feuerlöscherkeit unseres Ortes, wenn auch naturgemäß die Gemeinde einen beträchtlichen Zuschuß leisten muß, der z. B. für das laufende Jahr 84 000 M. beträgt. Die Wehr besteht aus einem Oberbrandmeister, drei Brandmeistern, zwei Feldwebeln, sieben Oberfeuermännern und 44 Mann, also im ganzen 57 Köpfe. Im vergangenen Jahre wurde sie bei 44 Bränden innerhalb des Ortes in Anspruch genommen; davon waren zwei Groß-, sechs Mittel- und 26 Kleinfeuer. Außerdem wurden 203 Krankentransporte und 178 Desinfektionen ausgeführt. Die Unfallstation auf der ständigen Feuerwache wurde von 183 Verletzten in Anspruch genommen. Auch als Lebensretter bewährte sich die Feuerwehr; es gelang den Samaritern durch Anwendung des Sauerstoffapparates sechs Personen ins Leben zurückzurufen. Daß sich für das „Wächchen für alles“ auch noch sonstige Gelegenheiten boten, tatkräftig einzugreifen, versteht sich von selbst. Eine lärglich neu angekaufte Gasperge dürfte zur Erlösung der Schlagfertigkeit der Wehr wesentlich beitragen; sieht doch nunmehr ein Löschzug mehr zur Verfügung. Eine Verklärung des aktiven Stoffs und der ständigen Feuerwache ist in Aussicht genommen. Wenn die freiwillige Feuerwehr bisher die ihr gestellten Aufgaben lösen konnte, so ist das wohl hauptsächlich dem Umstande zu verdanken, daß eine ganze Anzahl der bei der Gemeinde beschäftigten Arbeiter zu den aktiven Mitgliedern zählt. Denn nur dadurch ist es möglich, eine ständige Brandwache zu stellen und der Allgemeinheit die oben bezeichneten weiteren wertvollen Dienste zu leisten. Bei der rapiden Entwicklung von Steglitz wird sich aber kurz oder lang die Notwendigkeit einer Berufsfeuerwehr ergeben, der dann die freiwillige Organisation das Feld räumen wird mit dem Bewußtsein, stets nach Kräften ihre Pflicht getan zu haben.

Trebbin (Kreis Teltow).

In der Stadtverordnetenversammlung am 2. Januar wurde Herr Schürig, bisher Ratmann, in sein neues Amt als Beigeordneter eingeführt. An seine Stelle als Ratmann wurde Herr Rathenow gewählt. Derselbe will jedoch in den nächsten Tagen eine Erklärung über die Annahme oder Nichtannahme der Wahl abgeben. In den Vorstand der Schulparisse wurde der Stadtverordnete Widert gewählt. Unsere Genossen hatten einen Antrag eingereicht, wonach bei der demnächst bevorstehenden Stadtverordnetenswahl die Wahlzeit der dritten Abteilung in die Abendstunden von 5 bis 7 Uhr verlegt werden soll. Nach eingehender Begründung des Antrages durch unsere Genossen beschloß die Versammlung einstimmig, die Wahlzeit dem Magistrat zu empfehlen. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde Herr F. Köppen, zum Stellvertreter Herr C. Binge-

zum Schriftführer Herr Jenger wiedergewählt und zum Stellvertreter Herr Widner. Als Protokollführer fungiert Herr Jätner und als Stellvertreter Herr Siebels.

Hohen-Schönhansen.

Zum besetzten Gemeindevorsteher wurde am 18. Dezember der Weihenfeer Gemeindevorsteher König unter 184 Bewerbern gewählt. Am 2. Januar d. J. erfolgte seine Einführung. Genosse Thiele nahm hierbei Gelegenheit, den neugewählten Vorsteher an die Worte zu erinnern, welche er bei seiner Vorstellung der Gemeindevertretung gegenüber gebraucht hatte: „Nur den Interessen der Allgemeinheit zu dienen“ und versicherte, wenn es dem Herrn Gemeindevorsteher nunmehr mit seinen damaligen Ausführungen ernst sei, er die drei Vertreter der breiten Masse, die Sozialdemokraten, stets auf seiner Seite haben würde. Unter Verschiedenem gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß es ihm nicht möglich sei, einen geeigneten Bureauaum zu erhalten. Er stellte an den bisherigen stellvertretenden Vorsteher Schöffen Giese das Ersuchen, ihm die von ihm bisher innegehabten Räume zu überlassen. Herr Giese forderte aber für einen zweifelhafte Raum die horrenden Summe von 42 Mark pro Monat, was eine allgemeine Empörung in der Vertretung hervorrief. Auch Genosse Thiele nahm Gelegenheit, das von Herrn Giese hierdurch bekundete „Allgemeininteresse“ zu kennzeichnen. Das Bureau wird provisorisch im Hause des Herrn Gastwirt Robert Schulze, Hauptstr. 8, untergebracht.

Ferner teilte der Gemeindevorsteher mit, daß die Zuschläge zur Einkommensteuer nicht erhöht werden können, sondern eher vermindert werden müssen, da bei dem bisherigen Satz von 170 Proz. ein Zugug nach Hohen-Schönhansen nicht zu erwarten sei. Es würde daher notwendig sein, um die erhöhten Lasten der Gemeinde zu decken, eine höhere Besteuerung des Grundbesitzes vorzunehmen. Diese Ausführungen riefen bei den bürgerlichen Vertretern lange Geschrei hervor.

Bezüglich der Auslegung der Gemeindevorsteherliste ersuchte Gen. Grütz den Gemeindevorsteher, den Arbeitern auch des Sonntags Gelegenheit zu geben, dieselbe einzusehen zu können. Der Vorsteher versprach, dem Wunsche nachzukommen.

Potsdam.

Die Behandlung der Arbeitslosenfrage seitens der Stadtverwaltung gibt hinsichtlich der Einstellung Arbeitsloser und der denselben gezahlten Löhne noch immer zu Klagen Anlaß. Jedes die Petition des Gewerkschaftsartells ist nicht unersuchbar geblieben. Allerdings wird dies erst im laufenden Jahre in die Erscheinung treten. Neben dem verschiedenartigen Landerverb in der letzten Zeit seitens der Stadt für eigene notwendige Bauten sind die Bauungspläne für den Kästel auf dem Tornow und für die Straßen 34 und 35 in der Berliner Vorstadt gegen die gewohnte Arbeitsweise in der Bauabteilung bedeutend schneller fertiggestellt, so daß sich nach Genehmigung derselben gerade die im letzten Jahre in Potsdam besonders ungünstige Lage wieder heben wird. Die günstig würde aber erst die Mitarbeit sozialdemokratischer Stadtverordneter auf die Entwicklung der Stadt sein.

Ein doppelter Raubmordversuch beschäftigt die hiesige Staatsanwaltschaft. Zur Ermittlung des Täters sollte sie am Sonnabend zwei Berliner Kriminalhunde heranziehen, über deren „Arbeit“ wie folgt berichtet wird: In Rehm bewohnt der Briefträger Schulze mit seiner Frau und einem vierjährigen Töchterchen das Untergeschoss eines Hauses in der Ackerstraße. Zu den Feiertagen war keine Schwelgermutter zu Besuch gekommen. Während der Nacht Dienst hatte, wurden in der Nacht zum Sonnabend seine Frau und Schwiegermutter im Schlaf in ihren Betten von einem Räuber überfallen und mit einem Beise lebensgefährlich verwundet. Die junge Frau erhielt drei Hebe über den Kopf, ihre Mutter je einen über Stirn und Nase. Beiden wurde das Gehirn bloßgelegt. Während der Räuber dann eine Dose erbeutete und daraus 200 M. erbeutete, erwachte das Töchterchen und ging, als es Mutter und Großmutter bluten sah, weinend zu den Leuten im Obergeschoss hinauf. Diese holten die Polizei und den Arzt, der furchtbare Verletzungen feststellte. Zur Auffklärung des Verbrechens nahm Staatsanwalt Gutschard aus Potsdam zwei Berliner Beamte mit ihren Kriminalhunden Schnauer und Frad mit hinan. Nach Aufnahme des Tatbestandes, bei der man das Wortwörterbuch nicht fand, wurde zunächst Schnauer an die erbrochene Lade geführt. Das junge Tier verfolgte eine Spur durch verschiedene Straßen, verlor sie aber an einer Querstraße. Frad, der nun auf die Fährts geleitet wurde, schlug den beladenen Weg ein und ging dann weiter bis an das Haus Hauptstr. 12, wo die Mutter eines 25 Jahre alten Buchhalters Alfred Kupatt wohnt. Frad durchschnüffelte die Wohnung, „stieß“ eine Dose, die an der Wand hing, und ging dann durch die Hintertür nach dem Hofe, wo keine Spur endete. Die Dose gehört Alfred Kupatt, der wegen Erpressung, Körperverletzung und Diebstahls mehrfach bestraft ist. Sie enthielt frische Wulstflecke. Die Flecke rührten auch von Menschenblut her, der junge Mann behauptet aber, sie seien nicht etwa bei Verübung des Verbrechens, sondern später herangekommen. Nach Veranlassen der Tat sei auch er zu Schulde, mit denen er bekannt war, hingegangen, um zu helfen. Dabei mähle er sich die Weinkleider mit Blut besetzt haben. Ein Alibibeweis, den Kupatt sofort antrat, muß noch in Einzelheiten nachgeprüft werden. Als wahr erwies sich, daß er bei einem Gastwirt Loewe abends gewesen sei. Dort hat er für 80 Pf. Schnaps geholt, aber kein Geld gehabt. Am anderen Tage ließ er ein Hausmädchen wechseln, ohne in der Zwischenzeit irgendwo gearbeitet zu haben. Dieses und anderes bedurf noch der Aufklärung. Kupatt bestritt jedoch die Tat entschieden und wurde auf freiem Fuß belassen, weil die Verdachtsgründe zur Verhaftung nicht ausreichten. Die überfallenen Frauen sind noch besinnungslos.

Vermischtes.

Gasvergiftung in der Bochumer Gaszentrale. End Bochum wird hierüber vom 4. Januar gemeldet: Gestern gegen 10 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags wurden in der neuen Gasstrafzentrale des Bochumer Vereins für Gashaltfabrikation sechs Monteurs, die mit Reparaturarbeiten beschäftigt waren, durch Ausströmen giftiger Gase bemußtlos. Zwei andere Monteurs erlitten bei dem Vorkred, Hilfe zu leisten, durch Einatmen der giftigen Gase den Tod. Die sechs Monteurs sind teils leichter, teils schwerer erkrankt ins Krankenhaus gebracht worden.

Abgestürzt. Nach einer Weidung aus Dresden sind gestern nachmittags vom Gansfelsen in der Sächsischen Schweiz zwei Dresdener Touristen abgestürzt. Der eine, ein 20jähriger Mann, wurde mit zerstücktertem Kopfe tot aufgefunden; der andere kam ohne schwere Verletzungen davon.

Zogerhalter, Zogerhalterinnen! Dienstag, den 5. Januar, nachmittags 3 Uhr, Verammlung im Gewerkschaftshaus, Engländer 15.

Witterungsüberblick vom 4. Januar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter
Schwabmünde	775.8	3	bedeckt	4	Dapawanda	748.8	SW		wolkig
Damburg	778.8	3	bedeckt	8	Petersburg	758.8			2
Berlin	778.8	3	bedeckt	8	Stettin	779.8	SW		3
Kranich	782.8	1	bedeckt	0	Altenburg	747.8	SW		8
München	783.8	4	bedeckt	-7	Paris	761.8			1
Wien	781.8		bedeckt	-1					

Wetterprognose für Dienstag, den 5. Januar 1909.
Ein wenig kühler, teilweise aufziehend, vorwiegend noch frühe mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinaer & Co., Berlin SW.